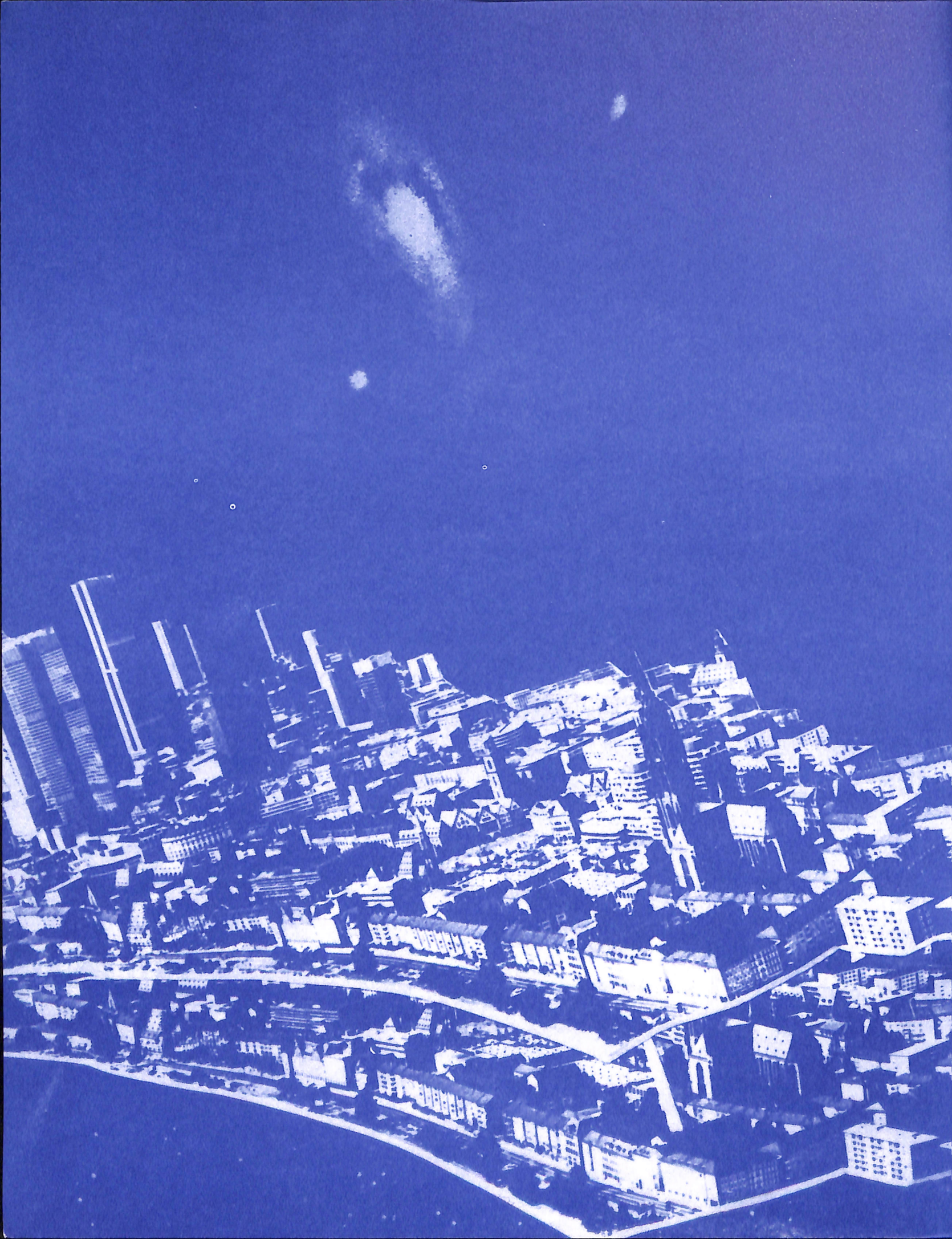
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0841) 3 08 65 64
www.nadir.org/infoladen_leipzig

STADT STATT STADT

diskus
Nr. 1.15 · 1. 2015 · 54. Jhg
Frankfurter Student_innenzeitschrift
diskus.copyriot.com



INHALT

STADT STATT STADT 1

EDITORIAL 4

ACROSS BOCKENHEIMER LANDSTRASSE 7

REVOLUTIONÄRER KAMPF 14
Tonbandprotokoll der Strategie-Diskussion im Frankfurter Volksbildungsheim

WOHNUNGSKAMPF IN FRANKFURT 18
Widerstand ist möglich

DAS GEGENTEIL VON GUT. 24
Antisemitische Verschiebungen in linken Auseinandersetzungen mit ›Stadt‹.

IN DER STADT 28
Urbanität als Lebensgefühl

KEIN SCHÖNER LAND IN DIESER STADT 36

BEMERKUNGEN ZUM GESELLSCHAFTLICHEN VERHÄLTNIS VON PROVINZ UND METROPOLE 40

BLICK AUF FRANKFURT I 44

DIE WELT ALS VORSTELLUNG UND BAHNHOFSVIERTEL 46

GALLUS VS. EUROPAVIERTEL 52
Neubau-Gentrifizierung im Kontext stadtpolitischer Aufwertungsstrategien

BLICK AUF FRANKFURT II 58

»SPASS MUSS SEIN« 60
Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Güterbahnhof

»BIEDERMEIER – POSTMODERNER – BIEDERMEIER« 66
Neoliberale Stadtentwicklung, Urbanität als Lebensgefühl

SPIEGELUNGEN 72
Bühne und Untergrund im Postmodernen Frankfurt

WAS WAR STADT? 75
Dokumentation der Podiumsdiskussion mit stadtpolitischen Initiativen

AUTOR*INNEN 82

IMPRESSUM 82

ständnis thematisiert und gefragt, wie diese im Spannungsverhältnis zwischen Selbstbetrug und berechtigter Emanzipationshoffnung zu verorten ist.

2 Ebenso ist der Kampf um Wohnraum, von Besetzungen bis zum Häuserkampf, ein wiederkehrendes Motiv. Die Häuserbesetzungen in den 1970er Jahren in Frankfurt (vor allem im Westend) bestanden aus einem Zusammenschluss von Spontis, Student*innen und migrantischen Arbeiter*innen. Im Artikel *Across Bockenheimer Landstraße* wird die letztliche Niederlage der Besetzungen auch in dem wenig reflektierten Verhältnis der linken Aktivist*innen zu den migrantischen Communities gesehen, die neben anderen Ausgangssituationen, auch verschiedene politische Anliegen hatten. Zugleich waren diese Ereignisse aber auch Momente der Politisierung. Die Mieter*innenstreiks in den 1970er Jahren waren zunächst ein Mittel, um die schwierige finanzielle Situation durch hohe Mieten und geringes Einkommen vor allem in den migrantischen Communities nicht nur symbolisch zu thematisieren, sondern sich auch praktisch zu wehren. Der anfänglich noch auf konkrete Einzelthemen bezogene Streik weitete sich auf umfassendere politische Forderungen aus (gegen die Akkordarbeit, fehlende Kinderbetreuung, den Rassismus der Nachbar*innen etc.). Ähnliches galt für die Hausbesetzungen. Stand am Anfang die tatsächliche Aneignung von Wohnraum im Zentrum, entwickelten sie sich zum Kulminationspunkt, auf den Unzufriedenheiten mit den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen projiziert wurden.

3 Nicht zuletzt stand immer wieder auch die Entwicklung der Stadt als ganzes im Fokus. Einige Artikel nehmen Bezug auf Architektur und Stadtlandschaft und thematisieren anhand dessen die Entwicklungstendenz zur neoliberalen Stadt. Sie zeigen dabei, dass Fragen der Architektur nicht nur ästhetische Gesichtspunkte berühren, sondern die Gestaltung des geteilten Lebensraums betreffen. Sie thematisieren die Form und Organisation des städtischen Zusammenlebens und mit ihnen die Strukturen für eine Entwicklung und Einschränkung von Kommunikationsräumen. Die Stadt ist dabei neben Wohn- und Lebensraum auch immer Wirtschaftsstandort. Die Verknüpfung von Arbeit und Wohnen, Wirtschaft und Zusammenleben ist in der Stadt historisch eng aneinander gebunden. Der wirtschaftliche Fokus, der sich mit der neoliberalen Transformation auf die Stadt als ›global player‹ verschiebt, führt zu Veränderungen in der Erfahrung von Stadt als Ort und in ihrem Selbstverständnis, das sich auch in Architektur und Stadtlandschaft ausdrückt. Immer wieder werden als ›alternativ‹ oder ›widerständig‹ gedachte Subkulturen, Lifestyles oder Interventionen integriert oder sogar als neues Feld der Kapitalakkumulation gewonnen. Städtische Entwicklungen sind multiskalar immer mehr mit großen Investorengruppen, wirtschaftlichen Zwangslagen und der Vorstellung eines globalisierten Wettbewerbs verknüpft, in dem sich die Stadt positionieren muss. Dies alles reißt die lokale Erreichbarkeit der Entwicklungsprozesse der Bevölkerung vor Ort aus den Händen. Diese Prozesse bilden mehr den Hintergrund, vor dem sich bestimmte Entwicklungen der Auseinandersetzung um Stadt deuten lassen und die entsprechend eher implizit aufscheinen.

Diese drei kurz skizzierten Themenfelder finden sich als Gliederung der hier vorgestellten Artikel wieder. Wir haben uns dazu entschieden, abgesehen von einigen stillschweigenden grammatikalischen und orthografischen Korrekturen, die Texte in ihrer ursprünglichen Form abzudrucken, jedoch zum Teil mit Kürzungen und Anmerkungen, die wir zum Verständnis als notwendig erachtet haben. Somit findet sich zum Teil noch die alte Rechtschreibung, verschiedenes oder fehlendes Gendern, bis hin zu Unterschieden in Stil und Sprache.

Die Artikel selbst nehmen dabei immer wieder implizit und explizit Bezug auf Debatten und Entwicklungen ihrer Zeit. Wo es uns nötig schien, haben wir daher einige Erklärungen eingefügt und zudem den jeweiligen Texten Info-Boxen vorangestellt, die die Rahmung der jeweiligen diskus-Ausgabe verdeutlichen. Gleichzeitig sollen die Artikel aber auch kurze Momentaufnahmen der jeweiligen Debatten sein, um ggf. zum Weiterlesen in anderen Kontexten anzuregen.

Auch aus eigener Neugier steht am Ende des Heftes ausnahmsweise ein Autor*innenverzeichnis. Dabei haben wir, soweit möglich, öffentlich zugängliche Informationen zusammengetragen, um die verschiedenen Lebenswege der Autor*innen aufzuzeigen.

Wir hoffen, dass ihr beim Lesen nicht den Überblick verliert – schließlich verlaufen in diesem Heft viele Ebenen und Gedankenstränge nebeneinander, übereinander und durcheinander. Aber vielleicht ist gerade dies eine Möglichkeit, Stadt zu denken.

ACROSS BOCKENHEIMER LANDSTRASSE

SERHAT KARAKAYALI

2000 / HEFT 2

HÄUSER KAMPF UM WOHNRAUM

Dieser Artikel stammt aus dem Jahr 2000 und wurde von Serhat Karakayali geschrieben. Serhat Karakayali hat sich unter anderem um die Wiederbelebung der diskus im Jahr 1997/1998 verdient gemacht. Heute arbeitet er am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie der Migration, Geschichte und Gegenwart illegaler Einwanderung, Praktiken und Medien in der Migrationsgesellschaft sowie Transformation von Integrationspolitik.

Wenn vom Häuserkampf im Frankfurter Westend die Rede ist, damals, Anfang der Siebziger, denken die meisten an den frühen Joschka Fischer und seine radikale Putzgruppe, Straßenschlachten zwischen Polizei und Spontis oder bestenfalls an die Melodie von *Die letzte Schlacht gewinnen wir* (Ton, Steine, Scherben). Aus dem kollektiven Gedächtnis weitgehend verschwunden hingegen sind die migrantischen Kämpfe gegen überhöhte Mieten und miserable Wohnbedingungen zur selben Zeit am selben Ort. Dabei waren die zahlreichen von MigrantInnen organisierten Mietstreiks auch für die damalige deutsche linke Szene ein wichtiger politischer Bezugspunkt. Die selbstorganisierten Kämpfe der MigrantInnen gegen die rassistischen Lebensverhältnisse in Deutschland verknüpften zum ersten Mal rechtliche und ökonomische Diskriminierungen, wobei die Einbeziehung der Wohnsituation auch die Bedeutung des Alltags für den Widerstand reflektierte.

NEUES IM WESTEND

Die erste Hausbesetzung Frankfurts fand nicht zufällig im Westend statt. Bereits in der Nachkriegszeit hatte sich in der städtischen Politik eine Orientierung am tertiären Sektor herausgebildet: Frankfurt sollte zur internationalen Finanzmetropole ausgebaut werden. Die strategisch günstige Lage des Westends machte es attraktiv für viele Banken und Versicherungen. Die bauliche Gliederung und der »Gebäudecharakter kommen dem Repräsentationsbedürfnis der sich hier niederlassenden Institutionen entgegen« (Stöber nach Ronneberger 1998: 3).

Eigentumsverhältnisse und soziale Bindung erwiesen sich jedoch als Hindernis bei der Umstrukturierung des Westends. Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung und der Vereinfachung der Umwidmung von Wohn- in Büroraum Mitte der sechziger Jahre begann der Anstieg der Mieten bis Ende der Sechziger blieben von 40 000 Einwohnern nur noch 28 000 und bereits die Hälfte der Flächen war in Büros umgewandelt worden, zumeist Werbeagenturen und Kanzleien.

Das Projekt der »Auflockerung durch Verdichtung«, das die Errichtung von Hochhausgruppen im Westend ermöglichen sollte, kollidierte jedoch mit geltendem Baurecht: »Deshalb versuchte die städtische Administration Verfahrensweisen zu entwickeln, mit deren Hilfe geltende Gesetze umgangen werden konnten« (Ronneberger 1998). Anstatt einen Bebauungsplan vorzulegen, was den Nachteil gehabt hätte, daß BürgerInnen gegen einen solchen hätten Einspruch einlegen können, wurde »verdeckt« geplant: Die Investoren wurden aufgefordert, möglichst mehrere Grundstücke zu kaufen »da für den Besitz einer größeren Grundfläche eine höhere Geschoßflächenzahl in Aussicht gestellt wurde« (Ronneberger 1998).[1] Die in Aussicht gestellten und dann auch bewilligten großzügigen Befreiungen[2] von baurechtlichen Vorschriften und Bebauungsplänen heizten – entgegen den Verlautbarungen der städtischen PolitikerInnen – die Spekulation an: Bis 1972

kaufte eine Gruppe von Immobilienhändlern etwa 12 % der Gesamtfläche im Westend ausschließlich zu Spekulationszwecken auf.

Finanziert wurden die Immobiliengeschäfte von einigen Großbanken wie der Deutschen Bank, Dresdner Bank und der Commerzbank, aber auch von der Hessischen Landesbank, die de facto von der SPD kontrolliert wurde. Die Kreditvergabepraxis der Banken und das Vorgehen des Magistrats machten offensichtlich, daß die Kaufleute eher eine Funktion als Vermittler im Projekt Umstrukturierung hatten, als daß sie deren maßgebliche Akteure gewesen wären.

Nichtsdestotrotz agitierte die HausbesetzerInnenbewegung anfänglich über eine Personalisierung des Konflikts gegen »Wuchermieten« und sprachen von »den Spekulanten«. Diese zwanglos populistische Terminologie und auch das Nennen der Namen der Akteure scheinen allgemeine rhetorische Mittel gewesen zu sein, um an den »konkreten Erfahrungshorizont der Bewohner des Stadtteils anknüpfen zu können« (Stracke 1980: 93): Die städtischen PolitikerInnen wurden etwa als »Rathausbonzen« oder »Gangstersyndikat« bezeichnet (Flugblatt *Der Wohnungskampf geht weiter*, Rote Hilfe 1974). Die Auseinandersetzungen wurden durchweg stark auf die handelnden Personen fokussiert.

Ganz anders die mittelständische Bürgerinitiative *Aktionsgemeinschaft Westend e.V. (AGW)*, die vor allem das Ziel verfolgte, die vormalige Lebensqualität im Quartier zu erhalten. Sie trat in einem Fall mit einer, durch den Firnis einer Pseudo-Besorgnis nur dürftig verhüllten, antisemitischen Drohung gegen die Kaufleute auf: Die Immobilienhändler jüdischer Abstammung sollten »überlegen, ob die Gewinne aus den Grundstücksspekulationen in diesem Umfang den Schaden aufwiegen, den sie ungewollt sich selbst, ihren Kindern und ihren jüdischen Mitbürgern u. U. zufügen« (nach Stracke 1980: 74).

Erst später schien ein Teil der Spontis sich darüber klar zu werden, daß eine simple Agitation gegen »die Spekulanten« schnell in antisemitische Muster übergehen kann und betonte daher, daß der Kampf erst dann politisch werde, wenn er »kein salonfähiger Mietwucherprotest mehr ist« (Häuserrat/ASt 1973: 4), sondern sich gegen Polizei, Staatsschutz, Ausländerbehörde, Gerichte, bürgerliche Presse und Stadtverwaltung richte (ebd.).[3]

Die Strategie, mit dem latenten Antisemitismus umzugehen, bestand zumeist in einer Art politökonomischer Aufklärung:

»Der Angriffspunkt des Häuserkampfs muß noch mehr die SPD, müssen die Banken sein.« (Gerte/Georg/Scott in diskus 1/1973: 28); »SPD und Banken sind die wahren Spekulanten« (vgl. Häuserrat 1974: 14).

Daß bestimmte Praktiken und Begriffe ein eigenes historisches Gewicht haben, über das man nicht beliebig verfügen kann, wurde dabei nicht gesehen. Daniel Cohn-Bendit etwa sah allein in der Tatsache, daß die Spontis Linke waren, schon einen ausreichenden Grund, »kein schlechtes Gewissen« zu haben, schließlich sei man »immer schon gegen Rassismus und Antisemitismus gewesen« (vgl. Pfaff 1995).

WESTEND TOWN, A DEAD END WORLD?

Die durch die Spekulation organisierte Umstrukturierung führte zu dreierlei Entwicklungen: Die Miet- und Grundstückpreise im Quartier stiegen insgesamt und es standen zahlreiche Häuser leer bzw. die zum Abbruch vorgesehenen Häuser wurden profitabel an MigrantInnen zwischenvermietet. Entlang dieser Punkte konstituierten sich dann im wesentlichen auch die drei Protestgruppen.

Die bereits 1969 gegründete AGW wollte das Westend als Wohnquartier erhalten und ein Steigen des Mietniveaus verhindern. Ihre Kritik richtete sich in erster Linie gegen die kommunale Politik, die als wenig differenziert und zu kurzsichtig angeprangert wurde. Diese Sichtweise kam auch in der AGW-Parole »Kampffmeyer muß weg!« zum Ausdruck. Die Politik der AGW bestand konsequenterweise in einer Partizipationsstrategie, die unter anderem durch Eintritt des Vorstands in die SPD-, CDU-und FDP-Ortsvereine verfolgt wurde (vgl. FAZ 1.10.1994). Auf informeller Ebene sympathisierten viele AGW-Mitglieder, die offizielle Politik wurde vom Vorstand gemacht, mit den späteren Hausbesetzungen und Mietstreiks und leisteten häufig praktische Unterstützung (Vgl. Stracke 1980: 82f).

Im Herbst 1970 hatten Studenten, Familien aus Obdachlosensiedlungen und ausländische Arbeiter in der Eppsteiner Straße 47 zum ersten Mal in Frankfurt – und vermutlich zum ersten Mal im Nachkriegsdeutschland – ein leerstehendes Haus besetzt, die Häuser in der Liebigstraße 20 und Corneliusstraße 24 folgen einen Monat später. Das unmittelbare Echo auf die Besetzungen war sehr positiv, sowohl in den lokalen Medien (außer in der FAZ), den überregionalen Fernsehsendungen (z. B. Panorama), als auch bei den Anwohnern und schließlich sogar bei Teilen der regierenden SPD. Diese sah in den Besetzungen zunächst ein zwar illegales, aber dennoch legitimes Mittel, auf die miserable Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam zu machen. Um ihr Image als Reformpartei besorgt und von SympathisantInnen innerhalb der Partei (linker Flügel/Jusos) unter Druck gesetzt, sah sie sich mitten im Wahlkampf außerstande, hart durchzugreifen.

Der eigentliche Häuserkampf und damit die HausbesetzerInnenbewegung begann erst im Herbst 1971. Der Magistrat entschied, daß weitere Besetzungen nicht mehr toleriert werden dürften und kam einer Forderung der Eigentümer nach: Die Räumung des Hauses Grüneburgweg 113 endete in einer von den Medien als »blutigste Straßensschlacht seit 1968« apostrophierten Auseinandersetzung, die zum scheinbaren Einlenken der Stadt führte.

Sie schaltet die *Wohnheim GmbH* als Vermittlerin zwischen ImmobilienhändlerInnen und HausbesetzerInnen ein, um die Besetzungen zu legalisieren bzw. die Konflikte auf eine juristische Ebene zu verschieben.

Die Hausbesetzungen waren aus Sicht der StudentInnen zunächst Selbsthilfeaktionen, deren Berechtigung darin bestand, »endlich aus der Isolation von Frau Wirtins muffigen Mansardenkammern oder

der Gängelei repressiver Elternhäuser zu entfliehen« (nach Stracke 1980: 100). Diskriminierungen bei der Zimmersuche, astronomisch hohe Mietpreise, die Weigerung in winzige Studentenwohnheimzimmer (8 qm) zu ziehen oder die Lösung in der Gründung einer Kleinfamilie zu suchen, waren die Ausgangspunkte. Daran anschließend entwickelte die Bewegung eine weitreichende Kritik an der fordistischen Lebensweise:

> »Man merkt den Wohnungen an, daß sie gebaut wurden, um Geld zu scheffeln, und nicht, damit Menschen sich drin wohl fühlen können. Die Wohnungen sind so gebaut, daß man gerade darin Fernsehen und dann Schlafen kann, um am nächsten Tag wieder fit für die Arbeit zu sein«
>
> *(Flugblatt ›Wir bleiben drin‹, Häuserrat 1973)*

Im Verlauf der Auseinandersetzungen radikalisierten sich die Positionen; die BewohnerInnen der besetzten Häuser in der Bockenheimer Landstr. 111 und 113 erklärten im April 1973:

> »Wir werden weiter Häuser besetzen, weil wir Wohnungen brauchen, aber nicht um auf Mißstände hinzuweisen, sondern um dem kapitalistischen System den Kampf anzusagen, das es ermöglicht, daß leere Häuser leerstehen.«

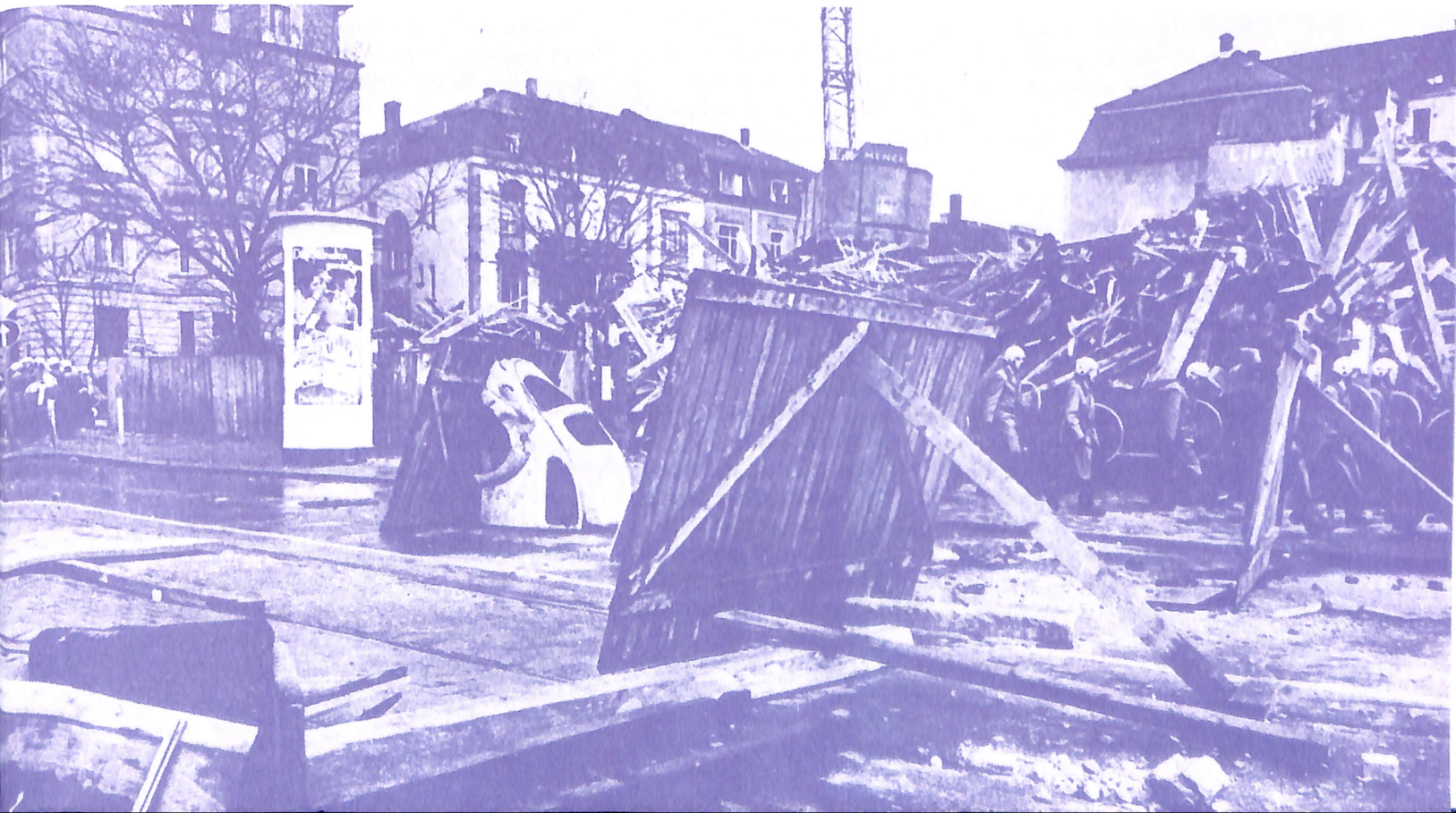
Der Radikalisierung der Bewegung begegneten Medien und SPD mit einer Spaltung der Bewegung in selbstverständlich gewaltfreie Wohnungssuchende einerseits und »Polit-Rocker« und »Terroristen« »von außerhalb« andererseits, die es auf »unseren Staat« abgesehen haben.

IN THE GHETTO

Auf dem Wohnungsmarkt am meisten diskriminiert waren freilich die ArbeitsmigrantInnen. Seit den ersten Anwerbeabkommen Mitte der Fünfziger wurden sie zumeist in sogenannten Gastarbeiterunterkünften untergebracht, die von den Arbeitgebern bereitgestellt werden sollten. Die Unternehmen ließen aus Kostengründen Barackensiedlungen am unteren Ende der vorgesehen Standards errichten: Eine ›Bettstelle‹, ein Schrank, eine Sitzgelegenheit und eine Toilette für 15 ArbeiterInnen.[4]

Auch als zu Beginn der Sechziger im Rahmen einer Politik der ›Schandfleckbeseitigung‹ Lagerunterkünfte und ähnliche Einrichtungen abgebaut werden sollten, waren sie für ArbeitsmigrantInnen weiterhin als ›Übergangslösung‹ Realität. Daß die Standards in den Unterkünften mit ausländischen ArbeiterInnen gegenüber solchen mit deutschen ArbeiterInnen oder AussiedlerInnen stets niedriger angesetzt waren, wurde von den Behörden u. a. damit begründet, daß der »Heimcharakter« nicht überbetont werden sollte und die Ausländer sowieso »keine allzu großen Ansprüche stellten« (vgl. von Oswald/Schmidt 1999: 189). Diese Standards waren jedoch ohnehin nur Richtlinien und besaßen keine Rechtsverbindlichkeit, so daß sie auch häufig unterschritten wurden. Ihre Überprüfung wurde überdies, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung selbst salopp zu Protokoll gab, »offenbar etwas lässig gehandhabt« (ebd.: 190).

Diejenigen, die ihre Familie nach Deutschland holen oder einfach den schäbigen Lebensbedingungen im Wohnheim entkommen wollten, mußten feststellen, daß der freie Wohnungsmarkt ihnen nicht viel anzubieten hatte. AusländerInnen wohnten in Gebieten, wo



nach den herrschenden Planungsmaximen gar keine Wohnungen sein sollten, in extremen Emissionszonen oder in sanierungsbedürftigen Wohngegenden. Frankfurter ArbeitsmigrantInnen wohnten Anfang der Siebziger, so sie nicht in werkseigenen Wohnheimen oder Lagern untergebracht waren, zu zwei Dritteln in Altbauwohnungen, die sich in sehr schlechtem Zustand befanden oder in Ein-Zimmer-Appartements, deren Mieten Deutschen zu hoch waren, von den ArbeitsmigrantInnen aber wegen der größeren Wohnungsnot akzeptiert werden mussten (Vgl. Borris 1973). Bei weniger als einem Drittel der in Frankfurt lebenden MigrantInnen entsprach die Ausstattung den vergleichbaren deutschen Durchschnittswohnungen, die meisten zahlten dennoch Mieten, wie sie für moderne Luxuswohnungen üblich waren. Mit Wohngeld unterstützt wurden gerade drei Prozent der nicht-deutschen WohnungsmieterInnen und Sozialwohnungen erhielten 1971 ganze 60 Antragsteller, obwohl der größte Teil Anspruch darauf gehabt hätte.

Den wohnungssuchenden MigrantInnen kam vor diesem Hintergrund eine besondere Funktion bei der Umstrukturierung des Westends zu. Von ihnen konnten hohe Mieten verlangt werden, obwohl sie in Abbruchhäusern wohnten, an denen nicht einmal minimalste Reparaturinvestitionen vorgenommen wurden. So konnten die Gebäude bis zum geplanten Abbruch hochprofitabel zwischenvermietet werden, manchen wurden 1971 bis 900 DM für winzige, verwanzte Löcher abgenommen. Gleichzeitig konnte den MigrantInnen die Verantwortung für den schlechten Zustand der Häuser zugeschoben werden. So hat die AGW, die selbst umfangreiche Daten über hohe Mieten und Überbelegung in den migrantisch bewohnten Häusern sammelte, die MigrantInnen aufgefordert, »Lärm zu vermeiden und keine Abfälle neben die Mülltonnen zu werfen« etc. Ein AGW-Mitglied sah gar die Strategie der Spekulanten darin, in den Abbruchhäusern »eine Zuflucht für lichtscheue Existenzen« zu schaffen (vgl. Stracke 1980: 70). Letztlich ging es darum, eine behördliche Genehmigung für den Abbruch zu erhalten und so konnte es den Immobilienhändlern recht sein, wenn es so aussah, als wären es die MigrantInnen, die den Verfall der Häuser verursachen. Die Hausverwaltungen setzten zunächst schon länger in Deutschland lebende Migranten als eine Art Hausmeister ein, die das Geschäft der Verwaltung im jeweiligen Haus übernehmen sollten, so daß alle Mietangelegenheiten bzw. alle Konflikte innerhalb einer Community platziert wurden.

Wie richtig die Immobilienkaufleute mit ihrer Annahme lagen, daß sie die MigrantInnen nicht einmal als Rechtssubjekte behandeln müßten, zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 1972: Der Besitzer des Gebäudes, ein Herr Gertler »hatte bereits einen Teil der Fenster zerschlagen, um das Haus unbewohnbar zu machen. Zuvor hatte er türkische und jugoslawische ArbeiterInnen, die im zweiten Stock wohnten, vertrieben, indem er sie samt Mobiliar auf Lastwagen verladen und gegen ihren Willen abtransportieren ließ. Sie würden »in Lager außerhalb Frankfurts gebracht«, erklärte Gertler. Zu empörten AnwohnerInnen sagte er: »Was ich mit meinen Mietern mache ist meine Sache« (FAZ vom 29. 8. 1972). Die daraufhin alarmierte Polizei leitete keine Untersuchungen über den Tathergang der Verschleppung ein. Weniger spektakulär war die Gepflogenheit mancher HausbesitzerInnen, einfach die Wohnungen der MieterInnen zu betreten. Ein italienischer Mieter erzählt über seinen Hausbesitzer:

> »Er ging in die Küche und guckte in die Töpfe um zu sehen, was wir kochen. Wie oft hat er gesagt ... guck mal hier, ihr eßt sehr gut, und verbraucht viel Strom und Gas. Ihr konsumiert zu viel sagte er immer. [...] Anklopfen? Nein, dann fing er an rumzugehen von einem Zimmer zum anderen, ins Bad in die Toilette. [...] Das erste Mal habe ich mir gedacht, vielleicht ist das hier so. Das zweite mal habe ich gesagt: RAUS !«
>
> *(»Hausbesetzer erzählen«, Häuserrat 1974: 120)*

FLATS FOR FREE

Das hieß zwar, daß die EigentümerInnen der Wohnungen auf die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden und der Polizei vertrauen konnten, nicht aber darauf, daß sich die MigrantInnen nicht wehren würden. Nachdem bereits einige italienische Familien an den ersten Besetzungen im Herbst 1970 teilgenommen hatten, entstand im Sommer 1971 eine neue Form des Häuserkampfs: der Mietstreik.

Einige italienische AktivistInnen von der *Unione Inquilini* (Mieterunion) hatten wochenlang Ausländerquartiere im Westend besucht, um mit den BewohnerInnen über deren Wohnsituation zu diskutieren. Den Anfang machten die BewohnerInnen des Hauses in der Ulmenstraße 20. Auf einer Pressekonferenz erklärten sie den Mietstreik, nur noch 10 % des Lohnes sollte für die Miete ausgegeben werden. Auch der zweite Mietstreik, der im September folgte, wurde von der Presse positiv aufgenommen. Man bewunderte die Solidarität der italienischen, türkischen und jugoslawischen Arbeiterfamilien. Die Aktionen wurden vor allem durch die bei den MigrantInnenradiosendungen arbeitenden JournalistInnen publik und die von den Mietstreikhäusern angebotene Rechtsberatung wurde zahlreich besucht. Doch ließ sich der Mietstreik zunächst nicht ausweiten. Zwar waren sich theoretisch die meisten der in den Abbruchhäusern lebenden MigrantInnen darüber im Klaren, daß juristisch gegen die hohen Mieten nichts auszurichten war, zu weiteren praktischen Aktionen kam es aber erst einmal nicht.

Im Februar des nächsten Jahres dann deuteten die Aktionen der BewohnerInnen der Eschersheimer Landstraße 220 eine Wende an. Sie hatten schon früh – erfolglos – Versuche unternommen, ihre Situation über Gerichte oder das Amt für Wohnungswesen zu verbessern und waren zu der Einsicht gelangt, daß »ein Hausstreik keine Kraft hat, daß es notwendig ist, Verbündete zu suchen« (Häuserrat 1974: 111).

Es wurden Flugblätter verfaßt, eine Demonstration mit über 1000 TeilnehmerInnen veranstaltet und in den Häusern textete man nicht nur für Transparente, sondern auch für Mietstreiklieder, die von den türkischen und italienischen Radiosendungen täglich gespielt wurden. Diesem Beispiel folgten ab Februar 1972 zahlreiche andere migrantische Hausgemeinschaften. Bis Ende dieses Jahres befanden sich Dutzende von Häusern im Mietstreik – an die 1500 MigrantInnen. Von den ersten Aktionen unterschied sich diese Welle von Streiks dadurch, daß die BewohnerInnen der verschiedenen Häuser begonnen hatten, miteinander zu diskutieren und gemeinsam vorzugehen.[5] Der Streik entwickelte sich durch die Erfahrung, daß alle zum Objekt einer übergreifenden konzertierten Aktion gemacht werden sollten, vom reinen Mietstreik zum politischen Streik. Dominierte anfangs die nackte Not, die vorher schon viele Familien zum ganz privaten Mietstreik mehr oder weniger gezwungen hatte, waren nun mehr und mehr die Amtsgerichte, die Polizei und der Magistrat die gemeinsamen Gegner.

Die Polizei stürmte immer wieder Mietstreikhäuser unter fadenscheinigen Begründungen wie der, die Papiere der Leute kontrollieren zu müssen; manche werden von Polizeibeamten bedroht, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wenn sie ihre Miete nicht zahlten. Ein spanischer Arbeiter wurde von der Polizei einfach abgemeldet und bekam beim Versuch, seine Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern zu hören, er besitze keinen festen Wohnsitz (vgl. Häuserrat/AStA 1973). Der Mietstreik entwickelte sich zu einer Kritik an den Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Hatte die erste italienische Familie, die das Haus Eppsteiner Straße mitbesetzt hatte, nicht nur den hohen Mieten, sondern auch dem Rassismus der Nachbarn entkommen wollen, richteten sich die Forderungen mittlerweile auch gegen die Akkordarbeit, die Wohnheime oder das Fehlen von Kindergärten für die MigrantInnenkinder.

Tatsächlich kam es zur gleichen Zeit zu Streiks von ArbeitsmigrantInnen bei VDM in Frankfurt und bei Opel Rüsselsheim, wo diese die deutsche Betriebsversammlung unter der vom RK (Revolutionärer Kampf) ausgegebenen Parole »Eine Mark für alle!« stürmten. Auf der ersten MigrantInnen-Demonstration der Bundesrepublik 1972 im Frankfurter Westend fanden sich so neben Transparenten gegen die Vermieter auch welche gegen die ›Bosse‹. Mit der Parole »Fiat-Opel-Autobianchi die padroni siamo stanchi!« (»Von den Fiat-Opel-Autobianchi Bossen haben wir die Schnauze voll!«) thematisierten sie auch die kapitalistische Indienstnahme der Migration.

Sowohl im Betrieb als auch im Quartier war die Solidarität der Deutschen aber nicht sonderlich groß. Abgesehen von den Betriebsarbeit leistenden Linken und der HausbesetzerInnenbewegung waren die Beziehungen der Mehrheitsgesellschaft zu den migrantischen Aktionen von Rassismus geprägt, angesichts ihrer Wohnsituation hatte man allenfalls Mitleid mit den »armen Gastarbeitern«. Es waren die BewohnerInnen des Hauses in der Eschersheimer Landstraße die auf eine deutsche MieterInnenversammlung gingen, sich dort mit den deutschen MieterInnen solidarisch erklärten und an deren Demonstration teilnahmen.

WER GEWINNT DIE LETZTE SCHLACHT?

Die MietstreikerInnen wurden ab 1973 mit mehr als 140 Prozessen überzogen, die der Bewegung schließlich auch ein Ende bereiteten. Trotz der Unterstützung der ›Genossenanwälte‹ und der Spontis vom Häuserrat, waren die Hausgemeinschaften mit diesem Angriff überfordert, sie verloren mehr als neunzig Prozent der Verhandlungen und waren nicht mehr in der Lage, eine Offensive zu starten. Der SPD gelang es in dieser Situation, die Streikgemeinschaften mit Versprechungen und Drohungen zu spalten. Einem Teil wurde zugesagt, sie könnten »erstmal bleiben«, andere wurden mit dem Versprechen nach Ersatzwohnungen in ihre alten Löcher zurückgeschickt.

Der teilweise paternalistische Zugang der Spontis zu den ›Kollegen‹ hat zur Niederlage beigetragen. Bestimmte Praktiken der Spontis führten dazu, daß die Initiative von den MigrantInnen zu den Spontis überging und dort blieb. In einer Textsammlung des Häuserrats (1974) reflektieren AktivistInnen der HausbesetzerInnenbewegung, daß etwa der Versuch, einzelne Mietstreiks oder auch Straßenfeste in die Hausgemeinschaften hineinzutragen, dazu führte, daß die »Hippies« alles machen und die MigrantInnen sich eben beteiligen oder nicht. Der Häuserrat beklagte auch, daß die Szene zwar zu Verhandlungen von »organisierten Genossen« kam, »sich aber einen Dreck scherte um die Prozesse, mit denen hier einer entstehenden Massenbewegung der Garaus gemacht werden soll.« (Häuserrat/AStA 1973: 4)

Als MigrantInnen anfingen, selbst Häuser zu besetzen, konnten diese teilweise nicht gehalten werden, weil sie von der HausbesetzerInnenbewegung nicht so unterstützt wurden, wie das bei den »eigenen« Häusern der Fall war:

> »Klar, wenn man das mit deutschen Hausbesetzungen vergleicht, war es schon traurig bestellt mit der Solidarität unsererseits!«
>
> *(Häuserrat 1974: 158)*

Trotz eines ›kulturrevolutionären‹ Effekts der Aktionen innerhalb der MigrantInnen-Communities (Politisierung des Reproduktionsbereichs, Infragestellen der Geschlechterverhältnisse, Eroberung des öffentlichen Raums, Kollektivierung) waren bestimmte z. B. nationalistische Borniertheiten mitverantwortlich für die spätere desolate Situation. Dabei handelte es sich nicht bloß um die Banalität, daß diejenigen Häuser besonders gut organisiert waren, die eine relativ homogene Nationalitätenstruktur aufwiesen und deshalb keine internen Sprachprobleme hatten. So gab es Konflikte um Freundschaften zwischen TürkInnen und ItalienerInnen und eine unausgesprochene Hierarchie, an deren Spitze die ›politischsten‹ Communities standen.

Tatsächlich gab es deutliche Unterschiede in der politischen Erfahrung der verschiedenen MigrantInnen-Communities. In der italienischen Community waren manche, die bereits in Italien Erfahrung mit Mietstreiks gemacht hatten – längst hatten sich lokale *Lotta Continua*-Gruppen gebildet – und etwa um die Dialektik von Verhandlung und Massenmobilisierung wußten. Die *Lotta Continua*-Gruppen, einige Mitglieder waren gar aus Italien angereist, führten Alltag und Klassenkampf zusammen:

> »Zum Beispiel, daß Politik heißt, den Lebenszusammenhang einbeziehen; daß man mit den Arbeitern leben, feiern, singen und nicht nur diskutieren kann. [...] In vielen Fragen war damit die LC für uns das entscheidende vorwärtsstrebende Moment.«
>
> *(Gruppe Arbeitersache 1973: 58)*

Die Arbeitskämpfe bei Ford in Köln 1973 oder bei Opel in Rüsselsheim zur gleichen Zeit, sowie auch der Kampf im Westend und die vielen kaum dokumentierten Revolten in Gastarbeiterlagern (vgl. von Oswald/Schmidt 1999) sind jedoch gescheitert. Den längeren Atem hatten anscheinend diejenigen, die Geschäfte machen wollten und diejenigen, die ihnen im Namen des Volkes dabei halfen. Wenn etwa aufgrund des Mietstreiks nach und nach Schwierigkeiten entstanden – in Gestalt von Gerichtsverhandlungen, dem Abstellen von Strom und Wasser oder Schlägertrupps der Vermieter schien es überdies, als habe sich durch die politische Aktion die Situation eigentlich nur verschlechtert. Die Ursachen für die Niederlage auch nur annähernd erschöpfend zu klären, ist heute kaum möglich. Ein wesentlicher Punkt scheint jedoch darin bestanden zu haben, daß es häufig nicht gelang, langfristige Perspektiven und auf den Nägeln brennende Alltagsprobleme miteinander zu vermitteln.

Ohne eine Paralelle zu ziehen ist doch mit den damaligen Kämpfen eine Verbindung von rechtlichen, politischen und ökonomischen Kämpfen entscheidend geworden, an die es heute anzuknüpfen gilt. Was damals für die Bundesrepublik zum ersten Mal auf die Tagesordnung gesetzt wurde, war, den Kampf um die beschränkte Aufenthaltsgenehmigung mit dem Kampf gegen die Repression im Wohnheim und dem Akkord in der Fabrik zu koppeln. Damit wird ein Anti-Rassismus möglich, der, indem er die rassistische Überdeterminierung von Ausbeutungsverhältnissen thematisiert, seine Grundlage nicht mehr im Humanismus hat. Es geht darin weder identitätspolitisch um Anerkennung wie im Multikulturalismus oder um das abstrakte humanistische Menschsein, noch um eine Selbstdefinition ausschließlich als Opfer, wie es im traditionellen Anti-Rassismus üblich ist.

Nötig ist dagegen eine Auseinandersetzung mit der rassistischen Segmentierung von Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie institutioneller Diskriminierung mit Blick auf eine materielle Fundierung antirassistischer Politik. Anstatt an das gute Gewissen der deutschen Öffentlichkeit zu appellieren, müssen soziale und ökonomische Bündnisse geschlossen werden. Anstatt die selbst rassistische Trennung in Deutsche und AusländerInnen zu zementieren, müssen nicht-identitäre Kriterien für antirassistische Politik erfunden werden. Dies ist in der Mietstreikbewegung ansatzweise passiert, weshalb es sich lohnt, auch den verlorenen Schlachten nachzugehen.

*.LIT

BORRIS, MARIA 1973: *Zur sozialen Situation ausländischer Arbeiter in Frankfurt.* Frankfurt.

GRUPPE ARBEITERSACHE 1973: *Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen.* München.

HÄUSERRAT FRANKFURT 1974: *Wohnungskampf in Frankfurt.* München.

HÄUSERRAT FRANKFURT UND ASTA DER UNI FRANKFURT 1973: *Kettenhofweg 51. Dokumentation des Häuserrates und des AStA der Uni Ffm.*

KÜHNE, PETER/RÜSSLER, HARALD 2000: *Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland.* Frankfurt/New York.

PFAFF, THOMAS 1995: *Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, 1970.* Film. WDR.

RONNEBERGER, KLAUS 1998: *Global City Frankfurt. unveröff. Studie.*

STRACKE, ERNST 1980: *Stadtzerstörung und Stadtteilkampf: Innerstädtische Umstrukturierungsprozesse, Wohnungsnot und soziale Bewegungen.* Köln.

VON OSWALD, ANNE/SCHMIDT, BARBARA 1999: *»Nach Schichtende sind sie immer in die Lager zurückgekehrt ...« Leben in »Gastarbeiter«-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren.* In: 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Motte/Ohliger/von Oswald (Hg.), Frankfurt/New York.

*.NOTES

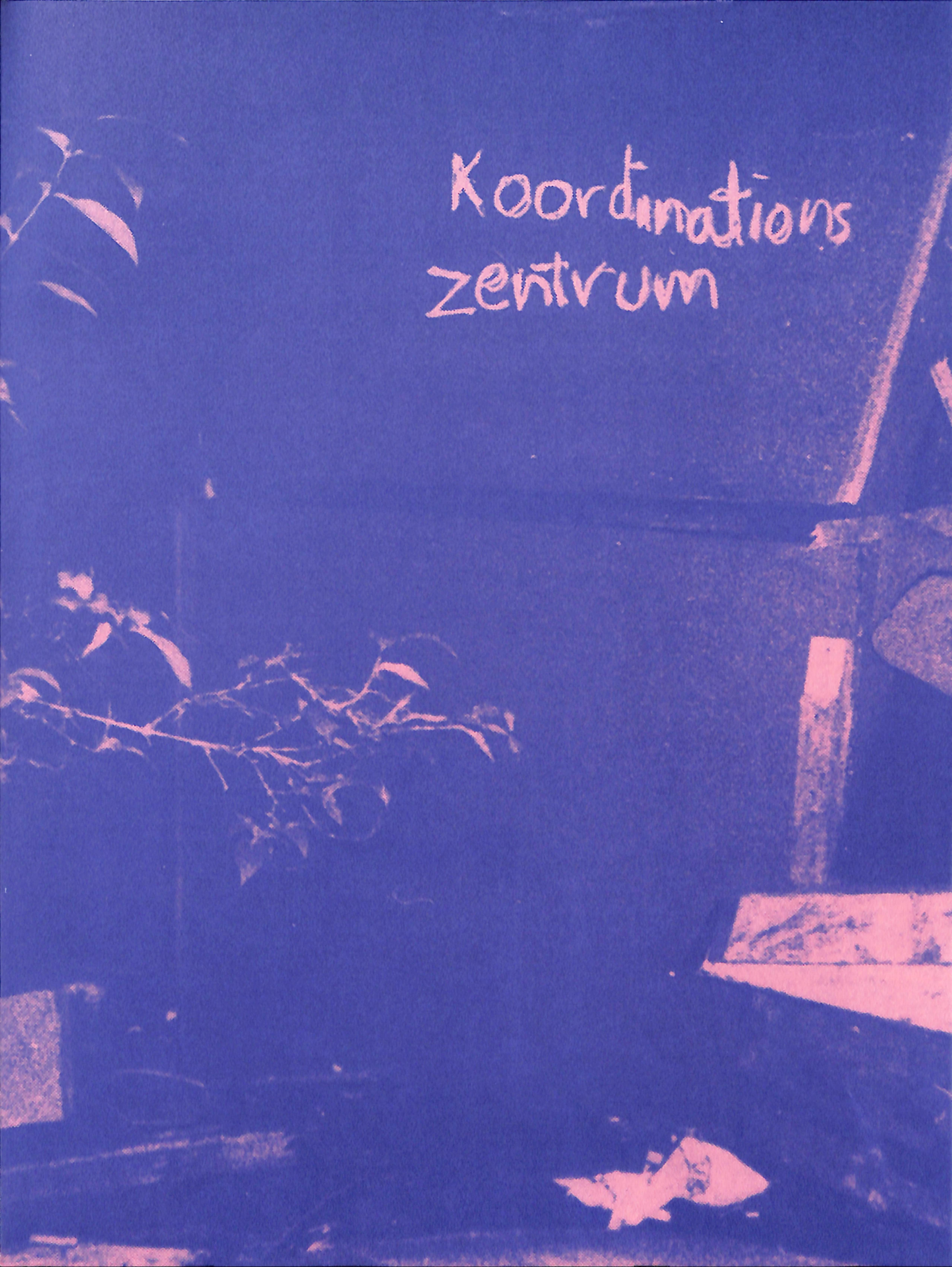
1 »Der Spekulant Markiewicz [...] erzählte uns selbst einmal, wie sehr er vom Magistrat und dessen untergeordneter Behörde dazu gedrängt wurde, ein Haus nach dem anderen aufzukaufen.« (Häuserrat AStA 1973: 7) Und: »›Kaufen Sie noch die Hausnummern 63 bis 67 dazu‹ empfahl uns das Planungsamt ›das reißen Sie dann alles ab, haben mehr Grünfläche und dürfen dafür 35 Stockwerke hochgehen‹« (Bubis nach FAZ vom 1.10.1994).

2 »Die Möglichkeit der Ausnahmegenehmigung ist von uns vielleicht sehr extrem ausgenutzt worden«, so der damalige Planungsdezernent Kampffmeyer (vgl. FAZ vom 1.10.1994).

3 Dabei ist anzumerken, daß der Häuserrat ein stets heterogener Zusammenschluß politischer Gruppen und Individuen war. Flugblätter, die mit diesem Namen unterschrieben wurden, können daher je nach Zusammensetzung dieses Gremiums relativ deutlich voneinander abweichende Stoßrichtungen haben.

4 An diesen Bedingungen scheint sich im Übrigen nicht viel geändert zu haben, betrachtet man heutige Flüchtlingsunterkünfte: Zur Zimmerausstattung gehören ein Bett, ein Stuhl pro Person, Kochplatte, Tisch und Schrank müssen sich drei Personen teilen (vgl. Kühne/Rüßler 2000: 151).

5 Dieses migrantische Engagement findet sich in allen späteren Häuserkampfbewegungen, etwa Anfang der Achtziger, nicht mehr.


Koordinations
zentrum

REVOLUTIONÄRER KAMPF

Tonbandprotokoll der Strategie-Diskussion im Frankfurter Volksbildungsheim

JOSCHKA FISCHER

1974 / HEFT 2-3

HÄUSER KAMPF UM WOHNRAUM

Veröffentlicht wurde dieser Beitrag im Jahr 1974 in einem Heft, das eigentlich das Thema Emanzipation behandeln sollte: »Die massive Hetze von Presse und Polizei anläßlich der Straßenschlacht vor den besetzten und geräumten Häusern Bockenheimer Landstr./Schumannstr. hat uns gezwungen dieses Ereignissen einen breiteren Raum in diesem Heft zur Verfügung zu stellen, der eher kommentierend als berichtend ist. Es war kein Zufall, dass der hessische Innenminister die Räumung dieser Häuser in die Semesterferien gelegt hat; er hoffte somit eine Solidarisierung der Studentenschaft zu verhindern, das mißlang. Wir glauben, daß die Frankfurter Studentenschaft ein Anrecht darauf hat, ein im Gegensatz zu der offiziellen Hetze und Medien engagiertes Bild der Ereignisse zu erhalten.« (diskus-Redaktion 1974, S.3)

Der hier dokumentierte Redebeitrag des späteren Grünen-Politikers und Außenministers Joschka Fischer wurde im Kontext eines Tribunals über die Polizei gehalten, das die Räumungen skandalisierte. Joschka Fischer war damals Mitglied des Häuserrates, dem zentralen Koordinationsgremium der Hausbesetzungen in den 1970er Jahren.

Ich will hier für den Häuserrat reden, für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocker bezeichnet wurden, für die Genossen, von denen Karsten Voigt[1] gemeint hat, daß sie reaktionäre Gewalt ausgeübt oder hervorgerufen haben bei der Verteidigung der Häuser. Die Frage, die sich doch stellt, und die der Karsten Voigt vorhin hier angeführt hat, das ist die: Wie ist unser Verhältnis zur Sozialdemokratie und wie das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Gewalt, genauer zur Gewalt des Kapitals.

Zum ersten Punkt, unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie: Karsten Voigt fühlt sich irgendwo auf den Schlips getreten und mit ihm seine Genossen, da wir angeblich die Sozialdemokratie als Hauptfeind noch schlimmer angreifen würden, als wir es mit der CDU/CSU getan haben. Die Sozialdemokratie ist für uns doch nicht der Hauptgegner, sondern die Frage, die sich uns doch stellt, ist: Wer setzt hier in Frankfurt Spekulanteninteressen gegen die Bevölkerung durch und wenn man sich dagegen wehrt, mit wem wird man dann konfrontiert. Da wird man nicht unmittelbar konfrontiert mit Franz Josef Strauß oder einer anderen politischen Repräsentation, da wird man konfrontiert mit einer Politik, die hier seit 20 Jahren von Sozialdemokraten vertreten wird. […]

Die Frage also, die sich stellt, ist nicht die, daß wir die Sozialdemokratie als Hauptfeind betrachten, sondern daß die Sozialdemokratie hier faktisch als politische Vertretung von Spekulationsinteressen gegenüber denen, die darunter leiden, auftritt.

Der zweite Punkt, der sich hier ganz zentral stellt, in Zusammenhang mit dem, was hier an Bodenspekulation, was hier an Wucherei, was hier an Wohnraumzerstörung, kurz, was an spätkapitalistischer Großstadtentwicklung praktiziert wird, ist die Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Gewalt. Der Karsten Voigt meinte vorhin in seinem Beitrag, wir würden reaktionäre Gewalt hervorrufen. Nun stell ich die Gegenfrage: Wer bedient sich denn existenter reaktionärer Gewalt? […] Wer legitimiert […] den Einsatz der Polizei. […] Und daß da gesagt wird, wir würden reaktionäre Gewalt provozieren, ist insofern Augenwischerei: Es ist nicht die Gewalt, die wir provozieren; diese Gewalt ist da.

Man kann doch nicht immer darüber streiten – der Voigt hat es vorhin getan – daß wir uns dieser Gewalt beugen und versuchen müssen, auf dem parlamentarischen Weg hier entscheidende Reformen durchzusetzen. Gleichzeitig, finde ich, sollten wir mal den Blick auf Frankfurt werfen. Die Situation, aus der die Konfrontation heraus entstanden ist, so wird uns gesagt, war eine Gewaltanwendung der Hausbesetzer. Nun frag ich mich, was ist bei einer Hausbesetzung Gewalt. Man geht rein, man hat erst mal keine Wohnung, viele Leute hier in Frankfurt haben keine Wohnung. Es sind Tausende seit Jahren wohnungslos. Und jetzt sind Genossen, Studenten, junge Arbeiter in ein Haus reingegangen, das von einem Großspekulanten seit Jahren teilweise schon leer stehen gelassen wurde, um dort zu wohnen. Die sind da rein gegangen, da war keine Gewalt, da war gar nichts. Die versuchten einfach, da-

rin zu wohnen, das ist ein ganz elementares Recht, das im Grunde jedem Vieh zugesprochen wird. Wo liegt da die Gewalt? Die Gewalt liegt doch im Wesentlichen darin, daß Eigentum, Privateigentum, nicht Eigentum zum eigenen Nutzen, sondern Privateigentum, mit dem Profite gemacht werden, mit dem auf Armut spekuliert wird, direkt angegriffen wurde. Daß man hinnahm, was da existierte, daß man petitionierte, wie das der alte SDS tat, daß man versuchte, in Diskussionen zu überzeugen, mit exemplarischen Aktionen, mit Go-ins und sonst etwas, das alles hat keine Wohnung hergeschafft. Es war einfach die Tatsache, man hat sich die Wohnung genommen. Jetzt kam die Reaktion der Sozialdemokratie, jetzt kam die Reaktion der Polizei. ›Gewalt‹ war der allgemeine Aufschrei […].

Für uns ist die Polizei nicht der Hauptgegner […], denn wir wissen, daß sich viele Kollegen in nichts von ihren Lebensvoraussetzungen unterscheiden; ja, daß die Polizei überhaupt nicht der Gegner ist […]. [F]ür uns [ist] der Polizist nicht grundsätzlich der Gegner, sondern dort, wo er mit der Waffe droht, wo er Kapitalinteressen materiell durchsetzt, […] dort muß er zum Gegner werden. Und da steht der Karsten Voigt dann auf und sagt: »Ich bin gegen die Übergriffe von oben, ich bin gegen die Übergriffe von unten.« Das ist der Jargon von Machthabern. Nach links verteilt, nach rechts verteilt! […]

Und da stellt sich ja hier für uns die Frage, wenn wir sagen, die reaktionäre Gewalt, wir provozieren sie. Es ist die Frage; provozieren wir sie sinnlos, gibt es keine Perspektive, oder was ruft diese reaktionäre Gewalt hervor. Diese reaktionäre Gewalt, die hier in Frankfurt aufgetreten ist […], wurde hervorgerufen durch Widerstand. Durch Widerstand, den die Jusos, den die Sozialdemokratie, nicht verhindern konnte durch ihre Politik sondern, die sie gerade provoziert haben durch ihre Politik und das ist doch die Logik dieser Geschichte, die sich gegen sie wendet. […]

Genossen, was im Häuserkampf so wichtig war, das ist der eine Punkt, daß das der Ausdruck eines Massenbedürfnisses war, das von der Sozialbürokratie, was vom Spätkapitalismus hier in Frankfurt produziert worden war. Wir hatten organisatorische Schwächen, wir hatten politische Schwächen; die Ansätze, uns mit anderen Klassen zu verbinden, waren nur sehr sporadisch, sind zum großen Teil gescheitert an Bedingungen, die wir offen diskutieren und diskutiert haben und die wir verändern müssen. […]

Die Frage aber, wo wir uns nicht drumrum drücken können, ist, was dieser Häuserkampf gezeigt hat: es gibt an dem praktischen Punkt der Konfrontation nur zwei Alternativen, nämlich: Nehm ich es ernst mit dem Kampf gegen den Spätkapitalismus, gegen die Baulöwen […]; ich meine, da stellt sich doch die Frage der Alternative, geh ich auf die Seite des Kapitals, der Banken, in deren Aufsichtsräte Sozialdemokraten sitzen und Kredite vergeben – oder geh ich auf die Seite derer, die unter diesen Umständen leiden, die da ausgebeutet werden durch Wuchermieten, die da zusammengeschlagen werden von faschistischen Schlägertrupps und ähnliches mehr?

Diese praktische Frage wurde am Samstag gestellt. Heute zu diskutieren, ob am Samstag angegriffen wurde oder nicht. Da ist ganz einfach zu sagen: Am Samstag wurde deswegen angegriffen, weil es die Genossen nicht verwunden haben, hinzunehmen, daß hier ein Haus zusammengeschlagen wurde, daß der Müller[2] wirklich mit einem obszönen Grinsen im Gesicht Terrormethoden, die gestapoartig waren, noch als die große Taktik ausgegeben hat, daß demonstriert werden sollte, daß ein Widerstand von unten unmöglich ist. Deswegen sind Steine geflogen gegen jene, die dieses System dort an dem Haus repräsentiert haben.

Und auf dieser Seite, Genossen, steht die ganz klare Alternative […], das ist die Alternative zwischen einem Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt – in Frankfurt haben wirs konkret erlebt – oder dem, was als Politrocker diffamiert wird, was in Wirklichkeit heißt: Massenwiderstand gegen die reaktionäre Gewalt zu organisieren.

*.NOTES

1 Anm. d. Red.: K. Voigt war damals Bundesvorsitzender der Jusos, studierte in Frankfurt und legte danach eine steile Karriere in der SPD hin. Zuletzt setzte er sich in Berlin in der Initiative Pro Reli für die Einführung eines verpflichtenden Religionsunterrichts ein.

2 Anm. d. Red.: Knut Müller war der damalige Frankfurter Polizeipräsident und SPD-Mitglied.

Wir machen Gebrauchsgrafik.

Und gestalten zum Beispiel diese Zeitschrift.
Und Bücher. Und Plakate, Flyer, Broschüren, Websites, Logos, Geschäftsausstattungen.
Und, und, und …

INSTITUT FÜR GEBRAUCHSGRAFIK

ilder

WOHNUNGSKAMPF IN FRANKFURT

Widerstand ist möglich

H. GERTE, D. GEORG, R. W. SCOTT

1973 / HEFT 4

HÄUSER KAMPF UM WOHNRAUM

Dieser Artikel erschien im Mai 1973 – der Titel des Artikels war auch gleichzeitig das Gesamtthema des Heftes. Die Redaktion dies Heftes führte dann auch nicht inhaltlich in das Heft bzw. das Heftthema ein, sondern verkündete die Gründung einer Sozialistischen Presse Agentur (SPA):

»Das bedeutet für uns, im Falle eines Streiks die Meinungen und Forderungen der Streikenden zu veröffentlichen und nicht die der Unternehmensleitung; im Falle einer Hausbesetzung die Verbreitung der Forderungen des Häuserrates und nicht, was der Polizeipräsident dazu zu sagen hat; und im Falle einer Flugplatzerweiterung der US-Armee nicht den Brief irgendeines Ministers oder Generals sondern die Forderungen der betroffenen Bevölkerung bekannt zu machen.«
(diskus-Redaktion 1973: S.3)

Der folgende Artikel ist dann auch eine Stellungnahme des Frankfurter Häuserrates, der Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzer*innen und der Frankfurter Polizei, sowie Vertretern der Stadt Frankfurt schildert.

17 Hausbesetzungen, ca. 30 Mietstreiks, an die 200 Prozesse wegen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, im Fall Grüneburgweg sogar Anklage wegen versuchten Totschlags (der Angeklagte hatte mit einem Stein nach einem Polizisten geworfen, als diese das Stunden zuvor besetzte Haus stürmten), Mieterdemonstrationen, Anzeigen gegen Spekulanten und ihre Abrißtrupps […], Aufklärungskampagnen gegen Mietwucher, Tribunale gegen den Terror der Polizei (die ab und zu unter fadenscheinigen Vorwänden mit gezückten Pistolen in besetzte und bestreikte Häuser eindrang, um so die Bewohner einzuschüchtern), Stellungnahmen in Presse und Rundfunk, Schwarzbücher gegen Mietwucher, Proteste der Bevölkerung gegen Hochhausbebauung, Debatten und Podiumsdiskussionen – dies alles sind die vorläufigen Resultate des Frankfurter Wohnungskampfes, der im September 1970 mit der spektakulären Hausbesetzung in der Eppsteiner Straße 47 begonnen hatte.

Die katastrophalen Wohnverhältnisse in Frankfurt sind ein typisches Beispiel für die gesamte Wohnsituation in der BRD. Frankfurt als Zentrum des europäischen Kapitals, als eine Stadt, die mehr für Banken und Versicherungen als für Menschen geplant und gebaut ist und einen überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteil an ausländischen Arbeitern hat (110.000), konnte den Widerspruch zwischen den Interessen des Kapitals und den Bedürfnissen der Menschen auf menschliches Wohnen nie vollständig verschleiern.

Doch diese Tatsache allein genügt nicht, den relativ fortgeschrittenen Stand des Wohnungskampfes in Frankfurt zu erklären. Im Gegensatz zu der Main-Metropole mußten in anderen Städten der BRD die besetzten Häuser nach einiger Zeit wieder aufgegeben werden. Die ersten erfolgreichen Hausbesetzungen in Frankfurt wurden unter anderem durch die taktischen Überlegungen der SPD vor den Landtagswahlen 1970 begünstigt. Damals regierte im Römer die große Koalition und die SPD machte wahlwirksam die Wohnungspolitik der CDU für die Wohnraumzerstörungen verantwortlich. Zudem glaubte die SPD offensichtlich, daß es sich bei den ersten beiden Hausbesetzungen höchstens um punktuelle studentische Aktionen handeln könnte, welche ›ja nur‹ auf soziale Mißstände hätten aufmerksam machen wollen. Als weitere Hausbesetzungen auch nach der Wahl erfolgten, erkannte die SPD, daß ihr Konzept gesprengt wurde. Fortan wurden Hausbesetzungen zu Machtfragen zwischen der Neuen Linken und den bürgerlichen Parteien. Diese versuchten den Aktionen der Linken mit einem Konflikt-Management zu begegnen, um größere Eskalationen zu vermeiden.

Je nach der Einschätzung der Lage ordnete die Stadt Räumung oder Abzug der Polizei an. Im Grüneburgweg und bei der Räumung der Schubertstraße kam es zu Straßenschlachten, im Fall Bockenheimer Landstr. 111 und 93 dagegen geschah nichts, da dort die Linken weit größere Massen hatten mobilisieren können. Durch die spektakulären Hausbesetzungen konnte nun das Interesse der Öffentlichkeit auf die Praktiken der Spekulanten gelenkt werden.

Seit Mitte der sechziger Jahre war es üblich geworden, massenweise alte Herrschaftshäuser und Wohnhäuser aufzukaufen, diese dann meistens jahrelang leerstehen zu lassen und, wenn notwendig, dem Verfall ein ›bißchen‹ nachzuhelfen, um dann die billig erworbenen Spekulationsobjekte ohne Risiko mit horrenden Gewinnen entweder an Banken und Versicherungen weiterzuverkaufen oder gar selbst die Häuser abzureißen, um an ihre Stelle Büroklötze zu setzen, die den Menschen dahinter die Sonne rauben und den noblen Herren einen Sack voll Geld bescheren.

Der Kapitalzugriff wird immer virulenter. Es reicht nicht mehr aus, sich mit ein oder zwei Wohnhäusern zu bescheiden um sie dann durch neue Bürobauten zu ersetzen. So gehört schon fast das gesamte Viertel Kettenhofweg, Feuerbachstraße, Elsa-Brandström-Straße, Guiolettstraße, Ulmenstraße den Spekulanten Markiewicz und Rosen. Gewiß ist aber, daß sich hinter den Namen nur die Kapitalinteressen einiger Großbanken und Versicherungen verstecken. Das Spekulantentum ist also nur die Form, in der (bzw. als der) der Verwertungszwang auftritt. Letzten Endes macht es aber keinen Unterschied, ob Markiewicz oder eine Bank agiert: auf jeden Fall wird hinter der Fassade des ›freien Wohnungsmarktes‹ eine verdammt ungleiche Freiheit deutlich. Das Kapital ist so frei, unsere Wohnungen (als Ware behandeln, d. h.) vernichten und durch Bürosilos ersetzen zu können. Wir sind allerdings so ›frei‹, entscheiden zu ›können‹, wohin wir vor dieser Kapitalfreiheit fliehen wollen.

Deutlich wird dies am Beispiel Kettenhofweg: Dieser Privatbesitz der beiden ›Bank-Angestellten‹ ist in erster Linie Wohnraum für über 500 Menschen, zumeist türkische Familien. Auf Grund der schamlosen Ausbeutung dieser Menschen sind sie gezwungen, meistens zu mehreren sich ein Zimmer zu teilen, wenn sie nicht einen Großteil ihres Lohnes für Miete zahlen wollen. Hinzu kommt nun, daß die Spekulanten die bei gravierender Überbelegung verstärkt anfallenden Reparaturen verweigern. Sie unternehmen nichts gegen die Wanzen und Kakerlakenplage. Sie mauern die frei gewordene Wohnungen zu, nachdem sie sie vorher haben zerstören lassen. Schon mit der systematischen Verschlechterung der Wohnsituation beginnt der Terror gegen die Mieter, und so ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann aus einem Wohnhaus eine abrißreife Bruchbude geworden ist.

Der Rausschmiß der Mieter läuft, wie die Praxis zeigt, meistens über die Einschüchterung der verängstigten Ausländer. Schließlich gibt es inzwischen Ausländergesetze und die Polizei ist schnell zur Stelle, wenn der Hausbesitzer ruft. In dem mietbestreikten Haus in der Eschersheimer Landstr. 220 setzte man einen deutschen Hausmeister in die Wohnung, der wegen jeder Nichtigkeit die Polizei holte. Diese begnügt sich nicht mit einer Streife, sondern rückt gleich mit Mannschaftswagen und Hunden an. Die Ausländer, die wegen Sprachschwierigkeiten sich oft nicht verständigen können, waren dann die Dummen, da Hausmeister und Hausbesitzer der Polizei erklären konnten, was sie wollten. Die SPD-Stadtregierung hat ein Interesse an der stillen und reibungslosen Bewältigung solcher Konflikte. Dies Bemühen schlägt sich unter anderem nieder in der papiernen Verpflichtung für die Abreißer und Rausschmeißer, den gekündigten Mietern adäquate Ersatzwohnungen ohne Kautionsforderungen zu stellen.

Es ist aber evident, daß die Spekulanten sich nur daran halten, wenn sie von den Betroffenen dazu gezwungen werden. Und oft genug lassen die sich halt aus Unwissenheit bescheißen. […]

Auf der einen Seite rühmte diese [die SPD] sich in ihren Wahlannoncen, als einzige [Partei im] Stadt[parlament] in der BRD ein ‚»Sozialbildungspapier« zu besitzen, welches ausdrücklich das Leerstehenlassen von Wohnraum zu Spekulationszwecken untersagt und welches auf Wohnraumzerstörung mit gerichtlichen Sanktionen droht. […]

[Auf der anderen Seite steht heute fest:] Die verbalen Forderungen der SPD sind eine geschickte Verschleierungstaktik der Politik, die diese Partei eigentlich macht. Sie fordert publizistisch wirksam nach außen menschliches Wohnen, und verhindert faktisch die Ausführung ihrer eigenen Parolen. Dies auf das gespaltene Bewußtsein einiger SPD-Bonzen zurückzuführen, wäre zu einfach, vielmehr stehen dahinter handfeste Kapitalinteressen, bei denen das Gesetz des großen Geldes immer vor dem Recht auf Leben kommt! Anläßlich einer Podiumsdiskussion am 15.7.1972 im Rahmen der Fertigbaumesse '72 wurde das so ausgedrückt: »Selbst wenn die Stadt wollte, könnte sie nicht anders als die Baugenehmigungen für Hochhäuser dort zu erteilen, wo diese nach dem Westendstrukturplan nicht ausdrücklich verboten sind.« […]

Schöner und deutlicher kann man sich ein Bekenntnis zur kapitalistischen Klassenherrschaft gar nicht mehr wünschen: denn wenn es der Aufhebung des Rechtsstaates bedarf, um die Interessen der Bevölkerung gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen, so kann logischerweise dieser Rechtsstaat immer nur das Recht des Kapitalisten meinen und verteidigen.

Was wir daraus folgern müssen ist, daß wir den Kampf um die Interessen der Bevölkerung an der Basis aufgreifen und artikulieren müssen. Das verlangt die Bildung weiterer Stadtteilgruppen und die Koordinierung bereits bestehender Gruppen zu einem Gesamtforum, in welchem einmal Informationsmaterial ausgetauscht werden soll und zum anderen die Schwerpunkte der Agitation bestimmt werden könnten. Nur so läßt sich eine langfristige Perspektive der Stadtteilarbeit bestimmen. Aus den bisherigen Einzelkämpfen einzelner Gruppen muß ein gezielter Kampf aller werden, wenn über den Status einer linken Sozialarbeit hinausgegangen werden soll. […]

die sich ulkigerweise als legitime Nachfolgeorganisation der KPD der Weimarer Zeit empfindet, sich an die Spitze der Massen zu setzen. Sie tat dies, indem sie versuchte, ihr Lautsprechergerät für sich zu monopolisieren. Sie wurde lautstark ausgepfiffen und erhielt etliche Kopfnüsse. Auch Cohn-Bendit, der sagte: »In Frankfurt sind schon zwei marxistisch-leninistische Organisationen kaputtgegangen, auch diese wird nicht überleben«, konnte keinen Frieden stiften; als die Rangelei sich steigerte, zogen die Zuhörer des teach-ins auf die Straße und formierten sich zu einer mehrere tausende zählenden Demonstration. Am Ende dieser Kundgebung machte ein Sprecher des Häuserrats […] darauf aufmerksam, daß Rudi Arndt »die Stirn habe« sich hier sehen zu lassen. Spontan bewegte sich eine große Gruppe von Demonstranten über die Fahrbahn und keilte den für die Räumung des Kettenhofweges Verantwortlichen unter den Worten: »Rudi Arndt – wir haben dich gewarnt« und »Rudi, du Gangster, bald bist du weg vom Fenster« ein. Mit großer Mühe trat Arndt den Rückzug an, der freilich nicht gerade heroisch war. Er bekam Schläge und wurde ins Gesicht gespuckt. Sein Leidensweg war einige hundert Meter lang; größeren Beschädigungen wurde der Mann, der beim Betrachten von Demonstrationsfilmen dumme Witze zu machen pflegt, nicht ausgesetzt. Die Sprechchöre um ihn herum heizten ihm genug ein. Als an der Berliner Straße eine Hundertschaft auftauchte, flogen Tränengaspatronen, weinend flüchtete der Frankfurter OB vor der aufgebrachten Masse in die Arme seiner Beamten.

Arndt hat das weißgott spontane Vorgehen der Demonstranten als »faschistisch« bezeichnet. Diese Wortwahl ist nicht nur diffamierend, sie zeigt auch das für Sozialdemokraten bezeichnende historische Verständnis. Keine Beule hat Rudi Arndt vorzeigen können; die Masse, die ihn mit Sprechchören bedachte, hätte ihn ohne weiteres zusammenschlagen können. Aber eine Masse, die spontan handelt, die dabei sich nicht von ihren berechtigten Gefühlen übermannen lässt, für Rudi Arndt ist sie »faschistisch«. Nach der Terminologie ist jede Revolte und jede Revolution der Geschichte ›faschistisch‹; denn wenn etwas geändert wird, dann wird zumeist auch Gewalt gegen Personen und Sachen angewendet. Unsere Gesellschaft ist so angelegt, daß nur das Ausbrechen aus den Normen dieses Systems Aussicht auf Erfolg hat. Von linker Seite wurde der schale Vorwurf der Personalisierung und damit im Zusammenhang das Wort von der ›Charaktermaske‹ gebracht. Sicher wäre es albern, Rudi Arndt als einen Gesinnungstäter zu betrachten, der sich gegen den Rest der Bevölkerung mit den Spekulanten verbündet hat. Aber Rudi Arndt ist nicht nur ein Symbol – und solche Symbole werden halt manchmal angespuckt – Rudi Arndt hat auch eine individuelle Verantwortlichkeit. Es hat ganz allein von ihm abgehangen, wie die Polizeieinsätze aussahen, es hing von ihm ab, ob das Haus Kettenhofweg 51 geräumt wurde oder nicht. Rudi Arndt hat diese Einsätze persönlich geleitet, er hat die Räumung persönlich verantwortet, nichts davon war für ihn zwingend. In der Tat sind anderwärts Entscheidungen nicht in dieser Weise auf einzelne Personen zurückzuführen; Herrmann Abs[3] ist nicht der deutsche Kapitalismus; sondern der Kapitalismus ist ein gesellschaftlicher objektiver Zusammenhang, der zu durchbrechen ist. Wo aber Entscheidungen so sichtbar von ausmachbaren Personen getroffen werden, dann sind diese konkreten Personen keine Charaktermasken, sondern festmachbare und bespuckbare Individuen, denn sie sind nicht der blinde Exekutor, sondern haben einen Spielraum, in dem sie entscheiden können. ›Personalisierung‹, ein Begriff, der aus Adornos Authoritarian Personality stammt, meint etwas ganz anderes, nämlich die Reduktion objektiver gesellschaftlicher Prozesse auf das Handeln einzelner Personen. Auf die Kommunalpolitik Frankfurts war das nicht gemünzt.

Adorno selbst hat über die Personalisierung kurz vor seinem Tode noch eine hübsche Geschichte erzählt. Adorno träumte: er liegt auf dem Boden, über ihm schwingt Hans Jürgen Krahl ein Messer. Adorno sagt: »Aber Herr Krahl!« Sagt Krahl: »Herr Adorno, sie personalisieren!«

›SPEKULANTENSCHWEINE‹

Die Agitation einiger Gruppen richtet sich immer wieder gegen die ›Spekulanten‹. In der Tat spielen diese Frankfurter Juden eine finstere Rolle. Trotzdem ist zu fragen, ob es richtig ist, sie zum zentralen Angriffsobjekt der Agitation zu machen. Die Spekulanten sind sichtbar und bei der Bevölkerung verhasst. Sie treiben mit unglaublicher Rohheit Mieter aus ihren Wohnungen, lassen Häuser leerstehen und verfallen, beuten schamlos ausländische Arbeiter aus.

Wer sind diese Spekulanten? Es sind dies eine Gruppe von vielleicht zwanzig jüdischen Geschäftsleuten, die systematisch seit Mitte der sechziger Jahre das Frankfurter Westend aufkauften und den Prozeß der Wohnraumzerstörung einleiteten. Aber: die Vorstellung, die sie geben, ist falsch. Preisler und Buchmann, Markiewicz und Rosen sind nicht die Besitzer von Hunderten von Millionen Mark. Diese hätten sie haben müssen, um tatsächlich für sich all die Häuser und Grundstücke zu kaufen, die sie nominell erworben haben.

Wer eine kleine Strumpffabrik besitzt, wie der Preisler-Clan, der hat nicht das liquide Kapital, um dreißig Häuser im Westend zu kaufen, um Hochhäuser zu bauen. Diese Gelder, wie die Grundstücke, gehören ihnen nicht, sondern den großen Banken. Der Bank für Gemeinwirtschaft, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, ausländischen Bankiers […].

Die Spekulanten sind Strohmänner der Banken, die mit einem Zynismus sondergleichen operieren. Sie bleiben im Hintergrund, während die durch KZs geschleiften Juden ihnen die Drecksarbeit abnehmen und in der bürgerlichen Mitte einen offenen Antisemitismus erzeugen. Wieder ist es ›der Jude‹, der ›raffig‹ alles aufkauft und ruiniert. Der berechtigte Haß der betroffenen Bevölkerung richtet sich nicht gegen die Banken der Monopole, sondern gegen Handlanger, deren Leben vom deutschen Kapitalismus so zerstört worden ist, daß sie – überlebend – nichts mehr machen können

als Geschäfte. Diese Rolle der Spekulanten muß gesehen werden, auch wenn das Einbußen in der Solidarisierung ergibt. Die klassische Zirkulationssphäre, in der es reale Geldbesitzer gab, die spekulieren konnten, ist durch die Monopole liquidiert. Die heutigen Spekulanten sind Falschspieler; sie führen uns einen Kapitalismus vor, den es nicht mehr gibt. Diejenigen, die Steine in die Industrie- und Handelskammer, die Börse warfen, haben mehr davon begriffen als diejenigen, die sich so erfolgreich auf die ›Spekulantenschweine‹ einschießen und geschickt mit dem Antisemitismus der Bürger und Kleinbürger operieren. Der Angriffspunkt des Häuserkampfs muß noch mehr die SPD, müssen die Banken sein. Das ist undankbarer, hat aber den Vorzug, die Situation so einzuschätzen wie sie ist.

*.NOTES

1 **ANM. D. RED.**: Mitglieder des Häuserrates haben im Römer den Bauausschuss aufgesucht, um mit ihm zu verhandeln. Die Personen wurden am Verlassen des Raumes gehindert. Außerdem wurden Portraits zweier ehemaliger Oberbürgermeister mit Lack übermalt.

2 **ANM. D. RED.**: Rudi Arndt war der damalige Frankfurter SPD-Oberbürgermeister; er wurde 1944 im Alter von 17 Jahren NSDAP-Mitglied, 1945 SPD-Mitglied und gehörte nachfolgend dem sogenannten linken Flügel der SPD an. Von 1972 bis 1977 war er Oberbürgermeister von Frankfurt und verantwortlich für die Baupolitik. Da er die Alte Oper nicht wieder aufbauen lassen, sondern sprengen wollte, hieß er auch ›Dynamit-Rudi‹, was er mit der Taufe eines Nilpferdes auf den Namen ›Dynamit‹ verarbeitete. Sein Amt übernahm 1977 Walter Wallman (CDU).

3 **ANM. D. RED.**: Hermann Abs war ein deutscher Bankier und 1957 bis 1967 Vorstandssprecher der Deutschen Bank.

DAS GEGENTEIL VON GUT.

Antisemitische Verschiebungen in linken Auseinandersetzungen mit ›Stadt‹. Zur Kritik an *Widerstand ist möglich*

CHRISTIAN SPERNEAC-WOLFER UND FELIX LANG

2015

HÄUSER KAMPF UM WOHNRAUM

Antisemitische Stereotype waren in der Häuserkampfdebatte der 1970er an der Tagesordnung, und so finden sich auch in den diskus-Artikeln, die aus und in dieser Debatte entstanden sind, antisemitische Passagen. Nur ›angenehme‹ Artikel aus der damaligen Zeit zu publizieren und die antisemitischen Motive zu übergehen, würde bedeuten, einen Beitrag zur Romantisierung der damaligen Zeit zu leisten. Deshalb haben wir uns für die kommentierte Wiederveröffentlichung entschieden. Unser Kommentar bezieht sich vor allem auf den Artikel *Wohnungskampf in Frankfurt: Widerstand ist möglich* (Seiten 18-23 in diesem Heft, erschienen 1973), da in ihm die antisemitischen Projektionen am deutlichsten hervortreten. Wir gehen davon aus, dass er exemplarisch für den Antisemitismus der Linken im Häuserkampf steht – aber ob und inwiefern dieser exemplarische Charakter tatsächlich besteht, kann natürlich erst eine ausführlichere Beschäftigung mit jenem Teil des sprichwörtlichen Eisbergs zeigen, der unterhalb der Oberfläche liegt.

In seinem ebenfalls hier abgedruckten Beitrag *Across Bockenheimer Landstraße* (Seiten 7-12) nimmt Serhat Karakayali u. a. die »zwanglos populistische Terminologie« der Häuserkampf-Aktivist*innen aufs Korn und beschreibt, wie letztere sich in ihren Äußerungen auf einzelne Personen konzentrierten und damit keine Gesellschaftskritik leisten, sondern bloß gegen Spekulanten agitieren konnten. Teile der Linken, so schreibt Karakayali weiter, seien später allerdings zur Einsicht gelangt, dass eine solche Agitation von antisemitischen Mustern nicht weit entfernt ist. Sie hätten betont,

> »daß der Kampf erst dann politisch werde, wenn er ›kein salonfähiger Mietwucherprotest mehr ist‹ (Häuserrat/AStA 1973: 4), sondern sich gegen Polizei, Staatsschutz, Ausländerbehörde, Gerichte, bürgerliche Presse und Stadtverwaltung richte (ebd.). Die Strategie, mit dem latenten Antisemitismus umzugehen, bestand zumeist in einer Art politökonomischer Aufklärung: ›Der Angriffspunkt des Häuserkampfs muß noch mehr die SPD, müssen die Banken sein.‹ (Gerte/Georg/Scott in diskus 1/1973: 28); ›SPD und Banken sind die wahren Spekulanten‹ (vgl. Häuserrat 1974: 14).«

Das erste von Karakayali angeführte Zitat über SPD und Banken stammt ebenfalls aus dem Text *Widerstand ist möglich*, der genau an dieser Stelle anknüpft. Wir werden hier zu zeigen versuchen, dass der Text sich zwar – wie Karakayali schreibt – gegen offen antisemitischen »Mietwucherprotest« ausspricht, dass er jedoch, indem er einzelne Schuldige sucht, die er für die Probleme eines gesellschaftlichen Zusammenhangs verantwortlich machen kann, sich nicht vom Antisemitismus befreit. Nur weil der Text nicht offen gegen das Hassobjekt Jude geht, ist er deswegen nicht ›weniger schlimm‹ und auch nicht weniger antisemitisch. Das, was gemeinhin ›struktureller Antisemitismus‹ genannt wird, ist eben nicht ›nur‹ von der Struktur her antisemitisch, sondern *weil* es von der Struktur antisemitisch ist, sagen wir: Das genau ist Antisemitismus.[1]

Dennoch unterscheidet sich der Antisemitismus in diesem Text deutlich von jenem, der schlicht gegen Juden und/oder ›Spekulantenschweine‹ hetzt. Die Hetze gegen besagte Spekulantenschweine nämlich kritisiert er als »Antisemitismus der Bürger und Kleinbürger« (S. 23), der von einigen Linken übernommen worden sei; davon distanziert der Text sich. Zwar meint er lapidar: »In der Tat spielen diese Frankfurter Juden eine finstere Rolle.« (S. 22) – Dann aber stellt er fest, dass die Spekulanten nicht zum »zentralen Angriffspunkt« gemacht werden sollten. Die Autor*innen rechnen vor, dass die jüdischen Spekulanten (diese »zwanzig jüdischen Geschäftsleute«) gar nicht genügend Geld hätten, um so viele Häuser zu kaufen, und dass deswegen hinter ihnen die Banken stehen müssen. Damit wiederum verkennt der Text, dass Antisemiten faktenresistent und für Argumentation unzugänglich sind, und meint absurderweise, die Frankfurter Juden ausgerechnet dadurch vor dem Antisemitismus in Schutz nehmen zu können – das Gegenteil von gut ist gut

gemeint –, dass er sie zwar als Teil einer Verschwörung identifiziert, aber nicht als Drahtzieher, sondern als Opfer und Marionetten. Die wahren Drahtzieher, die Banken nämlich,

> »bleiben im Hintergrund, während die durchs KZ geschleiften Juden ihnen die Drecksarbeit abnehmen und in der bürgerlichen Bevölkerung einen offenen Antisemitismus erzeugen. Wieder ist es ›der Jude‹, der ›raffig‹ alles aufkauft und ruiniert. Der berechtigte [sic!] Haß der betroffenen Bevölkerung richtet sich nicht gegen die Banken der Monopole, sondern gegen Handlanger, deren Leben vom deutschen Kapitalismus so zerstört wurde, daß sie – überlebend – nichts mehr machen können als Geschäfte.« (S. 22)

Der Text distanziert sich von jenen, die den Juden selbst die Schuld am Antisemitismus geben, und stellt letztere stattdessen als Opfer dar. Von Gesellschaftskritik ist er damit noch immer himmelweit entfernt. Dass nicht »die Banken« das Problem sind, sondern die kapitalistische Vergesellschaftung – davon hat er nichts begriffen: Verschwörungsdenken und Antisemitismus in Reinform, auf der Höhe der Zeit. Der Antisemitismus in diesem Text ist einer, der aus der Geschichte gerade so viel gelernt hat, dass er weiß: Ich darf nicht sagen, dass die Juden böse sind. – Ein Antisemitismus, der das antisemitische Ressentiment zwar von den Juden löst, um es im gleichen Atemzug wiederum zu rechtfertigen und zu rationalisieren (»der berechtigte Haß der betroffenen Bevölkerung«) und einfach auf ein anderes Hassobjekt zu projizieren. Die ›Wahl‹ dieses ›neuen‹ Hassobjekts ist übrigens alles andere als zufällig, da Banken und Juden in der Geschichte des Antisemitismus in einem engen Zusammenhang gestanden haben und weiter stehen. Was beide Hassobjekte eint, ist die obsessive Beharrlichkeit, mit der die Antisemiten nicht aufhören können zu fragen: ›Und wer steckt dahinter?‹

Die Probleme beginnen schon am Anfang des Textes. Dort finden wir eine knappe Darstellung der Wohnraumsituation in Frankfurt sowie der diversen Protestaktionen und Besetzungen im »Frankfurter Wohnungskampf«. Letzteren erklärt der Text aus dem »Widerspruch zwischen den Interessen des Kapitals und den Interessen der Menschen auf menschliches Wohnen« (S. 18). Schon diese Formulierung spricht Bände. Denn die »Interessen der Menschen« sind im Kapitalismus den Interessen »des Kapitals« eben nicht einfach entgegengesetzt. »Das Kapital« spricht den Menschen ihr Interesse auf »menschliches Wohnen« weder zu noch ab, sondern verfährt damit so, wie es seiner eigenen Verwertung im jeweiligen Fall am besten entspricht. Sofern die Menschen sich in diesen Verhältnissen reproduzieren – und das tun sie Tag für Tag, weil andere Verhältnisse bis zur besseren Einsicht versperrt sind –, sind die »Interessen der Menschen« kapitalistische Interessen. Dass dabei im Laufe der Zeit zumindest im globalen Norden – die Stadt Frankfurt also eingeschlossen – ein bemerkenswertes Wachstum nicht nur der Produktivkräfte insgesamt, sondern auch des allgemeinen Wohlstands und Wohnkomforts stattgefunden hat, mag bloß ein ›Nebenprodukt‹ der Kapitalverwertung sein – *gegen die Interessen der Menschen ist es allerdings nicht.*

Gleich im Anschluss verkünden die Autor*innen – investigative Journalisten, die sie sind –, dass ein gesamtes Viertel »den Spekulanten Markiewicz und Rosen« (S. 19) gehöre, nur um dann ebenso enthüllerisch zur Folgerung zu gelangen:

> »Gewiß ist aber, daß sich hinter den Namen nur die Kapitalinteressen einiger Großbanken und Versicherungen verstecken.« (S. 19)

Dabei gerät völlig durcheinander, ob es nun Kapitalinteressen« sind oder Interessen »einiger Großbanken und Versicherungen«, was eben *nicht* dasselbe ist. Die Autor*innen des Textes jedoch wollen davon nichts wissen und meinen sogar ausdrücklich, dass »die Menschen« von einzelnen Kapitalisten unterdrückt würden. Wenn, so schreiben sie, es »der Aufhebung des Rechtsstaates bedarf, um die Interessen der Bevölkerung gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen, so kann logischerweise [!] dieser Rechtsstaat immer nur das Recht des [!] Kapitalisten meinen.« (S. 19) Diese Gleichsetzung der »Interessen des Kapitals« mit den »Interessen der Kapitalisten« ist bemerkenswert: Damit führen die Autor*innen einen gesellschaftlichen Strukturzusammenhang auf die Gier einer kleinen Gruppe zurück. Wenn die »Interessen des Kapitals« gegen die »Interessen der Menschen« stehen, dann wird suggeriert, dass die ›finsteren Kräfte‹, die da hinter dem Kapital stecken, so ungeheuerlich sind, dass sie mit den ›echten und authentischen Menschen‹ nicht viel zu tun haben. Zwar sei der Kapitalismus »ein gesellschaftlicher, objektiver Zusammenhang« (S. 22), aber weil er Entscheidungsspielraum für einzelne Akteure biete, schließen die Autor*innen, dass letztere »keine Charaktermasken, sondern festmachbare und bespuckbare Individuen« (S. 22) seien. Dass es so etwas wie individuelle ›Entscheidungsspielräume‹ gibt, nehmen die Autor*innen zum Anlass, die Rede vom gesellschaftlichen Zusammenhang gleich wieder zurückzunehmen. Daraus folgt für sie, dass all diejenigen, die im erklärten Kampf ›Spekulanten vs. Bevölkerung‹ auf der falschen Seite stehen, bespuckt und geschlagen werden dürfen, wenn ihnen eine Verantwortung nachgewiesen werden kann.

All diejenigen Figuren im Text, die dem Gesetz des Geldes folgen und mit den »jüdischen Spekulanten« im Bunde sind – der bestechliche Bauausschuss, die klüngelnden Beamten, die Presse etc. – tragen Züge der antisemitischen Erfindung vom Juden: korrupt sei er, Teil einer umfassenden Verschwörung, und seine Existenz stelle eine Bedrohung des eigenen Lebens dar. Gegen all dies, so die Autor*innen, sei Widerstand möglich. Subjekte dieses Widerstands sind natürlich die Ehrlichen, Unbestechlichen, die für das Recht auf das Leben kämpfen und sich dabei an keinerlei kodifiziertes Recht zu halten haben. Um die körperliche Unversehrtheit – oder genauer: um die Bedeutung von erlittener Gewalt – scheren sich die Autor*innen nur hinsichtlich

der eigenen Gruppe; die Gewalt, die von den Demonstrant*innen ausgeht, wird durchgehend relativiert. Die Autor*innen schildern etwa, wie Bürgermeister Rudi Arndt in eine Demonstration gelangte: Er »bekam Schläge und wurde ins Gesicht gespuckt« (S. 22). Doch er sei glimpflich davongekommen, »keine Beule hat Rudi Arndt vorzeigen können« (S. 22). Und dies wird noch gelobt als »Verhalten einer Masse«, die sich »dabei nicht von ihren berechtigten Gefühlen übermannen« (S. 22) ließ. Wir können uns leicht vorstellen, welche Gefühle die Masse hatte – dort, wo Schläge als Ausweis von Beherrschung gelten.

So wie die Autor*innen gleich ein ganzes gesellschaftliches Verhältnis auf das böse Interesse einer kleinen Gruppe zurückführen, so erklären sie auch Recht und Staat aus genau diesem Interesse. Damit ist für sie klar, dass die Freiheit und Gleichheit, die das bürgerliche Recht verspricht, nur eine Illusion sind; dass da eine »verdammt ungleiche Freiheit« (S. 19) herrscht. Tatsächlich sind rechtliche Freiheit und Gleichheit aber keine Lüge, sondern durchaus Realität – eine Realität freilich, die gerade die Voraussetzung für das Funktionieren des Kapitalismus schafft. Ökonomische Ungleichheit vollzieht sich gerade unter der Voraussetzung rechtlicher Gleichheit. Rechtliche Freiheit wiederum bedeutet, dass die Lohnarbeiter*innen niemandes Eigentum sind, wie das für feudale Leibeigene der Fall war, und das bedeutet die Befreiung von unmittelbarem Zwang; andererseits besteht für die übergroße Mehrheit der Menschen ein durch die Gesellschaft vermittelter Zwang dazu, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen; nur so können sie sich selbst reproduzieren.

Diese Vermittlung durch das Recht und die kapitalistische Gesellschaft kann durchaus als zivilisatorischer Fortschritt bezeichnet werden – was natürlich nicht heißt, dass man diesen Fortschritt bedingungslos feiern kann oder sollte, denn er geht einher mit jeder Menge Zwang, Triebverzicht und Herrschaft der Einzelnen über sich selbst und andere. Den Autor*innen des Textes scheint diese Vermittlung jedoch großes Unbehagen zu bereiten. Sie sehnen sich zurück zur Heimeligkeit jener Zeiten, in denen unmittelbare Gewalt noch an der Tagesordnung war. »Von einem Kampf ›Mann gegen Mann‹ kann keine Rede sein«, beschweren sie sich, und rekurrieren damit auf ein archaisches Männlichkeitsbild, demzufolge nur die direkte Konfrontation ehrlich sei. In Verlängerung heißt das: Sind wir genug, können wir Mann gegen Mann den Sieg in diesem Konflikt davontragen – und wenn wir den anderen dafür die Köpfe einschlagen müssen. Die feuchten Träume über Polizisten, die vors Mob-Tribunal geschleift werden, und die Gewaltphantasien gegen Bürgermeister Rudi Arndt (SPD) reihen sich hier nahtlos ein.

Wenn die Rede ist von »handfeste[n] Kapitalinteressen, bei denen das Gesetz des großen Geldes immer vor dem Recht auf Leben kommt« (S. 19) – in dieser Dichotomie zwischen Geld und Leben also wird das Interesse der Bevölkerungsmehrheit als per se emanzipatorisches verklärt. Während die Autor*innen einerseits das Recht so schlicht wie falsch als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten darstellen, entwerfen sie an anderen Stellen die positive Vorstellung eines Rechts, welches mit dem unmittelbaren Gerechtigkeitsempfinden der empörten Bevölkerung in eins fällt. Jenseits wenige, die das kalte Gesetz des Geldes verkörpern und danach entscheiden – diesseits viele, deren Recht auf Leben zu kurz kommt. Diese Figur – das angeblich bedrohte ›Recht auf Leben der Vielen gegen das Gesetz des Geldes der Wenigen‹ – bedeutet die beliebige Ausweitung der legitimen Mittel, die im Überlebenskampf verwendet werden dürfen. Zu besagtem ›Interesse der Bevölkerung‹, das die Autor*innen aufgegriffen und artikuliert wissen wollen, ist noch hinzuzufügen, dass hier eine enorme Leerstelle klafft: kein Wort darüber, dass im Deutschland der 1970er Jahre eher eine Kritik jenes Interesses der Bevölkerung notwendig wäre, denn diese Bevölkerung hatte nur knapp drei Jahrzehnte früher kein anderes Interesse als die Ermordung der europäischen Juden. Statt konstruktiv mit der Absicht der eigenen Mütter und Väter umzugehen, die 1938 schon lebten, müsste es darum gehen, sie zu kritisieren.

Antisemiten wollen die Autor*innen des Textes trotz allem nicht sein; mit denen, die »geschickt mit dem Antisemitismus der Bürger und Kleinbürger operieren«, haben sie nichts zu tun. Zu enden wäre daher mit dem Text gegen seine Autor*innen und seinen Inhalt. Eine Untersuchung des Antisemitismus und der Rechtsauffassungen der Siebziger-Linken innerhalb der Häuserkampfszene ist sicherlich undankbar im Hinblick auf die eigenen Mythen, aber sie hätte den »Vorzug, die Situation so einzuschätzen, wie sie ist« (S. 22). Grausam.

*.NOTES

1 Weil offener Judenhass außer in neonazistischen Kreisen in den letzten Jahrzehnten in Deutschland unsagbar geworden und aus Medien und Öffentlichkeit komplett verschwunden ist, kann man die Aufarbeitung der Nazi-Zeit hierzulande bequem für erfolgreich abgeschlossen erklären, wenn man den Antisemitismus auf eine solche Position reduziert: Dann gibt es keine Antisemiten mehr. Ein solcher Umgang mit dem Antisemitismus jedoch verkennt, dass dessen Form sich seit 1945 erheblich gewandelt hat, er aber gerade nicht verschwunden ist. Er äußert sich heute als ›Israelkritik‹ oder eben in Form eines strukturellen Antisemitismus, der andere Hassobjekte verfolgt als ›den Juden‹ – bei ähnlichen Projektionen und Ressentiments.

IN DER STADT

Urbanität als Lebensgefühl

SI

1979 / HEFT 1

URBANITÄT ALS VERSPRECHEN

Dieser Artikel stammt aus dem Jahr 1979 und aus demselben Heft wie der Artikel *Die Welt als Vorstellung und Bahnhofsviertel*. Als Autor*innen wird SI genannt. Bezugsrahmen ist damit die *Situationistische Internationale*, die sich eigentlich 1972 aufgelöst haben soll.

Stadtbeschreibung – ein zwielichtiges Unterfangen; zwielichtig, wie sich verschiedenste Schichten (geschichtliche, soziale, (produktions)logische) in ihr brechen müssen. Auf verwirrendste Weise sind in ihr Produktion und Konsumtion ebenso verwoben wie korrigierbar getrennt. Gesellschaftliches Zwischenreich. Aber zwischen was? Städtisches Leben rangelt sich zwischen (sozialer) Vergangenheit und Utopie, exponiert sich zum Leben überhaupt, das Land ins antiquarische drängend. Urbanität als diese Utopie: verstädterte Gesellschaft. Im gesellschaftlichen Bewegungsgefüge, den sich kulminierenden Umschlagszeiten zum permanenten Durcheilen von Räumen (ohne Zeit zu haben), existiert die Stadt zunächst nur in infrastrukturellen Zonen, oder einfach: als Stadt-Plan.

Diese zum Flächennutzungsplan gereifte ›Erfindung‹ des auf die Fläche projizierten Lebensraumes (bereits im 16./17. Jahrh.) hat Stadtplanung zur schwungvollen geschwindigkeitsbestimmenden Federlinienführung werden lassen, die einzeichnet und ausradiert nach ingenieurwissenschaftlichem Belieben. Diese in die Wirklichkeit der Städte eingedrungene Abstraktivität hat zunächst – gegen alle ›inhaltliche‹ Spekulation – nur diesen, an ihr selbst ablesbaren Struktur-Raster. An der Störung dieser Linienführung aktualisieren sich Konflikte, um nur zu selten die papierne Fläche des Plans zu durchkreuzen, um nur zu selten in das Untergrunddasein des ›Sozialen‹ vorzustoßen. Und die Linienführung, die das eingegrenzte Feld als baulichen Grundriß definiert, der sich zunächst nur in schwindelnde Höhen emanzipieren konnte, suggeriert ebenso als Planung des Zukünftigen eine Utopie, ein permanentes Versprechen vom städtischen Paradies im Schein verkehrstechnisch-architektonischer Perfektion. In dieser (strukturellen) Dialektik des konservativen Beharrenmüssens von Leben im Vergangenen und der Glitzerwelt des lautlos gleitenden Geschehens von Morgen sind die folgenden Überlegungen eingeortet – selbst in urbanen Tagträumen befangen.

Utopia lebt vom Zukünftigen, das ans Jetzt nur erinnert. In diesem vom Subjekt entfernten Raum scheint noch so etwas wie Erfahrbarkeit zu liegen in verzweifelnden Vermittlungsanstrengungen: Weltenträumerei, Jet-Setting oder als Umherschweifen, das sich reflektorisch und gewaltsam Zeit verschafft zur Erkundung der psychogeographischen Natur des beengenden Raumes. Reste einer Ahnung von Lebenszeit kämpfen gegen die verordnete Produktionszeitverkürzung. Sie schwören nicht nur den Haß des befangenen Arbeitenden herauf, sondern wecken die schlafenden Hüter der urbanen Bewegungsmaschinerie.

Die Stadt ist allererstens Bewegung: fließender Verkehr auf allen Ebenen. Sie ist punktualisierte Satellitenstadt oder: Ort des Geschehens und gleichzeitig Nicht-Geschehens. Die Reise bewegt sich nicht im Raum, nicht über Land zur nächsten Siedlung. Kein Draußen, das noch Wetter ist. Nur Zeit-Bewegungen. Zehn Minuten bis zum Kino, dann fünf zu McDonalds. Orte des Tanzens, Trinkens, Schlafens. Entdeckungen, in unbekannte Gegenden vorgestoßen zu sein ist verunmöglicht bzw. wird zu einer Art ganz anderem Abenteuer: zur

Reise durch ein unglaubliches Universum versprengter Kommunikationsplanetoiden und den ritualisierten Sozialisationen ihrer Ghettos. Die Bezirke sind eingebaut, verschlossen. Keine Information dringt von hüben nach drüben. Die Stadt als Ort anderer Kommunikation, distanzierter, entfernter, ein riesiges Pueblo mit Geheimgängen, die nur Eingeweihten vertraut sind. Jedes Café hat seine Umgangsformen, befremdet den Fremden. Ein Sieg für die gastronomische Industrie, die ein Immergleiches erwarten läßt. Die Kommunikation ist eingeebnet, kanalisiert und bedrängt im Parterre der Straßen. Untendrunter bricht die Erniedrigung hervor aus Metropolis (oder der B-Ebene). Obendrüber erschreckt die Eingeschlossenheit des Privaten und der heimlichen Geschäfte: Sterilität.

Frankfurt lebt wie jede andere Stadt von ihren Superlativen. Daran wäre nichts Besonderes. Doch jedem Besucher wie Einwohner drängt sich immer wieder der Gedanke auf, mitten im Zentrum von dem, was Urbanität sein könnte zu stecken – von vielen Seiten betrachtet.

Der Gegensatz Stadt-Land scheint immer nur noch als erinnernde Reminiszenz zu bestehen: Verstädterung des Landes. Ihre neueste Strömung ist die Landkommune. Städtisches Knowhow wird ins Land getragen und organisiert die technische Überfremdung und Fremdheit distributiv und kommunikativ neu. Marx betont den Unterschied Stadt-Land als den Unterschied der feudalen Bäuerlichkeit und der handelnden, später produzierenden Bürgerlichkeit. Feudal ist die ›Stadt‹ politischer Ort, Zentrum der Ordnung, der Erlässe, der Macht mit Administration, Schreibkunst und Steuerlisten. Diese verstreuten Zentren der Macht werden von den fahrenden Händlern auch als Umschlagplätze ihrer Waren benutzt. Und wie die Tauschgeschäfte an Bedeutung gewinnen, so die Städte. Die ›Bürger‹ erkämpfen sich das Marktrecht (teilweise sogar Münzrecht) aus ihrer Machtposition kleiner Geldkapitalisten heraus. Die Stadt beginnt Stadt zu werden. Der Dorfplatz, ehemals politischer Ratsplatz wird zum Marktplatz, an den sich Rathaus und Kirche ansiedeln. Die Stadt wird zum Fremdkörper im Land. Ihr Konstituens ist das bewegliche Eigentum, Ware und Geld, die freie Konkurrenz des Einzelnen im Gegensatz zur halb-feudalen Organisation ländlicher Arbeitsteilung; Ort der freien Zirkulation des Geldes, damit der Buchführung, der Verwaltungswissenschaft, des Rechts – schlicht der bürgerlichen Freiheiten der Handelnden und Gelehrten (der freie Gedanke gelingt nur dort, wo sich die Gerechtigkeit der Zirkulation frei bewegt). Sie schält sich endgültig aus dem Land heraus, indem sie Wiedergeburt des Logos, der Vernunft wird. Und als gesellschaftlicher Fremdkörper, der tradierte Arbeitsteilungsverhältnisse sprengt (Aufhebung der Leibeigenschaft) schützt die Stadt sich durch den Wall gegen das Land, spinnt ihr Spinnennetz der Handelswege durchs Land, verstört es, indem es beginnt, nur noch für die Stadt zu produzieren, sein Mehrprodukt zu forcieren und es dem Feudalherren zu entziehen aufgrund des trotz Ausbeutung attraktiveren Geschäfts mit der Stadt. Die ursprüngliche Urbanität schafft vermittels der freien Geldzirkulation, die als neu sich realisierendes und gleichzeitig befremdendes Sozialgefüge in den Örtlichkeiten auftritt, die Voraussetzung, deren Materialisationen sich selbst zur Voraussetzung werden als Selbstproduktion von Urbanität. Die Gewalt dieser Ursprünglichkeit bestimmt sich durch die noch wilden Kapitalbewegungen, die den Bauern und Handwerker in die Freiheit von Eigentum setzen – oder in die Misere zerstörter Landkommunikation. Sie äußert sich in der Erfahrbarkeit der dem städtischen noch unangemessenen baulich-sozialen Struktur von Orten, denen eine ›durchdachte‹ Ordnung zugrunde gelegt werden muß, um letztlich auch der am menschlichen Subjekt auftretenden zügellos wilden Gewalt als Pestepedemien Herr zu werden. Abstraktive Verhaltenslogiken werden zu sich verfestigenden Unterschied von Stadt und Land gegen die überlieferte beharrende Tradition direkter Abhängigkeiten, um in der Zeit selbst eine eigene Tradition von Beziehungsgeflechten und Begegnungen auszubilden – betrauert als die erscheinende Stabilität bürgerlicher Identität; bis die Industrie in die Stadt einbrach als Ort potentieller freier Arbeits-

kräfte, sie implodieren und explodieren ließ in zahllose Fragmente (Randgebiete, Satellitenstädte, Produktions-, Konsumtions- und Repräsentationszentren), je unterschiedlich sich gestaltend, ob Produktionsorte zu Städten zusammenwuchsen (Ruhrgebiet) oder Handelsstädte unterhöhlt wurden. Die industriellen Wucherungen durch das städtische Gefüge scheinen dabei selbst eine gesellschaftliche allgemeine menschlich somatische Reaktion auszulösen: Krebs.

In der Dialektik Stadt-Land (materielle / geistige Arbeit, Produktion / Handel, Landwirtschaft / Industrie) bleibt die Stadt Sieger, d. h. die Verweltlichung (Vergesellschaftung) der Industrie löst den Gegensatz auf: Ländlichkeit ist gesellschaftliche Unangemessenheit oder: spürbare kommunikative Armut – Abseits, Abgeschlossenheit, Kaputtheit, lebende Dürre oder erzwungene Einsamkeit, regressive Ruhe (politische Kämpfe sind städtische Kämpfe gewesen – nach der Niederlage der Bauernaufstände). Aber sind das nicht genau die typischen Stadtlebencharakterisierungen? Vielleicht liegt hier für die Städter ein folgenschwerer Irrtum vor, indem städtisches Leben mit den in ihm enthaltenen nichturbanen Strömungen verwechselt wird.

- Vergessen wird die meist ›ländliche‹ Sozialisation der Zugereisten;
- die ›ländliche‹ Ghettobildung der Vorstädte, geplant nach der falschen Sehnsucht vom natürlichen Grün und Ruhigen, dem beruhigten Verkehr;
- die repressive Ruhe und Ordnung der Wohnghettos, bei deren Planung außer Acht gelassen wurde, dass Konsum (Einkaufen) die Lustbarkeit der Freizeit ist (nach der industriellen Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung);
- der Run in die städtischen Lustbarkeiten, ohne mit ihren Frustrationen fertig werden zu können, Lustbarkeiten, die Bedürfnisse am Glanz und Glitter abfallen lassen in die Unbefriedigbarkeit eines Warenversprechens;
- der nur quantitativ ausgedehnte Naturrhytmus von Tag und Nacht (Laden- und Kneipenschlußgesetz: Bürgerliche Moral entläßt den Städter in die Frustration. Immer noch zwingt ihn ein Ritual, spätestens um 1 Uhr seine Betonzelle aufzusuchen, obwohl der Arbeiter nicht in den Genuß dieser verlogenen Moral kommt. Sein Tag endet um 22 Uhr vor den Tagesthemen. Nur wirkliche Weltstädte haben den urbanen Unsinn von Tag und Nacht begriffen);
- die Stadtplanung, die die Bevölkerung ins zerstörte Land zurückdrängt, sich selbst entleert, indem sie sich zum aufgeblasenen Dienstleistungs- / Verwaltungsumschlagplatz macht, der nur zwischen 9 und 19 lebt;
- etc.

Wirkliche Urbanität ist dem Begriff nach Aufhebung des Naturzustandes, unsere Befreiung von ihren Fesseln. Doch diese Entwicklung ist noch Prozeß und wird auch widersprüchlicher Prozeß bleiben in den Veränderungen geschichtlich gewachsener Substanz von Nähe und Ferne – gegen alle Unkenrufe einer sciencefictionhaften sozialtechnologischer Verwaltung, die in ihren Visionen der industriellen Produktionslogik verhaftet ist, aber stärker noch als diese den Unterschied, den sie an sich selbst hat, mit ›Gegenständlichkeit‹ behaftet zu sein, nicht auflösen kann. Die dialektische Bewegung der Verstädterung von Zentralität und ihrer eigenen Zerstörung (Entleerung) wird überlagert von einem Mythos, dem Mythos vom Land, dem der ländliche Mythos vom Stadtleben gegenübersteht. Kultur und Diskussion, durchs Fernsehen ins Land getragen, sind zwar städtisch monopolisiert, aber das was an Vorstellungen hin und herüber schwingt, ist nur in der Sphäre des Mythos begreifbar.

Und urbane Widersprüchlichkeit ist in keiner Stadt so deutlich und gleichzeitig utopisch wie in Frankfurt. Man mag zögern im Vergleich mit Städten wie Hamburg, Berlin, München, mit Riesenstädten wie Paris, London, Rom oder New York (wie mag es erst in Tokio sein). Den letzteren werden wir nur mit dem touristischen Auge begegnen können, um uns von ihren unterschiedlichen Superlativen einfangen zu lassen, traumverloren zurückkehrend. Von den deutschen Großstädten scheint Frankfurt allerdings die superlativste zu sein. Sie kann ungeheuer gut gefallen, denn sie ist die ehrlichste Stadt unter den Städten. Unverhohlen wuchert das Bankkapital über die Villa und es gibt andererseits wohl keine Stadt, der eine soziologisch fundierte Infrastrukturplanung derartig fehlt wie Frankfurt.

Frankfurt, eine der ältesten freien Reichsstädte, Messestadt, Kaiserkrönungsstadt. 1815-66 Sitz des Bundestages als Zentrum der bürgerlich demokratischen Bewegung. Seit 1828 bereits mit der Eisenbahn erreichbar und ab 1853 größte Touristenstadt. Da bietet Frankfurt bis heute Attraktivität. Die Stadt der höchsten Häuser, Mittelpunkt der Geldzirkulation, Schnittpunkt der Verkehrsführung, die zerstörteste Stadt und die verrufenste mit erschreckend hoher Kriminalitätsrate, die Stadt der gewalttätigsten Auseinandersetzungen, eine Stadt die 68 politisch bestimmend war, in den siebziger Jahren ihre Spontibewegung, offensichtlich ein Zentrum links-intellektueller Auseinandersetzung mit dem ausgeprägtesten linkskulturellen Angebot, Stadt der Frankfurter Schule, als solche in aller Welt bekannt (für andere als Deutschlands Flughafen), die allgemein als Bewegungsgrund des Protestes gesehen wird – eben: die umstrittenste Stadt.

Es muß was dran sein an dieser Stadt. Was an ihr dran ist, ist zunächst verbunden mit der Verbreitung ihres BILDES, den Vorstellungen.[…]

Die Begehbarkeit von Straßen erhält eine neue Bedeutung. Sie muß sich sehen lassen können, das Leben ist diesem untergeordnet. Sie muß durcheilbar sein (allerdings nicht nur für den Sightseeing Bus, nicht nur im Maß des nach 125stel Sekunden suchenden

Kameraauges). So ist auch Frankfurt eigentlich nur bekannt als die Stadt der Wolkenkratzer, Mainhatten, der üblichen Fußgängerzone und den Vergnügungszentren Alt-Sachsenhausen und Kaiserstr., der Satellitenstädte. Doch wer ahnt schon die Kleinheit städtischer Besiedlung von Frankfurt, in kürzester Zeit nicht im üblichen Bild der Vorstädte mit ihren Arbeitersiedlungen zu sein, sondern auf dem Dorf, die nur dem Namen nach als gleichberechtigte Stadtteile gelten. Der Übergang ist erstaunlich abrupt, dem Bildwesen der Stadt unwesentlich aber mit der büromäßigen Unwohnlichkeit der Innenstadt das Wohnen wesentlich.

An dieser Stelle drängen sich erste Überlegungen über die Ab-Bildung einer Stadt auf. Das Bild ist kein Ab-Bild (auch wenn bei der Fotographie die dokumentarische Genauigkeit der Reproduktion des Originals im Bild faszinierend ist), sondern ausgesuchter Blickwinkel, geprägt durch die kulturelle Haltung des Photographen. Und die ›Ab-Bildung‹ hat sich auseinanderzusetzen mit dem in der Wahrnehmung eingeschriebenen Sightseeing Objekt durch Postkarte und Stadtführer als suggestives Repräsentationsbild (grundsätzlich im Weitwinkel und bei schönem Wetter fotographiert). […]

Der natürliche Vergessungsprozeß wird durch die rasche Betonierung ehemaligen Erfahrungsraumes beschleunigt. Erinnerungen verschwinden hinter den Bildern der archivierbaren Erinnerung. Auch die Stadtgeschichte existiert nur noch als Bild, hat die gelebte Erinnerung durch brachiale Stadtzerstörung ausgelöscht.

Die ›Zerstörung‹ Frankfurts beginnt – wie überall – mit der Industrialisierung, zunächst wild, dann immer stärker stadtplanerisch bis zu infrastrukturellen Maßnahmen. Hatte im 18. Jahrh. der Römer schon sein Zentrum an die Neustadt (Hauptwache / Zeil) verloren und damit eine erste Zerstörung der Einheit von Handwerk und Leben erlebt, so setzt sich diese Entwicklung fort über Industrialisierung und die damit einhergehende Grundstücks- und Bauspekulation, die außerhalb des alten, inzwischen geschliffenen Walles reine Wohnviertel entstehen lassen (insb. das Villenviertel Westend). Die Abrisse ganzer Stadtviertel (Straßenzüge, Blocks) eröffnen andererseits das spezifische bildarchivarische Interesse des Bürgers; Reminiszenzen an eine durch notwendige Baumaßnahmen zerstörte Stadtviertelkommunikation – die Bewohner in der Pose intakten glücklichen Familienlebens mitfotographiert –, die für den Blick des Bürgers nur in der Zerstörung von ›Repräsentationsbauten‹ besteht (Denkmalschutz). Die industrielle Veränderung war dem gegenüber beharrenden Leben davongeeilt. Die Konservierung alter Baulichkeit ist bis heute ein konservativer Kampf geblieben. Erst der Häuserkampf begann, Architektur auch als kommunikative Stadtteillebensqualität zu begreifen, wurde jedoch durch die festgeschriebene Stadtstruktur bald gewaltsam auf seine überkommene hundertjährige Tradition reduziert, um als Feind der Moderne zerschlagen werden zu können, indem die Bevölkerung den Stadtverordnungen gegen diesen Konservatismus den Rücken stärkte. Der Häuserkampf war zum Hemmschuh der Zirkulationsgeschwindigkeit geworden, die eine Stadt erst zur Stadt macht, dem urbanen Leben erst die lebenswerte Aufgabe gibt, am toten Stein zu nagen, um ihn mit dem Leben zu bereichern. (Die Häuser der Gründerzeit sind nur noch tote Repräsentationen eines gelebten Lebens. Nur die Erinnerung vermag in ihnen zu leben. Sie konservieren eine Haltung, die sich aus dem industriellen Cracking und Recycling freiwillig zurückzieht, einen – mit der Industrie entstandenen sehnsuchtsvollen – Romantizismus renaissiert, der unfähig ist, den Kampf der Dialektik sozialtechnischer Fiktionen zu lernen.) Der bürgerliche gegenstandsfixierte Blick begriff zu langsam, daß Stadtviertel soziale Architektur sind. Abbruch ist nicht die Zerstörung von Wohnraum (an sich), sondern ersatzlose Streichung sozialer Gefüge und Geborgenheit.

Infrastrukturelle Maßnahmen haben die beengten Verhältnisse geöffnet, das Leben gleichsam in die leere Offenheit neuer Ghettos, Abgezirkeltheiten entlassen. Der Anfang, als Stadt urban zu werden, war durch die Zunahme der Veränderungsgeschwindigkeit gesetzt und sprengt das aus dem täglichen Bedürfnis gewachsene Aneinanderbauen. Die Stadt verstreut und ergießt sich ins Um-Land. Der industrielle Güterverkehr hat die Stadt verändert ohne sich Gedanken um die Veränderung des Lebens zu machen. Grenzlinien werden heute durch die Verkehrsmaschinerie und ihre Taktstraßen gezogen, denen die traditionelle Bausubstanz lästiges, aber nicht ohne weiteres auslöschbares Hindernis ist, und: durch die Leerheit der kommunikativ unorganisierten Grünflächen, auf denen Natur unzugänglich ist.

Die flächenbauliche Geschichte Frankfurts ist an der Verkehrsführung noch ablesbar. War der Wall Schutz gegen die Feudalität, begrenzte er in diesem Sinne die Stadt und das Leben zu seiner eigenen Erhaltung, so zerschneidet heute der Anlagenring die Begehbarkeit zum Nachbarn. Die Gefahr ist nicht mehr von außen, sondern ins Innen verlagert, trennt das hektisch geschäftige Zentrum vom ruhigen Freizeitwohnen. Der schon vor 1900 angelegte Alleenring trennt den Rest des Urbanen von seinem gleichgültig belassenen Vorstädtischen: die für das Leben gemeinste Zwitterstellung von Stadt und Land – mit zwei Ausnahmen: Die um diese Zeit schon eingemeindeten Vororte Bockenheim und Bornheim haben eine gewisse Intaktheit kleinstädtischer Kommunikationszentren bewah-

ren können, mittlerweile bedroht, zur faden Miniaturausgabe großstädtischer Planung zu werden – fad deshalb, weil sie in allem zu begrenzt sind, um wirklich urban zu werden, insbesondere Aufgrund des ›ideologischen‹ Selbstverständnisses dieser Kleinstädter: zu familiär – kleinstädtische Randzonen als urbane Vorsozialisation. Vielleicht erwächst der Frankfurter Protest gerade aus diesem Widerspruch. Die Ruhe der städtischen Randzonen wie Bornheim und Bockenheim bietet die Möglichkeit, sich gegen die zirkulierende Hektik noch Reflexionszeit zu gönnen, die in einer wirklichen Kleinstadt am Ereignislosen einschläft; in der Massierung anonymen Wohnens sich nicht mehr die Zeit lassen könnte aus psychischer Notdurft des Überlebens.

Um das kartographisch ablesbare Bild zu Ende zu führen. Ein nächster Ring, der Autobahnring, zwingt die planerisch vergessenen, aber eingemeindeten Dörfer in den urbanen Sog (wie die Besiedlung der Eschersheimer Landstr. Eschersheim erdrückte), wird sie in den Tod einer verarmten Kommunikation entlassen; die Ermordung des letzten Bauern durch das Desinteresse der Freizeitverkaufsindustrie an diesen Vor-Orten – oder durch gewalttätige Wohnzellenmassierungen (wie bereits schon Bonames und der Kunst Nordweststadt).

Um sie herum wachsen Wälle ganz anderer Art, die das Ländliche der Stadt vom Städtischen abtrennen. Der Verkehr hat in den äußersten Randzonen eine Lärmgeschwindigkeit erreicht, daß der Wall jetzt als Lärmschutz entsteht und gleichzeitig den Ausblick auf das Land, den Taunus (die Aussicht) versperrt. Naturgrünlackierte Mauern: Schutz und Sichtblende eines Gefängnisses oder Ironie einer Ghettoisierung.

Die Grenzen der Ghettos sind ihre Verkehrsadern. Durch sie wird der gesellschaftliche Status der Bewohner bestimmt. Aus der Straße als Kommunikationsweg sind unbegehbare Durcheilungslinien der maximalen Geschwindigkeit geworden – tödlich für diejenigen, die sich mit dem Zerschneiden ihrer Kommunikation nicht abfinden können. […]

Das Zerschneiden begehbarer Räume ist die infrastrukturell unbegriffene Urbanität. Der positive Schein der Überwindung von Entfernung und der Schaffung von verschiedenartigsten Ruhezentren ist eher geeignet das Durcheinander urbaner Strömungslinien zum Auseinanderplatzen zu bringen. Mögliche Urbanität karamboliert im Überschallknall zur Nicht-Urbanität, löscht sich selbst aus. Das Anlegen von Durcheilungslinien ist die Abschaffung der Raumerfahrung zur Verwaltung von Reisezeit. Der Weltbürger wird zum utopischen Bürger, der nur noch Transportmittel und die Transitstätten bewohnt. Der Flughafen wird zur neuen Stadt, die Transitstadt mit ihren zehn Millionen, pro Passagierjahr, wird zur letzten Stadt. Die Bewohner dieser Durchgangsorte sind ›Passagiere‹, sie besetzen verstohlen den Raum der Luftstadt, Mieter für wenige Stunden, nicht mehr für Jahre. Ihre flüchtige Gegenwart entspricht der Irrealität und der Geschwindigkeit ihrer Reise (vgl. Virilio, 1978: *Fahren, fahren, fahren*). In der Umsetzung der Ruhe in die Geschwindigkeit verschwindet Körperlichkeit in die beherrschende kinetische Energie. Der vorbeihuschende Raum wird undeutlich, besteht nur noch aus Zeichen und funktionalen Anweisungen, ein Funktionsraum, an dem gleichgültig ist, was sich in ihm abspielt. Städtische Planung hat sich immer mehr diesem Zusammenschieben von Räumen ergeben, der Annullierung von Entfernung ist durch den Bau von Geschwindigkeitsrauschstrecken zum Verwalter von Zeit geworden – Zeitministerium? –, wobei zunehmend der Wahrnehmungsverlust hilfreich ersetzt wird durch die Elektronik der Medienperzeption. Gegen die Funktionalität der meßbaren Zeit wäre Zeit (als Nicht-Uhrzeit) das Nebeneinander von Altersgruppen.

So ist auch nur dem Autofahrer der Bau von städtischen Schnellstraßen einsichtig. Doch die Zerstörung lebbarer Nähe steigert die Aggressivität (Die Aggressivität der Autofahrer gegenüber Demonstranten ist die Störung ihrer Geschwindigkeit, der Geraden. Sie zwingen ihn zum Umweg, zur Rückkehr, zum Aufenthalt im Raum, die von der Geschwindigkeitsmaschine aus unbewegliche Zeit ist. Die Störung dieser Funktion muß sich im Radikalenhaß Luft machen, da der funktionalen Beziehungslosigkeit zu den Gegenständen des Raumes der Begriff fehlt). Die Fabrikation von Geschwindigkeit ist die Abschaffung des traditionellen Krieges zur permanenten Kriegsführung der Einzelnen in ihren Blechkarossen, ist die Provozierung der Lust am Töten. Erst eine großflächige Dichte würde den Ansatz wirklicher Urbanität erlauben. Im Gegensatz zur Mordlust Frankfurter (bzw. deutscher) Autofahrer darf man in Paris und New York durchaus sich auf der Straße bewegen. Man kann sicher sein – bei Beachtung der technischen Größe Bremsweg – vom Fahrer beachtet zu werden, ein freundliches Kopfnicken zu erhalten. Hier ist das, was man urbanes Leben nennen könnte aus seinem begriffslosen und damit faschistoiden Anfangsstadium heraus. Urbane Kommunikation ist die von Mensch und Fortbewegungsmittel, die Straße, die nur zum Leben erwacht, wenn sie den Raum für Beschäftigung und Geschäftigkeit eröffnet, städtischem Anarchismus Bewegungsspielraum läßt für Auseinandersetzungen: sich die Verkehrsmaschinerie des wirklichen Ineinandergreifens verwirklicht hat. (In Manhattan sind die Autos (als Tarnung oder Geschicklichkeitsherausforderung) voll einbezogen in die Spielstrategie. Bälle und Frisbee fliegen über parkende wie fahrende Autos hinweg, Straßenspiele auf hochumzäunten Betonplätzen dagegen sind tot.) Eine Stadt braucht, um sich urban füllen zu können, Platz, Plätze des Strömens, statt der repräsentativen Leere. Frankfurt ist wohl das beste Beispiel einer Hyperangst vor Aufmarschräumen, vor der Leere der Plätze, durch die sich – bisher jedenfalls – Macht repräsentiert. Es hat sich zugebaut, statt Bewegungslinien zu schaffen. Es hat seine Straßen zu Schluchten von Fluchtlinien ummauert, in denen jede Unordnung zerschlagbar ist. Der Bürgersteig als Residuum einer ehemaligen Klassenunterscheidung – rausgekommen aus dem Schmutz der Straße – ist überdimensioniert zur fatalen Langweiligkeit der Fußgängerzonen, im Grunde genommen dem Charakter von Industrie und

Gewerbestraßen nachgebildet, deren Ausgänge zu Begegnungszonen nur noch die Eingänge der Kaufhäuser sind: verordnete Kommunikation mit dem Verkaufsartikel. Das Innenleben der Stadt ist durch bürokratisierten Wohnraum entwohnt, kein Café an der Ecke, nächtliche Ruhe, im Prinzip nur Haltestellen für automatischen Essenseinwurf – nach dem Vorbild technischer Verkehrsführung.

Die Straße ist dieser widersprüchliche Lebensraum. Ohne sie gibt es kein Zusammentreffen. Sie ist Ort der Begegnung, der Information, der Versammlung, schlicht: des urbanen Geschehens überhaupt. Sie ist Unordnung. Alles ergießt sich auf die Straße. Sie ist Schutz vor Einsamkeit und heimlichem Überfall. Spielstraße, Lernstraße; der Ort der Revolutionen – auf die Straße gehen. Aber sie ist auch nur Durchgangsort, von der hektischen Geschwindigkeit getrieben. Straßenfeste haben sich um die Wiederaneignung der Straße im Sinne der traditionellen Beruhigung bemüht. Ihre behördlich genehmigte Inbesitznahme wirkt immer wieder wie eine Karikatur. Ihr Sinn will nicht mal als Feststimmung so richtig aufkommen. Sie sind ebenso nur augenblicklich wie die flüchtige Begegnung, zerbröckeln an ihrer eigenen Unmöglichkeit zur fortschreitenden Gestaltung von Straßenleben zu werden. (Ein Beispiel: Die Initiative Mulanskystraße wagte wie viele andere den Versuch der Aneignung ihres Straßenlebens. Doch der Broßwitz-Platz, auf dem an einem Wochenende endlich wieder Straßenleben gelebt wurde und das sich noch einige Tage hinschleppte – hinschleppte, weil die Erfahrung zu neu und fremd war, als das sie schon wirklich täglich gelebt werden konnte – hat sein bekanntes, kaltes, abgezirkeltes Dasein durch die Stadtverwaltung erhalten. So war das nicht gemeint: Straßenleben stirbt auf geharkten Kieselsteinen. Hier erschauert das Wohlbehagen. Da kann man höchstens noch zur Flasche greifen – Anregungen zur Wahl des Produkts werden praktischer Weise von der Litfaßsäule geliefert, dem einzigen, was an diesem ›Alternativplatz‹ noch ›urban‹ anmutet. Als ehemaliger Parkplatz bot er wenigstens am Wochenende, an dem die Städter in den ›Schutz der Natur‹ rasen, die Möglichkeit des Spiels. Kaum jemand hatte die Macht der Stadt-Planung in ihrer vernichtenden Gewalt geahnt.) Demonstrationen haben einst eine wirkliche Inbesitznahme der Straße aufscheinen lassen. Die städtische Repression hat ihr Vergessen angeordnet. Sie haben sich in die Linienführung der Durcheilungsräume eingepaßt, statt sie zu sprengen, haben sich entgegen ihrem Wollen in die nichtwahrnehmbaren Zonen der Verkehrsfunktionen begeben. An ihrem gleichgeschalteten Bild ist der Inhalt ihres Tuns nicht mehr ablesbar, funktionalisiert zu einem riesigen, langsam sich dahinwälzenden Verkehrskörper. Nur herrschende Gewalt vermag ihre geronnene Langweiligkeit noch aufzubrechen: als Implosion. (LKW-Fahrer haben da den Vorteil, die Macht ihrer Giganten aus der Immanenz der Verkehrsmaschinerie selbst heraus demonstrieren zu können.) Die Begradigung der Straßen entspricht der Gradlinigkeit des Denkens – Begradigung des Sehens. Die Schönheit alter Straßenzüge ist dabei nicht die Kurve ihrer Linienführung, sondern beruht auf der geringen Distanz der Straßenwände. Das Gegenüber, die Nähe.

Die Straßen sind der Schnittpunkt urbanen Lebens. Hier prallen die substanziellen Gefüge aufeinander, verwirbeln sich, bilden eine Einheit eigener Art. Dem Zuschnitt der Straßen auf die Zeitlosigkeit der Zeit und ihren angrenzenden Räumen der Zeitlichkeit liegt ein (besonders städtisches) Maß zugrunde: die Warenumschlagszeit. Sie (einschließlich der Ware Arbeitskraft) zu verkürzen ist die geheime Motivbildung stadtplanerischer Tätigkeiten, die an der Abstraktivität von Konstruktionszeichnungen ihren Ausdruck finden kann. Der Mensch muß schnell rein und raus, vom immer entfernteren Umland an die Umschlagszentren herangeführt werden können, um dann in seinem privaten Konsum vergessen zu sein. Auf der Straße entfaltet sich der Warenpöbel. Hier ist die Welt der Ware, ihre Ortsungebundenheit und ihr zeitloses Dasein bis zum Verkauf. Sie entfaltet das urbane Gegenstandsbild anstelle der verschwimmenden Raumwahrnehmung zunehmender Geschwindigkeiten. Sie vereinheitlicht die urbane Ästhetik zu einer Vereinheitlichung des Raumes. Ihre Widersprüchlichkeit der Bedürfnisversprechungen und die Widersprüchlichkeit ihres Entstehungsprozesses ist die Stadt selbst. Die Stadt war handwerkliche Warenproduktionsstätte und ist in ihrer unmittelbarsten Lebensfähigkeit als Zirkulation des Geldes heute begründet durch industrielle Produktion. Aber als Lebensraum hat sie die Industrie wohlweißlich an ihren Rand gedrängt, auch weil Produktionseinheiten den Raum nicht ausfüllen. Höchst, halbherzig eingemeindet wegen der Steuern; in der Grauzone zwischen Frankfurt und Offenbach, der verfeindeten Stadt. Die Stadt ist so doppeltes, Wohnstadt und Verwaltung der Industrie, die Schande der Stätte der Ausbeutung in der Anonymität versteckend. Die in der Verwaltung tätigen Massen flüchten ebenso vor ihrer kalten Arbeitsstätte. Das Zentrum hinterläßt ein Vakuum, das die Asozialität ist. Demonstrationen, die in dieses soziale Vakuum vorstoßen, können es zum gewaltsamen Platzen bringen, denn es hält die feindliche Gegenüberstellung von (geplanter) Leere und angefülltem Leben nicht aus.

Die Logik industrieller Produktion ist die von Kapital und Arbeit, die Trennung von Arbeit und Konsum der Arbeitsprodukte, die Permanenz neuer Arbeitsteilungsverhältnisse. Die Stadt ist die Drehscheibe, das Karussell dieser verschiedensten Interessen. Die Produktion hat die kapitalmäßige Vernunft der (wissenschaftlichen) Rationalität. In dem Maße, wie die Stätte der Arbeit aus der Diskussion von Leben hinausgedrängt ist, unkorrigierbar erscheint in ihrer ›Vernünftigkeit‹, hat sich der Schaden in den unorganisierten Bereich der Freizeit verlagert, in den Bereich, der in der blinden und wilden Expansion nicht in den Blickwinkel kapitalmäßiger Verwertungsinteressen gerückt war: die Reproduktion der Arbeitskraft blieb dem Einzelnen überlassen. Hier existiert die Diskussion um Sein oder Nicht-Sein, hier werden Konflikte ausgetragen bzw. zunehmend sozialtechnisch verwaltet. In

diesem Residuum von Lebensqualität prallt umso heftiger der Begriff von Vernunft auf die Unvernunft der Rationalität. Die öffentliche Diskussion um städtische Sanierungen (welcher Schäden eigentlich?) wird daher gezwungenermaßen sich verstärkt den Schein der vernünftigen Reflexion geben müssen. Denn die einzige Konsumierbarkeit kapitalistischer Produktionsweise ist der Gebrauch seiner Hirngespinste, was ihr immer wieder Schmerzen verursacht. Jede Veränderung von gesellschaftlich gebildeten Lebensqualitäten des Essens, Trinkens, Wohnens, des Lebens überhaupt, muß Qualitäten anderer Totalitären herausbilden, aber Qualitäten! (Das bauwissenschaftlich statistische Minimum der Wohnfläche muß durch ein anderes Maximum kompensiert werden). Die Stadt kann daher kapitallogisch (ökonomisierend) planen, wie sie will. Es wendet sich gegen ihre Lebensfähigkeit, wenn sie Reflexionen sozialer Lebensqualitäten, die mit Zählungen und statistischen Erhebungen einer linearen Zukunftsprojektion nichts gemein haben, nicht einbezieht, nicht in die technische Rationalität einzufädeln vermag. Die ›Fehl-Planung‹ rächt sich sonst auf der Ebene, durch die die Stadtverwaltung existiert: die Stadtflucht verringert die Steuereinnahmen, die zwar nicht den Tod der Stadt bedeuten – siehe das quicklebendige New York –, die Konflikte aber auf eine sozialdarwinistische Ebene verlagern (so auch die zwei Seiten der science fiction Romane: supertechnisierte Zukunft und Horden dasein, verschiedene Seiten derselben kapitalistischen Anarchie).

Dieser Schein von Vernunft ist eine Kritik wert. Aber in einer Gesellschaft der herrschenden Unvernunft hätte diese Kritik eher das elfenbeinerne Moment eines Aufbewahrens von Reflexion gegen ihr eigenes Vergessen (vgl. Frankfurter Schule oder Fahrenheit 451[1]), wenn sie sich nicht auf die Wirklichkeit des Scheins einzulassen vermag. Bürgerinitiativen scheinen hier den Mittelweg einer neuen Einheit gefunden zu haben. Diese ›Einheit‹ der sich widersprechenden Seiten von Vernunft und technologischer Rationalität kann jedoch gleichermaßen nur (ideologischer) Schein bleiben. Aber das ist die Widersprüchlichkeit, aus der Urbanität sich konstituiert, der Stoff, aus dem unsere Träume sind.

Ohne Zweifel steht die spekulative Vernunft industrieller Produktion im Hintergrund aller Baumaßnahmen – jedoch höchst vermittelt und nicht (mehr) unmittelbar angreifbar. Die Brutalität der Produktion ist zu einem städtischen Schwamm aufgeblasen, aus dem die Brutalität für das Leben direkter tröpfelt und es aufsaugt in seinen Löchern. Die Gesichter der Stadtteile haben daher weniger das Aussehen, im Zusammenhang bestimmter Produktionen zu stehen, als bestimmter Ideologien. Die Arbeiterklasse hat keinen städtischen Raum geschaffen außer dem, der sich aus ihrer Enteignung und Verschleppung ergibt: den der Absonderung – oder die punktuellen Orte der Trinkhallen. Vermeintliches Wohlfühlen und (vermeintliche) Einkommensverhältnisse bestimmen eher die Wahl/Nicht-Wahl. Visionen dieser Viertel nehmen die Züge von Ghettos für Schwule, Lesben, Männer und Frauen, Ehen und Studenten an, über allem die europäische Nationalitätenvermischung schwebend, nur unter Gefahr für den Fremden betretbar (wie die Schwarzen Harlem als ihr Viertel gegen die weißen Eindringlinge verteidigen).

Frankfurt ist vielleicht bestes Beispiel den Logos der widersprüchlichen Einheit und Trennung von Stadt, Konsum und Produktion zu mißachten. Der zu einseitige Kapitalschutz im weitesten Sinne, wird es nicht wirklich urban werden lassen. Eine Stadt, die im Widerspruch zu ihrer eigenen Bild-Fiktion einer Superstadt steht, muß Stadt der gewaltsamsten Konflikte werden. Statt utopisch anmutender Magnetschnellbahnen über den Dächern (und die die Hochhäuser verkleinert), hat Frankfurt sich an Bewegungssysteme der Jahrhundertwende geklammert, die heute nur in ihrem ausgebauten Netz wirksam sind. Antike U-Bahnen, die nicht mal automatisch und geräuschlos auf Pneus durch den Untergrund säuseln, die Ruhe der Zukunft suggerierend, eine Rarität, wie alle Frankfurter öffentlichen Verkehrsmittel, wenn man sie braucht. Die U-Bahn ist nur eine Richtung urbaner Raumwahrnehmung. Ohne als sich verändernder Raum wahrgenommen zu sein, spuckt der Tunnel den Fahrgast in aller Plötzlichkeit an einem anderen Ort aus. Die zweite ist das Wirklichkeit werdende kartographische Stadtbild aus der Höhe. Statt Leben in einen Superlativ der Verkehrsmaschinerie, – was die Organisation des Bewegungsraumes überhaupt meint, einschließlich des Wohnens – zu integrieren verbannt Frankfurt das Leben aus seinem Inneren.

Zwischen Industriellem und Städtischem besteht gleichermassen nur die Illusion eines Zusammenhangs, weil als Widerspruch zur potentiell automatisierten Leere der Fabrikhallen, vom heimischen Fernseher aus zu kontrollieren, die Stadt mit Leben gefüllt ist. Ort der planenden Konstruktion von Erzeugnissen und ihrer verschwenderischen Destruktion. Die Zunahme der symbolhaft vermittelten Situationen und elektronischen Verknüpfungen erzwingt eine Zunahme an städtischem Lebensfluß in dem wie immer veränderte Lebensbedürfnisse befriedigt sei wollen. Das wäre meine »Vision« von Urbanität.

*LIT

SITUATIONISTISCHE INTERNATIONALE 1958-1969 (1976): *Gesammelte Ausgaben der Organe der Situationistischen Internationale, Bd. I.* Hamburg.

LEFEBVRE, HENRI (1972): *Die Revolution der Städte.* München.

BARTETZKO, D. ET AL (1977): *Wie Frankfurt photographiert wurde 1850- 1914.* Frankfurt.

VIRILO, PAUL (1978): *Fahren, fahren, fahren...* Berlin.

*.NOTES

1 **ANM. D. RED.**: *Fahrenheit 451* ist ein dystopische Roman von Ray Bradbury, der 1953 erschien. Er handelt von einer autoritären Gesellschaft, in der Bücher verboten sind, aber dissidente Tendenzen in Form des Protagonisten Guy Montag aufscheinen.

KEIN SCHÖNER LAND IN DIESER STADT

HARTWIN MÖHRLE

1985 / HEFT 6-1

URBANITÄT ALS VERSPRECHEN

Dieser Artikel wurde im Jahr 1985 in dem Heft *Offene Türen* veröffentlich – diese Metapher wird in verschiedensten Kontexten verortet: der wirtschaftlichen Öffnung Chinas, die erneute Wahl von Reagan in den USA, Veränderungsprozesse in der Türkei als auch das Verhältnis von Provinzund Metropole.

In dem hier abgedruckten Artikel orientiert sich der Autor in seiner Argumentation vor allem entlang des Konflikts zwischen ›Realos und Fundis‹. ›Realo‹ bezieht sich dabei auf den Arbeitskreis Realpolitik, der 1981 in Frankfurt von zentralen Figuren der Sponti-Szene, wie Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit, gegründet wurde und in der Partei ›Die Grünen‹ eine wichtige Rolle spielte. ›Fundis‹ war eine despektierlich gemeinte Bezeichnung für Vertreter*innen von Gegenpositionen wie Jutta Ditfurth (Selbstbez.: Radikalökologin), Rainer Trampert und Thomas Ebermann (Selbstbez.: Ökosozialisten). Während die ›Fundis‹ radikal systemkritische Positionen vertraten und das Parlament als Bühne für die Bewegung verstanden, strebten die ›Realos‹ zunehmend die Zusammenarbeit mit etablierten Parteien an, um Inhalte ›grüner Politik‹ unterzubringen..

Der historische Konflikt Provinz – Metropole hat seit der konservativen Wende neue Aktualität erlangt. Allenthalben wird die Verprovinzialisierung der Politik beklagt. ›Heimat‹ ist wieder ein Thema nicht nur der Konservativen, die Familie als kleinste überschaubare Einheit der Gesellschaft und der Kleingärtner im Staatsrock verströmen den muffigen Duft der 50er Jahre. Die konservative Gegenreformation ist mit diesen Attributen nur unzureichend bestimmt. Wirkt der Kanzler als ihr herausragendstes Symbol auch pausbacken und weist die Wallmannsche Stadtpolitik in Frankfurt auch unverkennbare Züge einer kleinbürgerlichen Weltanschauung auf, so ist der Konservativismus in seiner heutigen praktischen wie theoretischen Gestalt so innovations- und technologiegläubig wie noch nie in der Geschichte der BRD. Die Beschleunigung in Richtung Informationsgesellschaft verträgt sich nicht mit dem hergebrachten Bild des ängstlich um Überschaubarkeit der Verhältnisse bemühten konservativen Charakters. Das heimatverbundene, nationale und bei allen großen Gesten mehr oder minder provinzielle Image der Vertreter des neuen Konservativismus wird in seiner scheinbaren Widersprüchlichkeit durchaus auch aus taktischen Erwägungen aufrechterhalten.

DIE ›NEUE URBANITÄT‹

Wer heute über Provinzialität redet, kommt um eine Erscheinung der neueren Zeit nicht herum: Die sogenannten Fundamentalisten oder Radikalökologen auf dem, ja, auf welchem Flügel der Partei der Grünen? In ihren Reihen entwickelte sich eine grauenhafte Mischung aus ›Provinzialität‹ und Naturreligion, die jedem gestandenen Stadtneurotiker den Angstschweiß auf die Stirn treibt. Der Drang nach ›kleinen Einheiten‹ und das Glaubensbekenntnis an die ›Natur‹ als Ersatz für wirkliche gesellschaftliche Utopie kann am deutlichsten in den Auseinandersetzungen der ›Fundis‹ und ›Realos‹ in der Metropole Frankfurt zum Vorschein. Dort entwickelt sich gleichzeitig der Gegenentwurf zur konservativen Zukunftsplanung von rechts und der an altkonservativen Elementen nicht armen ›Regenerationsideologie‹ der Grünen Fundamentalisten.

Er besteht aus nicht viel mehr als der Wiedereinführung des kosmopolitisch denkenden Citoyens als realpolitischer Gegencharakter zum sich unter permanenten Selbstverwirklichungszwängen mühenden Ökobürger. ›Urbanität‹ ist zum Kampfbegriff der städtischen Realopposition geworden. Zwar liegt dem Postulat für multinationales Leben und internationales Denken noch kein konkreter Gesellschaftsentwurf (weder für die Metropolen geschweige denn für die Provinz) zugrunde, aber das wiedererwachte Selbstbewußtsein des Metropolenbewohners wird unentwegt gespeist aus einer geradezu zum Stil erhobenen Erlebnisfähigkeit großstädtischer Kaputtheit.

In Frankfurt nahm der Bahnhofsviertelboom in den letzten zwei Jahren geradezu beängstigende Formen an. Kaum eine der ortsansässigen Gazetten verzichtete darauf, aus der ›pulsierenden Multigesellschaft‹ zwischen

Gutleutstraße und Mainzer Landstraße zu berichten. Dort wurde ›das Leben‹ wiederentdeckt, mit all dem Schmutz und Dreck, der es heute konstitutiv macht für metropolitanes Bewußtsein. Dieses Bewußtsein hat, wenn man den einen oder anderen ältergewordenen Sponti am Stammtisch so reden hört, nur mehr wenig mit dem städtischen Lebensgefühl der siebziger Jahre zu tun. War es damals der Versuch, eine Substruktur unter der Oberfläche gegen den Alltag der Stadt als eigenes Lebensgelände zu kultivieren, so wird heute genau der Alltag zum kokett getragenen Markenzeichen eines ›metropolitanen Selbstgefälligkeitsgefühls‹.

Die Konturen der Szene bzw. der Szenen sind unscharf geworden, Mann und Frau bewegt sich heute zwischen der Vielfalt der Stile, Moden, Abenteuer und Generationen ohne bornierte Selbstbegrenzung auf ein politisch-gesellschaftliches Ideal. Der neue Begriff heißt ›Eklektizismus‹. An passendster und unpassendster Stelle in die Diskussion geworfen, wird er auf eine recht merkwürdige Art gelebt.

Zwischen Pornokinos, Nutten und Gaunerphantasien bewegt sich der/die Städter/in selbstverständlich zum Eiscafé am Kaisersack. Das ›einzige internationale Viertel‹ in Frankfurt (Herterich) bietet dem Binnentouristen denn auch mehr als Bornheim oder Eckenheim. Die kapitalistische Ästhetik spiegelt in den Fassaden der Geldzentralen das Treiben der Junkies, Zuhälter, Gemüsehändler und Zivilbullen als ein gemeinsames Ganzes, dessen Beobachtung zu den faszinierendsten Erlebnissen in Frankfurt gehören kann. Die oberflächliche Partizipation an dieser Welt, die von Breckenheim genauso weit weg ist wie vom Hunsrück, macht das interessanteste, aber ohne Zweifel auch übelste Viertel am Stammtisch von Szenekneipen oder Bistro-Theken zum Projektionsobjekt für linke Metropolenarchitekten.

STÄDTISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Die Diskussion um die ›neue Urbanität‹ krankt unter anderem daran, daß mehr mit Bildern, Projektionen und Wunschvorstellungen ›Stimmung‹ gemacht wird und weniger aus dem ›tatsächlich‹ gelebten Metropolenalltag entwickelte Vorstellungen vom Leben in der Stadt entstehen. Der Alltag sieht auch für die größten Verbalurbanisten meist nur einen kleinen Teil jener beschworenen »multinationalen kosmopolitischen Realitäten« vor, die irgendwann mal die urbane Fieberkurve der Großstädte schreiben soll.

Man lebt auch in der Großstadt in ›kleinen überschaubaren Einheiten‹ der eigenen In-Szene. Was wird darüber hinaus wirklich gelebt? Der identitätsstiftende Eklektizismus bezieht sich im günstigsten Fall auf die Moden der Kultur und Freizeitbeschäftigung, aber in den seltensten Fällen auf die verschiedensten ›Lebenskulturen‹ der Stadt. Im Gegensatz zu den ›kleinen‹ Bezugskreisen in der Provinz erhält die Existenz von vielen verschiedenen Szenen die typisch metropolitane Beliebigkeit aufrecht, in der sich langes Überleben in relativ kleinen Bewegungsräumen bewerkstelligen läßt. Das ist auch legitim, fragwürdig ist nur die fast ungebrochene Ableitung einer Urbanitätstheorie mit einem Sozialcharakter, der von den in der Theorie gestellten Bedingungen wahrscheinlich hoffnungslos überfordert wäre. Wie steht es denn gegenwärtig mit dem real stattfindenden ›kosmopolitischen Leben‹? Von multi- oder gar international kann doch nur in herzlich wenigen Fällen oder Situationen geredet werden. Die urbanen Denker verwenden gern den Begriff der ›wiederherzustellenden städtischen Öffentlichkeit‹. Frank Herterich führt dazu im *Pflasterstrand* Nr. 204 folgendes aus:

> »Die Freiheit dieser Stadt wird nicht zuletzt dadurch bestimmt sein, inwieweit es gelingt, die Bedingungen städtischer Öffentlichkeit zu erhalten, das räumliche und gesellschaftliche Auseinanderfallen Frankfurts zu verhindern, und alle Bürger ungehindert Anteil am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben haben zu lassen.«

Sehr schön, aber was für eine Öffentlichkeit soll das denn sein? Ist da die Öffentlichkeit nicht etwas überfordert? Entsteht die so viel zitierte Atmosphäre Frankfurts nicht gerade durch die vielen kleinen (oder großen) ›Unöffentlichkeiten‹? Bessere Bedingungen für öffentlicheres Stadtleben kann es und soll es auf alle Fälle geben. So wie Herterich schreibt, entsteht jedoch der Eindruck einer möglichen ›egalitären Öffentlichkeit‹ für Alle. Das ist eine Illusion. Ein ›anderes, menschlicheres und ökologischeres‹ Leben kann nicht heißen, die Nischen und Furchen, auch die unangenehmen, durch eine ›Gesamtöffentlichkeit‹ ersetzen zu wollen. Die Stadt ist veränderbar, aber nicht umzukrempeln. Auf die unsäglich konservativen Elemente in der Fundamentalisten-Argumentation muß nicht mehr in allen Einzelheiten eingegangen werden. Ihr Entwurf einer Großraumprovinz mit Komposthaufen, Kulturstraßenbahnen und Citybiotopen ist von einer geradezu blinden Ignoranz gegenüber einem städtischen Milieu, das nicht nur die unterdrückte, entfremdete und kulturell und ökonomisch beraubte Persönlichkeit beheimatet, sondern in dem sich natürlich auch eine schlecht gewachsene faszinierende Individualität entwickelt hat. Der ›Provinzler‹ Winfried Kretschmann aus dem Schwäbischen weist im *Pflasterstrand* Nr. 207 allerdings auf ein Defizit in der real-politischen Urbanitätsdiskussion hin, das bisher den Fundis zum Vorteil gereicht hat:

> »Es kann kein Projekt ›neue Urbanität‹ geben, ohne das Verhältnis von Stadt und Land neu zu reflektieren und neu zu gestalten. Die ökologische Krise, also die Zerstörung der Natur und ihrer Vielfalt und die Beeinträchtigung der Lebensgrundlage aller, kann die Möglichkeit eröffnen, das Verhängnisvolle der Dominanz der Städte bis hin zum Kulturimperialismus zu erkennen. Die Stadt kann ohne die ökologischen Ressourcen des ländlichen Raumes nicht überleben.«

DIE ›KLEINE, ÜBERSCHAUBARE EINHEIT‹

Die Reflexion des Verhältnisses zwischen Stadt und Land ist neben dem ökologischen Gesichtspunkt mehr noch für die politische Diskussion relevant. In Hessen sitzen mittlerweile in nahezu jedem Stadt- oder Gemeinderat ›alternative‹ Abgeordnete, die aus den unterschiedlichsten örtlichen Bedingungen heraus doch Politik für die Allgemeinheit machen. Ein typisches und zugleich besonderes Beispiel ist die *Unabhängige Wählerinitiative (UKW)* des Metropolensatelliten Kelkheim. Vereine, Kirche, Möbelfabriken und die örtliche CDU haben lange Zeit relativ ungestört das öffentliche bzw. nichtöffentliche Leben der eher langweiligen 30000-Einwohnerstadt bestimmt. Mitte der siebziger Jahre versuchte eine kleine, politisch motivierte Szene im ›Kampf‹ um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum die beklemmende Ruhe zu stören. Daneben existierten mehr oder minder progressiv engagierte kirchliche Jugendgruppen. ›Abenteuerspielplatz‹, ›Friedenswochen‹ und ›Selbstverwirklichung‹ standen als Themen der nur leidlich an der jeweiligen Konfession interessierten Jugendlichen auf dem Programm. Der große Einschnitt in den vor sich hin dümpelnden Alltag geschah durch die Besetzung des Straßendamms der geplanten vierspurigen Bundesstraße 8 im Liederbachtal. Nach dem Scheitern der Bemühungen um das ›JUZ‹ wurde das Hüttendorf am Damm zu dem Kristallisationspunkt für Aufmüpfigkeit und politischen Widerstand in Kelkheim und den umliegenden Ortschaften.

Die ›Vordertaunusszene‹, in dem Fall rekrutierten sich die direkt an der über zweijährigen Besetzung Beteiligten vorwiegend aus Kelkheim und Königstein, hatte einen Bezugspunkt, der überschaubar und zugleich über die Grenzen der Kleinstädte hinaus bedeutsam war. Für den Kiffer aus Altenhain wie für den engagierten Meßdiener aus Fischbach symbolisierten die Besetzer des Dammes den politisch motivierten Duft von Freiheit und Abenteuer jenseits der kleinkarierten Wohnstadtatmosphäre. Aus der kargen ›Idylle‹ des Hüttendorfes zogen die Ziegenhüter, Häuslebauer und Marihuana-Pflanzer vor etwas über vier Jahren bei der Kommunalwahl mit über zehn Prozent in das Kelkheimer Rathaus ein. Nachdem der Damm durch die Polizei geräumt und monatelang ihrerseits besetzt wurde, war die UKW zum einzig stabilen und erfolgversprechenden Faktor für Protestpolitik in Kelkheim geworden. Die mittlerweile durch die letzte Wahl bestätigte Liste besteht in der jetzigen Zusammensetzung aus einer bunten Mischung von Freaks, Schülern, Kirchenjugendlichen, Studenten, Angestellten, und sogar ein Polizist ist dabei. […]

Die Beschränkung auf ein relativ klar abgegrenztes Denk- und Handlungsfeld, eine genau dem ›provinziellen‹ Klischee entsprechende Haltung, hat den Kelkheimern relative Beweglichkeit und gelassene Frische erhalten, die konstitutiv ist für ihre Form von Politik. Sie haben sich ein direktes Verhältnis zu den tatsächlichen Lebensbedingungen in der Kleinstadt bewahrt und im Bewußtsein um die Begrenztheit im besten Sinne kultiviert.

KEIN VERGLEICH

Kelkheim ist natürlich keine politische Idylle, nur sind die Widersprüche andere. Den Konflikt zwischen Fundamentalisten und Realpolitikern gibt es in der Grundsätzlichkeit nicht. Für die Kelkheimer Politik ist er schlicht irrelevant. Die Kelkheimer Situation ist auch nicht gleichzusetzen mit der in anderen vergleichbaren Städten. Sie ist in ihrer Spezifizität schon gar nicht übertragbar auf metropolitane Verhältnisse. Trotzdem weist sie Eigenheiten auf, die für die Verallgemeinerung von Politik überhaupt von Bedeutung sein könnten. Der Vergleich zwischen ›Metropole‹ und ›Provinz‹ drängt sich auf, auch wenn die hier gemachten Herleitungen sicher verkürzt sind. Es kann aber kein Vergleich im eigentlichen Sinn sein, eher die Konfrontation verschiedener Erfahrungen und Phänomene.

Ein paar Überlegungen ohne Anspruch auf flächendeckende Erörterung sollen zum Schluß noch etwas Stoff für die Auseinandersetzung um Metropole, Provinz und Politik beisteuern.

In den siebziger Jahren war es die Illusion einer permanenten Guerilla im Sumpf der Szene gegen den Rest des Staates, der Stadt und deren Bewohner. Die selbstbewußte Erkenntnis um das eigene Außenseitertum ideologisierte sich zum Bekenntnis der subversiven Gegenkultur in allen Bereichen der Subjektivität. Das bedingte relativ kleine Kreise, in denen man sich bewegte, diskutierte und handelte. Die Momente der Hoffnung, diese Verhältnisse (sofern real existierend) könnten sich auswachsen zu einer Gesellschaft in der Gesellschaft, waren spärlich gesät. Man war sich eigentlich sehr wohl über die Unmöglichkeit eines ›Freistaates Bockenheim‹ im Klaren. Trotzdem taugte die Utopie für das politische und gesellschaftliche Überleben eine ganze Weile lang. Der Freistaat ist beiseitegelegt, man entdeckt wieder die ›freie‹ Stadt. Frei von ideologischen Zwängen wird die Stadt zur noch reichlich dürftigen Utopie. Was früher der Schrottkopp[1] für den Straßenkämpfer war, ist heute die Stadt als Ganzes für den Metropolenschlenderer. So sehr die eigenen kleinen Verhältnisse in den siebziger Jahren im Vordergrund standen, man hat sich der gesamten Gesellschaft gestellt und in großen Zusammenhängen gedacht.

Die ›neue Urbanität‹ hat den Mangel, auf wenig konsistente Verhältnisse zurückgreifen zu können. Der zur Ideologie erklärte Eklektizismus (vor allem von linken, nicht mehr ganz so jungen Spontis; die Jugendlichen sehen das weniger ideologisch) ist wenig mehr als die relativ beliebige Ansammlung verschiedener ›Situationen‹. Der ›politische‹ Versuch, die Stadt als Lebensgelände wieder neu zu entdecken, tut das ohne Bezug zu einem bestimmten Klientel für eine bestimmte Stadt. Um nicht mißverstanden zu werden, das macht den Versuch nicht überflüssig. Im Gegenteil, die Diskussion fördert umso deutlicher die Mangelerscheinungen zutage, die es so schwer machen z. B. gegen den grünen Fundamentalismus überzeugen zu können. Die Provinz hat es in den überschaubaren Verhältnissen gegenwärtig leichter. Die ›Politik‹ auf dem Lande (Kelkheim ist sicher nicht Neu-Anspach)

kann im Moment scheinbar unabhängig von den politischen Entwicklungen in den Metropolen existieren, möglicherweise gerade gegen die Stadt und die eigene Verstädterung. Inwieweit die ›Protestpolitik‹ in der Provinz das emanzipative Moment zu einer eigenständigen kritischen Kultur entwickeln kann, ist offen und deswegen spannend. Scheitert das Experiment, dann gibt es nur die zwei klassischen Auswege: Die Anpassung an die bestehenden Verhältnisse im Ort, oder die Flucht in die naheliegende Metropole. Welche Verhältnisse werden es in Zukunft sein, die jemanden in die Stadt locken können? Ganz bestimmte politische werden das eher nicht sein.

Die Metropole der Zukunft wird keine von links sein. Bestenfalls können wieder einzelne Bereiche kultiviert werden, die sich vermutlich weniger an Weltanschauungen und politischen Perspektiven denn an Tätigkeiten orientieren. Die ›alternative Mittelschicht‹ verliert weiter ihre Besonderheit und die ›interessanten‹ Dinge werden (nach wie vor) die Grenzüberschreitungen sein. Die Subkultur wird weniger eine politische sein, sondern zwischen den Extremen Kunst, Kultur und (etwas) Politik und Nachtleben, Abenteuer, Drogenszene und Geschäftswelt hin und her fluktuieren.

Der Versuch, Urbanität im Zusammenhang einer verallgemeinerbaren Politik neu zu diskutieren, was ja auch schon geschieht, steht in dem Spannungsfeld einerseits für die im weitesten Sinne zu verstehende Szene zu denken, und andererseits eine Stadt für alle entwerfen zu wollen. Das weitere findet sich dann im Programm der Grünen wieder, interessanter wäre es, zu schauen, wer denn welche Stadt wirklich will.

*.NOTES

1 Anm. d. Red.: Der Schrottkopp ist eine ehemalige Kneipe in Bockenheim, die wohl als beliebter Treffpunkt der linksautonomen Szene galt..

Neuerscheinung

Lina Fricke, Anna von Rath, Elisabeth Nechutnys, Christoph Senft (Hg.)

JUST POLITICS

Ökokritische Perspektiven im postkolonialen Raum

312 Seiten | 18 Euro | ISBN 978-3-89771-545-5

Interdisziplinäre Auseinandersetzungen um das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Natur und Kultur

ust Politics ist eine interdisziplinäre Auseinandersetzung mit Fragen zu akuellen ökonomischen und ökologischen Entwicklungen. Einige Schlagörter, die im öffentlichen Diskurs immer wieder auftauchen, sind ›ökogischer Fußabdruck‹, ›grüne Wachstumsindustrie‹, ›Klimawandel‹, ›Occupy Wall Street‹, ›Euro Krise‹, ›Globalisierung‹, ›Wachstums-Wende‹ und ›Neokolonialismus‹. Begriffe, die auf sehr unterschiedliche Art und Weise ein Nachdenken über nachhaltige, zukunftsorientierte Politik einfordern, aber oft nur unzureichend in Relation diskutiert und betrachtet werden. Neokoloniale Nord-Süd-Beziehungen und das kritische Herangehen an bestehende Verhältnisse und Zustände sind ein elementarer Bestandteil der Beiträge in diesem Sammelband.

UNRAST Verlag | Postfach 8020 | 48043 Münster
info@unrast-verlag.de | www.unrast-verlag.de

autoren buchhandlung marx & co
Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 069/72 29 72 · Fax 069/71 40 38 70
info@autorenbuchhandlung-marx.de
www.autorenbuchhandlung-marx.de

Marx an der Uni
Geisteswissenschaften
Belletristik
Sozialwissenschaften

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
INFO@KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE
WWW.KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE

BEMERKUNGEN ZUM GESELLSCHAFTLICHEN VERHÄLTNIS VON PROVINZ UND METROPOLE

HERMANN TERTILT

1985 / HEFT 6-1

URBANITÄT ALS VERSPRECHEN

Dieser Artikel erschien auch im Heft *Offene Türen* von 1985. In Bezug auf das Verhältnis von Provinz und Metropole schreibt die Redaktion im Editorial: »Wenn für Deutschland der metaphorische Begriff der ›offenen Tür‹ Geltung haben soll, dann wohl im Zusammenhang mit der ›Wende‹, die nicht nur die CDU-Machtübernahme kennzeichnet, sondern wohl auch die neueste Stimmung ausmacht: auf der einen Seite ein Zurück in vorindutsrielle Zustände – im Extremfall – der beschaulichen Ruhe der ›Provinz‹, der Reduzierung der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse auf zwischenmenschliche Kategorien. Der große Lächler (Kohl) steht dafür nicht allein, auch fundamentalistische grüne Wähler und Politiker liebäugeln mit diesen Vorstellungen. Die Nähe zur CDU liegt dabei oft näher, als die erbitterten Auseinandersetzungen mit der SPD ahnen lassen. In dieser Spannung sollen die Artikel gelesen werden.« (diskus-Redaktion 1985: S.3)

Dieser Artikel arbeitet sich nun vor allem an der Frankfurter-Sponti-Bewegung ab. Die Sponti-Szene in Frankfurt war in den 1970ern und den 1980ern eine prägende politische Stoßrichtung der linksradikalen Szene und ein wichtiger Bestandteil der Frankfurter Hausbesetzungs-Szene. Ihr zentrales Medium war die Zeitschrift *Pflasterstand*.

In einer Weltstadt wie Frankfurt gilt ›provinziell‹ als Synonym für ›hinterwäldlerisch‹, ›rückständig‹ und ›nichtaufgeklärt‹, als Gegensatz von Modernität und Fortschritt. Gemeint sind all jene unseligen Kräfte, die den Entwicklungen der Zeit hinterherhinken oder das Rad der Geschichte zum Stehen bringen und zurückdrehen wollen.

Der Geist des Provinzialismus ist aber nicht nur in seinem Ursprungsland, der Provinz, beheimatet, er treibt sein Unwesen ebenso in der Stadt. Dort tritt er im Gewand des kleinbürgerlichen Spießers oder auch als grün-fundamentalistisches Glaubensbekenntnis in Erscheinung. Den Gegenpart zum städtischen Provinzler übernimmt mit Vorliebe der metropolitane Sponti; er begreift sich ausschließlich als ›anti-provinziell‹, ›großstädtisch‹ und – wenn's mal im Superlativ sein muß – als ›kosmopoliltisch‹. In Frankfurt lebt er am Puls der Zeit, horcht sie ab auf ihre neuesten Bewegungen, freut sich an ihren Sprüngen oder leidet an ihrem Stillstand. Er ist dank seiner notorischen Weltoffenheit immer auf dem Laufenden, was die aktuellen Trends und Moden, kurz: den kulturellen Fortschritt betrifft. Belege dafür liefert das Metropolen- (und Sponti-) Magazin *Pflasterstrand* en masse. Sieht man sich jedoch die materiellen Grundlagen dieses Sponti-Citoyen an, so ist es mit der metropolitanen Lebensweise nicht weit bestellt. Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander! Wer lebt schon in einer der großbürgerlichen Westendwohnungen mit Stuck und Parkett, wer nimmt schon auf angemessene Weise teil an den kulinarischen und kulturellen Genüssen, die eine Stadt wie Frankfurt tagtäglich zu bieten hat?!

Die real-existierende *Pflasterstrand*-Klientel lebt, mit Wehmut!, bescheidener, als es die Redaktion zugeben möchte. Dem Sponti und seinem politischen Umfeld fehlt die Knete für die kosmopolitische Metropolensause. In Wirklichkeit wohnt man in den letzten Löchern und weiß kaum, wie man das Geld für die nächste Miete zusammenbringen soll. Bahro[1] hat leider recht mit seinem Satz: »›Kosmopolitisch‹ ist vor allem das Kapital«[2]. Dagegen unterhält der Pflastersträndler ein erschreckend immaterielles Verhältnis zum Kosmopolitismus! Der von den Spontis imaginierte und mit religiösem Pathos heilig gesprochene Kosmopolitismus wirkt geradezu grotesk angesichts des Elends in den Mauern dieser stinkreichen Stadt. Ein an- und aufregendes Leben nämlich kann sich hier bald nur noch eine privilegierte Managerklasse leisten.

Ähnlich blauäugig wie die Vergötterung des Kosmopolitismus ist die Verachtung, die die Spontis der ländlichen Provinz entgegenbringen. Diese Verachtung entspringt einem elitären Bewußtsein, einem arroganten Habitus, mit dem man sich nicht nur vom politischen Gegner distanziert, sondern auch nach unten gegen die ›dumme Masse‹ abzugrenzen versucht. Die Provinz ist aber keine Ansammlung von Gartenzwergen und Nachtkappen, wie der *Pflasterstrand* seine Leser gerne glauben machen möchte. Das Kapital ist da realistischer und pflegt durchaus diskret-pragmatische Beziehungen zur Provinz. (Bekanntlich ist der metropolitane Reichtum ja nicht vom Himmel gefallen.)

Provinz ist das kolonialisierte und zur Ausbeutung frei verfügbare Umland der Metropolis. Dank des Weltmarktes reicht dieses Umland heute bis in die Länder der ›Dritten Welt‹. Auch hier muß man Bahro recht geben, wenn er die Stadt als parasitäre Erscheinungsform definiert. Ohne die Ausbeutung der Provinzen kommt urbaner Reichtum mit all seinen kulturellen Vorzügen nun mal nicht zustande. In wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht haben wir es hier mit einer allgemein nicht hinterfragten Form der kolonialen Herrschaft zu tun. Der Weg zwischen Großstadt und Provinz ist weitgehend eine Einbahnstraße.

So werden auch in der föderativen BRD – nicht anders als in den übrigen, streng zentralistisch organisierten europäischen Staaten – sämtliche makroökonomischen Entscheidungen in den Metropolen getroffen. Die Provinzen unterstehen wirtschaftspolitisch und personell einer externen Lenkung. Sogenannte Führungskräfte aus der Wirtschaft, die von den in den Großstädten ansässigen Konzernleitungen in die einzelnen Provinzregionen geschickt werden, und deren Helfershelfer, die lokalen Provinzherren (man denke an Kommunalpolitiker u. ä.), sichern vor Ort vor allem die ökonomischen Interessen des kosmopolitischen Kapitals.

Seitdem sich die traditionellen Provinzindustrien, besonders die Montan- und Textilindustrie, in einer schweren Strukturkrise befinden (etwa seit Anfang der sechziger Jahre), verlagern multinationale Konzerne der Elektro-, Chemie- und Autoindustrie ihre banalisierten Produktionsschritte wie z. B. Fließbandarbeiten bevorzugt in diese strukturschwachen Regionen. Das hat seinen Grund in den staatlichen Subventionen, der relativ hohen Arbeitslosigkeit und dem niedrigen Lohnniveau. Da diese Konzerne in der Regel als Aktiengesellschaften organisiert sind, fließen die Profite in die Metropolen ab. Auch ein so traditioneller Wirtschaftsbereich in den Provinzen wie die Landwirtschaft unterliegt den Tendenzen der Zentralisation und geht zunehmend in internationales Kapital über. Absolute Priorität hat die Provinz, sobald es um die Standortfrage umweltfeindlicher Großtechnologien wie etwa Kernkraft- oder Kohlekraftwerke geht. Dagegen kommen für das Management, für Forschungs-, Entwicklungs- und Leitungsaufgaben nur die Metropolen in Frage, in denen es sich kosmopolitisch leben läßt.

Mit der Erfindung und Verbreitung der Massenmedien mußte die Provinz ihre kulturelle Autonomie fast vollständig einbüßen. Seit etwa 50 Jahren erreichen großstädtische Moden und Lebensweisen via Medien die Provinz und werden dort mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung von der ländlichen Bevölkerung imitiert. Der Kolonialismus der Metropolen hat die kulturellen Bedürfnisse der Provinz in totalitärer Weise seinem Bilde unterworfen.

Welche Impulse in Richtung Provinz gehen, bestimmen aber nicht die emanzipativen Kultur- und Bildungsinstitutionen der Stadt, nein!, ein repressives, nicht-aufklärerisches Fernsehmodell terrorisiert mit seinem platten Hedonismus das gesamte Land. Die eigentlichen Kulturmetropolen heißen nicht Berlin oder Frankfurt, sondern ARD und ZDF. Sie kolonialisieren die letzten Winkel der Provinz, um das hegemoniale, metropolitane Normensystem durchzusetzen. Pasolini hat das in seinen Freibeuterschriften am Beispiel des italienischen Fernsehens zu zeigen versucht:

> »Kein faschistischer Zentralismus hat das geschafft, was der Zentralismus der Konsumgesellschaft geschafft hat … Mit Hilfe des Fernsehens hat das Zentrum den gesamten Rest des Landes seinem Bilde angeglichen, eines Landes immerhin, das unerhört mannigfaltig in seinen Geschichtsabläufen und reich an originären Kulturen war. Ein Prozeß der Nivellierung wurde eingeleitet, der alles Authentische und Besondere vernichtet. Das Zentrum erhob seine Modelle zur Norm; und diese Norm ist nichts anderes als die der modernen Industrialisierung, die sich nicht mehr damit zufrieden gibt, daß der Konsument konsumiert, sondern mit dem Anspruch auftritt, es dürfe keine andere Ideologie als die des Konsums geben.«
>
> *(Pasolini 1975: 29 f.)*

Die Massenmedien haben die kulturellen Eigenheiten der verschiedenen Regionen – und hierzulande gab es deren vieler – weitgehend zerstört. Sie haben einen Typus von Provinzler geschaffen, der sein Selbstbewußtsein durch die metropolitane Impfung verloren hat. Im Dschungel seiner Minderwertigkeitsgefühle begreift er nicht, daß seine soziale Stigmatisierung kolonialer Herkunft ist. Mit Fleiß kompensiert er sein Stigma oder versucht ihm zu entkommen, indem er den je neusten Moden der Großstadt hinterherrennt. Doch bei diesem Wettlauf von Hase und Igel hat er keine Chance – wenn er ankommt, ist der Städter immer schon da. Das zutiefst mißtrauische und latent feindschaftliche Verhältnis von Provinzler und Städter hat neben der ideologischen, also der Bewußtseinsdimension, auch eine materielle, eine koloniale Grundlage. Wer in der Provinz aufgewachsen und sozialisiert worden ist, weiß um die Demütigungen und Kränkungen des großstädtischen Imperialismus. Was Fanon für die Kolonien beschrieben hat, trifft im übertragenen Sinne auch für den Provinzler zu:

> »Der Blick, den der Kolonisierte auf die Stadt des Kolonialherren wirft, ist ein Blick geilen Neides. Besitzträume. Aller Art von Besitz: sich an den Tisch des Kolonialherren setzen, im Bett des Kolonialherren schlafen, wenn möglich mit seiner Frau. Der Kolonisierte ist ein Neider. Der Kolonialherr weiß das genau. Wenn er jenen Blick unversehens überrascht, stellt er mit Bitterkeit, aber immer wachsam fest: ›Sie wollen unseren Platz einnehmen.‹«
>
> *(Fanon 1981: 33)*

Der Aufstand der Provinz läßt bislang auf sich warten; doch bei einer zunehmenden Verschärfung der ökonomischen Krise könnte sich in den benachteiligten Provinzregionen ein soziales Konfliktpotential entwickeln, das sich gegen das großstädtische Kapital richtet und

seinen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum fordert. Die Massenarbeitslosigkeit wird auf Dauer eine erhebliche Politisierung auch der ländlichen Regionen zur Folge haben.

Bleibt die Frage zu diskutieren, wie denn in einer neuen, einer nachkolonialen und – für die, die daran festhalten wollen – in einer nachrevolutionären Gesellschaftsform das Verhältnis von Provinz und Metropole als politisches, ökonomisches und kulturelles Verhältnis zu gestalten wäre. Bahros Losung: die Zerschlagung der Metropolen im Namen von Natur und sozialer Gerechtigkeit, klingt zwar in nicht wenigen Ohren plausibel, weil fundamental, doch es ist zweifelhaft, ob die unzweifelhaften Errungenschaften metropolitaner Kultur und Intellektualität sich in klosterähnlichen Kommunitäten reorganisieren lassen. Ich gebe zu, daß es mir schwerfällt im Hinblick auf das Verhältnis von Provinz und Metropole das Bild einer Utopie zu entwerfen. Klar hingegen ist, daß die Provinzialismus-Diskussion erweitert werden muß, um die Frage einer möglichen kulturellen und wirtschaftlichen Autonomisierung der Provinzregionen und um die Frage nach einer gerechteren Verteilung des metropolitanen Reichtums (dies ist eben nicht nur eine soziale, sondern auch eine regionale Frage, das vergißt man in Frankfurt sehr leicht!).

Provinz und Metropole sind nicht auf das herrschende, vom Kapital einseitig instituierte, parasitäre Verhältnis festgelegt; dieses Verhältnis kann jeweils neu und anders instituiert werden, wenn eine Gesellschaft es will.

*.LIT

FANON, FRANTZ (1981): *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt.

PASOLINI, PIERE PAOLO (1975): *Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des Einzelnen durch die Konsumgesellschaft*, Berlin.

*.NOTES

1 **RUDOLF BAHRO** war ein bekannter Dissident der DDR, der vor allem durch sein sozialismuskritisches Buch *Die Alternative* (1977) bekannt wurde. Auf dem Hamburger Parteitag 1983 setzte er sich vehement für einen Verbleib der Grünen in der Opposition sowie für das Überwinden des »klassischen Rechts-Links-Schemas« ein – die Grünen müssten auch »ins Revier der bayrischen CSU eindringen« (Bahro 1983), damit gesellschaftliche Konflikte friedlich gelöst werden können. Realos und Fundis reagierten auf seinen Beitrag befremdet bis empört.

2 Aus **RUDOLF BAHRO**s Redebeitrag auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN in Hamburg, nachzulesen in der TAZ vom 17.12.1984.

Einbahnstr
dtmitte

BLICK AUF FRANKFURT I

DISKUS UNTERWEGS, 2015

BAHNHOFSVIERTEL: ORTE

Dr. Müller: Von weitem ein Ort der Beständigkeit. Den Sexshop dürfte es im Bahnhofsviertel schon immer und durch all seine Wandlungen hindurch gegeben haben. Aus dem Schaufenster spricht dann aber doch der Zeitgeist. Die diversen Stimulanzien rund um das Penispowerspray dienen weniger der Lust als der Leistungssteigerung.

Kaiserpassage: Ein merkwürdig abgelegener und mitten im Bahnhofsviertel angenehm ruhiger Ort. Wir bleiben vor dem Exponat im Schaufenster einer Galerie stehen. Das Kunstwerk (?) skandalisiert die Plastikverpackung. Es verweist auf das Faktum, dass der Müll jährlich eine Million Vögel ihr Leben kostet.

Kaiserstraße: Wohnort von Bänkern und Professoren. Die Häuser sind bürgerlich-pompöser Art, die Wohnungen vor nicht allzu langer Zeit luxussaniert, innen großräumig und elegant.

Münchener Straße: Straße der Herrenfriseure. Wer sich hier einmal einen Schnitt verpassen lassen hat, wird niemals mehr bei anderen Friseuren sein Glück finden. Die Herrenfriseure der Münchener Straße bestechen durch handwerkliche Perfektion, weltgewandtes Gespräch und legitime Erotik unter Männern.

DIE WELT ALS VORSTELLUNG UND BAHNHOFSVIERTEL

OHNE AUTOR*IN

1985 / HEFT 6-1

URBANITÄT ALS VERSPRECHEN

Dieser Artikel wurde 1979 veröffentlicht. Im Editorial wurde die Ausgabe wie folgt angekündigt: »Diese Ausgabe des diskus entspricht zum einen nicht unseren ursprünglichen Vorstellungen über die Bearbeitung des Themas Stadt, zum anderen sind an den vorliegenden Artikeln grundsätzliche Kontroversen innerhalb der Redaktion aufgebrochen [...].« Weiter heißt es: »Wir wollten das Thema Stadt: Frankfurt weniger im Rahmen der laufenden Urbanismusdiskussion bearbeiten, als vielmehr die Abhängigkeit, das Geprägtsein der Frankfurter Linken und ihrer Entwicklung von den spezifisch historischen, ökonomischen Determinanten Frankfurts entschlüsseln, den Zusammenhang von spezifischer Stadtstruktur und inhaltlichen Strömungen der Linken herausarbeiten, die Mythenbildung um die besondere Qualität der politischen Auseinandersetzung, sei's auf der Ebene des Häuserkampfs, der militantesten Demos, sei's auf der Ebene der Diskussionen vom Erbe Krahls und der kritischen Theorie oder die der besonderen Kommunikationsstrukturen der scene, sollte zurück auf ihre besonderes Pflaster. [...] Anders wird Stadt zum Problem, wo sie einen Bereich von Vergesellschaftung darstellt, in dem durch Zerstörung und andere Sanierungsmaßnahmen soziale Lebensformen umgekrempelt werden. Darin brechen Widersprüche auf und regt sich (oder auch nicht) Widerstand. [...] Aber auch dieser Aspekt bleibt in der Nummer unausgesprochen; geleistet wurde eine allgemeine Problematisierung, sowie die Darstellung von Wahrnehmungen. Mystifikationen, die die Stadt von sich produziert: Faszination der Bewegung, des Verkehrs der Vielfältigkeit, auch der potentiellen Katastrophen werden durchsichtig gemacht, Stadt als Moment von Vergesellschaftung wird problematisiert, schließlich ist mit ihr die Form bezeichnet, in der die ›kollektive Einheit alltäglicher Reproduktionen‹ nebeneinander existiert, sich durchkreuzt, durch Öffentlichkeitsformen sich vermittelt; das alles noch formbestimmt durch architektonische Formen, Spekulationspraktiken und Herrschaftsformen, die diesen Alltag selbst immer wieder umwälzen. Gleichzeitig erhält eine solche Reflexion von Lebenswelt immer etwas Beliebiges, sofern sie nicht mit bestimmter, selbstreflektorischer Absicht geschieht oder sofern sie nicht unmittelbar die Veränderung ihres Gegenstandes im Auge hat. Andernfalls ist immer die Gefahr, dass der mikrologisch dechiffrierende Blick verharrt im rein ästhetisch phänomenologischen Schauen auf die Dynamik der Gegenständlichkeit, nochmal reflexiv gebannt von der eigenen intellektualisierenden, dechiffrierenden Praxis. Bescheidet sich die Problematisierung und Kritik dann auch noch auf die Darstellung andersartiger Wahrnehmung der Fragmente von Lebenswelt, kann sie nicht viel mehr enthalten als die intellektualisierte Form von Innerlichkeit, die sich ihres theoretischen backgrounds mit Jonglieren in modisch-schillernden Begrifflichkeiten nochmals vergewissert. Nicht die Spiegelung im katastrophenwissenden Erschaudern rettet uns über die politische Krise, sondern Auseinandersetzung, die die Möglichkeit des Zugriffs auf Realität auch noch begrifflich reflektiert zulässt.« (diskus-Redaktion 1979: 3)

Auf diese lange Vorrede folgt nun ein Artikel, der sich im damaligen Bahnhofsviertel bewegt. Dieses war noch in keinster Weise saniert, die bekannten Bürogebäude im Umfeld der Mainzer Landstraße waren nur in Ansätzen vorhanden, die Wohnfläche noch deutlich größer als heute, die Kaiserstraße noch nicht als Vorzeigestraße restauriert.

Hotel Nizza: Was nicht viele wissen: Man kann dort klingeln und beim Concierge ein Getränk kaufen. Mit größter Selbstverständlichkeit weist der einem dann den Weg zur Dachterasse des Hotels, wo man malerisch über den Häusern des Bahnhofsviertels sitzen kann.

BAHNHOFSVIERTEL: GESPRÄCH

Wandel: Früher ist das Bahnhofsviertel mal ein Arbeiterviertel gewesen, SPD-Hochburg und so weiter. Die Junkis gibt's erst seit den 90ern hier. Dass das Bahnhofsviertel als Wohnort hohes Ansehen genießt, ist ein noch neueres Phänomen. Dass sich hier neuerdings gehobene Wohnansprüche anmelden, merkt man zum Beispiel an den Luxussanierungen und der immer weiteren Eingrenzung der Prostitutionszone. Merkwürdig ambivalent ist das Verhältnis der neuen Bewohner*in-

ANKUNFT AUS DER PROVINZ

Die bekannte Welt der Provinz endet auf dem Bahnhof der Metropole. Der Blick ist beim Aussteigen auf das Suchen nach Merkmalen der Provinz geschult. Sie sind vertraut und verhaßt. Alles andere ist exotisch, biegt sich unter dem provinziellen Blick. Ihm entgehen die Zusammenhänge, er beobachtet Einzelheiten. Das Auge ermüdet rasch, der Körper läßt sich auf die Kaiserstraße treiben. Die Dressur in der Provinz übt das Gedächtnis. Ein Gedächtnis, das Gefühle leicht wieder verliert, weil es das Atmosphärische auf den Begriff bringen muß. Unsere provinziellen Begriffe sind sehr alt; bald verstummt der Mund, wir hören unsere Begriffe entstammen reaktionären Ideologien. Wir lernen die neue Sprache, die unsere Sprache glatt und scharf denunziert. Zu unserem PROVINZHASS, den wir auf der Haut tragen und in den Gesichtern, die den Menschen in der Metropole naiv vorkommen, tritt der PROVINZHASS, weil wir in der Metropole sprach- und begriffslos sind, weil wir, unserer Provinzerfahrungen unsicher, diese in Kisten packen wie unsere Möbel, Bücher, Bilder, Kleider. Wir treten auf die Kaiserstraße. Immer öfter, immer weniger zufällig. […]

SCHRITTE DANEBEN

Die Vielfalt der Leere verstellt lang den Blick für die Analogien der aufgesuchten Orte. Zufällig sind die ersten Schritte ins unbekannte Gebiet der Stadt. Unsicher sind diese Schritte in die Vielfalt der Metropolenstrukturen; die regionalen Strukturen waren vertraut, die Vielfalt der Provinz liegt in den oft kaum wahrnehmbaren Differenzen einer langzeitigen Monotonie. Es ist das immer Gleiche, die Räume, die Zeit, die Menschen, und es erfordert ein Menschenleben, um Bewegungen zu verfolgen. In den Gesprächen entdecken wir unsere prämetropale Geschichte neu. Wir sind aus den deutschen Provinzen angereist, auf unterschiedlichen Wegen, mit Erfahrungen, die uns nicht länger fremd sind. Wir kramen sie hervor – es fällt uns immer leichter. […]

PROVINZNACHRICHTEN

Vertraute Abstrusitäten kommen über die Metropolenblätter in die Stadt. Eine Mundartwelle schwemmt Dichter und Theater heran. Und dann macht die Provinz Politik: der Widerstand gegen Atomkraftwerke. Die ersten wandern von der Stadt aus aufs Land. Die Provinzmenschen haben Geduld mit den vorläufigen Endstationen der städtischen Anfänger.

Aber was beginnt – hat begonnen: eine Verstädterung der Provinz oder eine Provinzialisierung der Stadt? Die Zuflucht zu Theorien wird vergeblich; die Provinz ist theorielos und die Städte sind ohne Theorie geworden.

SUCHE NACH MITTELPUNKTEN

Auf den Karten finden wir verschiedene Zentren aber keinen Mittelpunkt. Es gibt statische Orte, nur die Wahrnehmung wandelt sich. Wir als Umherschweifende befinden uns in einer Metamorphose; die realen Veränderungen sind reaktionär.

Die Sehnsucht nach Mittelpunkten entsteht, wenn einer entdeckt, daß sein Mittelpunkt das Ghetto ist, aus dem er fliehen will. Wir machen uns auf die Suche nach Mittelpunkten in den ausgestorbenen Vierteln. Die Kaiserstraße war als Mittelpunkt konzipiert. Heute ist der Bürger abwesend, der Mensch als Kapitalist ist nicht mehr da. Es flanieren keine Reichen, noch sind sie Bohemiens. Der Begriff der Metropole ist herab gewürdigt zu einem falschen Popanz. Am Tag geht das Leben nach den Stechuhren, nachts ist es ärmlich. In der Nacht gibt es keinen Dunst des Volkes. Die armen Männer verschwinden bei den Nutten, die Reichen holen sie sich ab.

Die offenen feudalen und bürgerlichen Herrschaftsstrukturen der Metropole sind nach dem Krieg die einer Trümmerverwertungsgesellschaft. Ist die Frankfurter Metropole nun mehr ›Klaa Dschigago‹? Die Kopie der Gründerzeit aus der ›Mischung‹ Paris/Berlin wurde zur politischen Metropole in der Studentenrevolte. Aber nur noch in den Chefetagen der Bankhochhäuser ist das Welt-Flair. Das ist provinziell.

nen zur Umgebung. Einerseits kommen sie aus einer Faszination für die Widersprüchlichkeit, Milieuvielheit, eben Urbanität als verdichtete Gesellschaftlichkeit. Andererseits finden sie, dass es dann doch ein bisschen sauberer sein könnte und ein paar exklusive Cafés, wo man von den Elendsgestalten unberührt bleibt, dürften es dann auch schon sein.

Wohnen: Dass im Bahnhofsviertel die Leute nicht nur aus Überzeugung wohnen, sondern es zum Beispiel auch Kinder gibt, ist was, das man leicht vergisst. Denn jenseits des Urbanitäts-Gefühls hält das Bahnhofsviertel für die Bedürfnisse seiner Bewohner*innen eher wenig bereit. Genauer gesagt: Gemessen an den basalsten Lebensbedürfnissen ist die Wohnqualität miserabel. Es ist ununterbrochen laut, die Luft ist schlecht, es gibt keine Grünflächen und durch die umstehenden Hochhäuser ist es im Sommer unerträglich heiß.

Urbanität: Ist nicht das Bahnhofsviertel eigentlich lächerlich klein? Es besteht doch nur aus ein, zwei Straßen und geht dann unvermittelt über etwa in die

DAS PROVINZIELLE DER FRANKFURTER METROPOLE

In den europäischen Metropolen gibt es keinen Provinzialismus: Paris, London, Venedig, Rom, Petersburg; der fehlende Zentralismus in Deutschland wird ersetzt durch die provinzielle Imitation einer Idee von zentraler Gewalt. Der Abzug in die Provinz bedeutet die Flucht aus den provinziellen Strukturen der Stadt. Es fehlen in der Stadt Segmentierungen, sorgfältig sind die Stadtviertel entmischt, es gibt keine Schmelztiegel wie in europäischen und amerikanischen Metropolen. Frankfurt ist wie alle deutschen Städte lächerliche Provinz. Das Frankfurtbild der Merianhefte entlarvt Frankfurt als Provinz. Die offizielle Werbung der Stadt weiß nur noch mit provinziellen Klischees ›Lebensqualität‹ zu beschwören.

SUBJEKT UND BETON

Die Erfahrungen sind die der Zwangshandlung. Wenns ums Überleben geht, muß ich mir die Frage nach der Selektion stellen: Wo schalte ich ab, um nicht ausgeschaltet zu werden?

Beton ist ein Kriegsprodukt. Es bereitete dem Spätkapitalismus den Weg. Es gibt keinen Bürgersteig, die pseudodemokratischen Fußgängerzonen sind betoniert und mit zusätzlichen Betonklötzen verziert. Es wird Platz gemacht für einen Weg durch die Straßen. Der Flaneur macht Räume zu Lebensräumen. Dagegen: der abstrakte Raum des Profits: Banken, Dr. Müller, Boutiquen. Immer endet der Schritt in Beton.

Alles reduziert das Subjekt auf Vorstellungen, was es wahrnimmt, erträgt es nicht mehr. Die Vorstellungen sind nicht mehr auf Realität aus, eine gefährliche Resignation.

Trotzdem: Frankfurt ist nicht Venedig. Die Sentimentalität der kulturellen Werte kommt nicht auf. Aber was könnte Erinnerung heißen? Gerade deshalb, weil nichts mehr ist, fällt es schwer zu erinnern, was einmal war. Wäre ich ein Reisender, der zufällig nach Frankfurt käme, was bliebe da übrig an Erinnerung? […]

DER AUFTAUCHENDE FAHRRADFAHRER

Fahrradfahren kann man eigentlich nur noch außerhalb der Stadt, mithin in der Provinz. Da nur darf eine Fortbewegungsart Freiräume sich erschließen, die in der Metropole, als anachronistisch denunziert, aus dem planerischen Bewußtsein (und nicht nur aus diesem) längst verdrängt scheint. Im Zuge der *Trimm-Dich-Bewegung* unserer neuen freien Zeit sollen wir, gleichsam auf die Rennsättel der superleichten, titanlegierten Daimler-Steyr-Puch-Luxusgefährte geworfen, hinaus in die intakte Natur und lauen Winde, um jenseits von Strassenschluchten und asphaltwabernden Rennstrecken die schlechte Wirklichkeit zu verdrängen.

Dieweil wird das wahr, was so in der Werbung schon angelegt ist: Wo wir uns aufhalten, da können wir nicht leben. Die von Freiheitsversprechen zugedeckten Widersprüche scheinen aber zwischen Metropole und Provinz gegeneinander strebend zu sein. Das Fahrrad war in der Provinz mehr von einem Gebrauchswert behaftet, einfaches und funktionales Vehikel, das in der räumlichen Geschlossenheit alle notwendigen Gänge möglich macht. Die Blicke waren nicht verstellt oder eingeengt, es war ein Raum der Bewegung. Reden wir nicht von den flachen Landstrichen, wo das Rad sowieso zum Alltag gehört.

Wo die Provinz nur unzureichend an öffentliche Verkehrsmittel angeschlossen ist und der ökonomische Zwang zu größerer Mobilität den Landmenschen als ›Einpendler‹ in die Metropole zwingt, ist dem Individualismus des Autoverkehrs schon das Wort geredet. Wir beobachten alltäglich die Flut der Autos auf den Stadteinfallschneisen. Das Fahrrad setzt derweil im Hofwinkel Rost an und verleitet höchstens die Jungen und die Alten. Wie kommst du denn zur nächsten Disco, wenn nicht mit dem Auto.

Die Stadt allerdings, die nicht nur heimliche Beherrscherin der Provinz schneidet mit Kleingärten niederlegender und Stadtteile durchbrechender Konsequenz scheinbar alle Möglichkeiten ab, ein Verhältnis zu seiner Umgebung überhaupt noch herstellen zu können.

Das Auto hinterläßt allgegenwärtige Spuren auf den Straßen: Glassplitter überall. Meine sinnlichen Wahrnehmungen werden aufs Pflaster gezwungen und allseitig eingeschränkt. Weiche ich aus, schon wird ein Auto mich an den Straßenrand drängen. […]

Vorgarten-Provinzialität des Westends und so bedarf es doch einiger Naivität dem Eindruck von Urbanität zu glauben, den Frankfurt um seinen Hauptbahnhof herum macht. Eher als charakteristisch für die Stadt als Ganze zu sein hat die Urbanität des Bahnhofsviertels in Frankfurt was Künstliches. Gerade weil es mit der restlichen Stadt eher wenig zu tun hat, räumlich so eingegrenzt ist, seine Urbanität eher abrupt abbricht als sich in die Stadt hinein fortzusetzen, hat die Faszination fürs Bahnhofsviertel 'was touristisches. Wenn es die Bewohner*innen aus dem situierteren Frankfurt oder der umliegenden Provinz mal ins Bahnhofsviertel zieht, dann oft so als würden sie ein Disneyland besuchen. Das Bahnhofsviertel erscheint dann so als wär's nur als Projektionsfläche für die Provinzler*innen da, die aus ihren eingehegten und wohlgeordneten Lebenswelten kommend als distanzierte Beobachter und mit voyeuristischer Faszination die Schattenwelt besichtigen. Ein Sinnbild für diese Haltung: die endlosen Schlangen, die auf dem Bahnhofsviertelfest vor den Bordellen stehen. Andererseits wird diese Beschreibung dem Bahnhofsviertel nicht ganz gerecht. Es ist dann doch was ande-

AUS DEM STADTENTWICKLUNGSPLAN

»Die Begründung der Begrünung liegt in der Nummerierung der Bäume«

»Wenn das Gras nicht zurückgebissen wird…«

BFG-HOCHHAUS

Das Großbürgertum kann nur solang existieren, solange es Anleihen beim Adel machen kann. Eigentlich sollte in der Kaiserstraße das Großbürgertum angesiedelt werden: ein Zoo, der leer steht. Der Bürger lebt in Kronberg und Königstein. Die Eroberung des Raums nach oben hat das Bürgertum begonnen, im Feudalismus konnten sich die Banken ausbreiten. Die Räume rücken zusammen.

Die Architektur versachlicht sich, die Bilder verschwinden, mit der Überflüssigkeit können wir nichts mehr anfangen. Sie verunsichern uns in ihrer unbekannten Bedeutung. Am Hochhaus ist kein Bild, es ist ein Abstraktum. Was jetzt repräsentiert wird ist die Repräsentation der Macht als Technik. Die Reduktion der plattesten Phallokratie: Je höher die ›Leistung‹, desto höher die Bank. Je höher das Stockwerk, desto höher der Rang derer, die darin sitzen. Die Statik verlangt immer noch ein paar Stockwerke mehr. Die Kapitalmacht wird sinnlich wahrnehmbar. Futurologie: Momente, die das Dorf nicht haben kann. Der futurologische Kongreß findet im BFG-Hochhaus statt. […]

FLIESSBANDGENÜSSE BEI BURGER KING

SELBSTBEDIENUNG ZAHLT SICH AUS: KLEIN DER PREIS UND GROSS DER SCHMAUSS

WHOPPER? DEN PACKST DU NUR MIT BEIDEN HÄNDEN

WIR HOFFEN, ES HAT EUCH GESCHMECKT, BEI BURGER KING IST STETS DER TISCH GEDECKT

Ich frage: »Ist es gut, hier in der Kaiserstraße zu stehen?«
Die Alte: »Ich bin studierte Neurologin. Studenten kommen auf mich zu. Das Jugendheer kommt auf mich zu. Es gibt kein Recht mehr. Man hat mich ausgenutzt.«
Ich: »Fühlen sie sich verfolgt?«
Die Alte: »Banditen. Überall! Ich bin nah am Tode und ich kämpfe immer weiter. Es ist gut hier in der Strasse. Ich muß aufpassen, sonst holen sie mich.«
Ich: »Woher kommen sie?«
Die Alte: »Ich komme aus Breslau. Ich war die Leiterin aller Nachtwachen sämtlicher Krankenhäuser. Ich war in Bayern. Ah, Wunderdoktor Niederbayern.«
Ich gebe ihr Geld. Sie nimmt es mit einer Handbewegung, als ob ich es ihr nicht gegeben hätte. Sie grüßt tief. Es ist 22.15 Uhr. […]

WARME APFELTASCHEN ZUM KAFFEE FÜR DAS KLEINE PORTEMONNAIE

DER BURGER KING LIEBT SAUBERKEIT,
IST‹S NICHT ›TIP-TOP‹ SAGT IHM BESCHEID

DER ARCHIVAR (8.7.76)

»Über die Kaiserstraße weiß ich wenig, denn der richtige Frankfurter ist da gar nicht hingekommen. Diese Straße hat mit Frankfurt nichts zu tun; die Frankfurter konnten da nicht einkaufen, die Geschäfte waren zu fein. Da will ich nur den Juwelier Koch nennen. Bei dem hat der Krupp für seine Frau eine Halskette für weißgottwievieltausend gekauft. Wir haben davon gehört. Aber für den Frankfurter war das geradezu schon ungemütlich. Man konnte in den Geschäften mit den Geschäftsleuten nichts reden, außer man kaufte für einen Batzen Geld ein. Wir Frankfurter kauften in der Fahrgast und um den Dom herum. Sie können sich nicht vorstellen, was für ein Leben da war. Viel mehr als in der Kaiserstraße. Da waren die echten Frankfurter. Da konnte man schwätzen, auch in den Läden und wurde nicht schief geschaut, wenn man nicht gleich etwas kaufte. Der Frankfurter hat in der Kleinmarkthalle gekauft. Ich weiß jetzt gar nicht, warum ich Ihnen das alles sage. Die Kaiserstraße interessiert mich eigentlich nicht. In meinem Bekanntenkreis wohnte

res als zum Beispiel die Reeperbahn in Hamburg. Zum einen, weils drumherum nicht nur das Westend gibt, sondern eben auch das Gutleut, Gallus und Bankenviertel. Zum anderen, weil's wirklich im Zentrum ist und auf diese Weise dann doch zum Alltag der Stadt gehört. Bänker, Pendler, Reisende – alle werden da irgendwie durchgeschleust und so entsteht dann eben doch wirkliche Urbanität, nämlich eine Verdichtung aller möglichen Widersprüche, die die gegenwärtige Gesellschaft zu bieten hat.

BANKENVIERTEL: GESPRÄCH

Das Bankenviertel ist Ausdruck einer ganz anderen Form von Urbanität als das Bahnhofsviertel. Die Urbanität ist hier nur symbolischer Art, konkret ist das Bankenviertel einfach vollkommen unbelebt und leer. Abstrakt aber sind die Hochhäuser von Wichtigkeit für die Stadt. Nicht nur definieren sie das Stadt-Bild als groß und bedeutend, ebenso repräsentieren sie ein spezifisches Selbstverständnis von Frankfurt. Früher war es einmal so, dass jeder für die Identität der Stadt

da niemand. Atmosphäre gabs vielleicht schon; jedenfalls mehr als heute. Heute gehn die Geschäfte kaputt. Die Kaiserstraße ist vergleichbar mit der heutigen Bahnhofsstraße in Zürich. So schön war die Kaiserstraße auch... aber dann kam der Krieg. Der Frankfurter erinnert sich nicht gern. Der Bahnhof wurde zum Verhängnis. Da stiegen die Soldaten aus, die wollten nicht weit laufen bis zu ihrem Vergnügen. Dann haben die Amis ihre ganzen Puffs reingemacht. Und die Juden. Die Stadt hatte Angst, ihre Geschäfte zu stören, nach dem, was passiert war. Das alles stößt mir schon sauer auf. So ne scheiß Straße. Die Fremden werden sagen: so ne scheiß Stadt. Das tut mir schon weh ...« […]

EWIGE KAISERSTRASSE

Durchbruch der Wallanlagen und Niederlegung, das sind die zentralen Begriffe des wirtschaftlich-ökonomischen Aufschwungs noch des gründerzeitlichen Frankfurts: Nachahmung der mächtigen Vorbilder Berlin, Paris und London. Die Kaiserstraße sollte fürderhin »Nützlichkeit mit Zierde verbinden«.

Das war 1873 und die Kaiserstraße hörte an der Taunusanlage/Gallusanlage auf. Mit dem Bau der stahlskelettierten Ruhmeshalle Hauptbahnhof 1888 auf dem Galgenfeld mußte die Kaiserstraße bis dorthin verlängert werden: Objekt der Repräsentation, feierlicher Aufmärsche und wirtschaftlicher Konzentration.

Gesäumt von wuchtig-imposanten Hotels, noblen Cafés und gediegenen Geschäften war sie eine wohlrenommierte Adresse. In dem Maße aber, wie der 2. Weltkrieg dann Breschen in die behäbigen Fassaden schlug, versanken auch die Erinnerungen an sie auf dem Trümmerhaufen.

Kaiserstraße: um den geschichtsträchtigen Ort der Krönungen zu dokumentieren, so interpretierten es die einen; Symbol der Reichseinheit durch den herrlich jungen Kaiser, die anderen. Nach dem Krieg schien es nie einen Nationalismus gegeben zu haben, die Kaiserstraße ward in Friedrich-Ebert-Straße umgewandelt: das verpflichtete alle.

Aber wie wurde die Kaiserstraße dann während des 3. Reiches genannt? Hitlerallee?! Die archivierten Dokumente verschweigen dies und eine solche Vergangenheitsbewältigung erklärt nichts als eine Geschichtslücke. Es ging nun mehr um einen Realienstreit, als die Kaiserstraße wieder in ihr angestammtes, übergeschichtliches Recht eingesetzt werden sollte, bis zum 9. Juni 1955 Friedrich Ebert eine neue (letzte?) Ruhestätte am ehemaligen Hohenzollernring zugewiesen wurde und die Frankfurter hatten ihre Kaiserstraße wieder. Doch hielten sie nicht nur den Schein einer belebten Vergangenheit in den Händen?

Die Kaiserstraße gleicht einem musealen Objekt: vom Roßmarkt bis zur Gallusanlage, vorbei am Kaiserplatz und dem Frankfurter Hof, sonnt sich in vergangenen Tagen und der Rest dieser stummen Meile bis zum Hauptbahnhof lebt aus Rechtfertigungen. Die vielbeschworene Exklusivität der Ladengalerie im BFG-Hochhaus ändert daran keinen Deut.

relevante Bereich sein eigenes Hochhaus hatte. Es gab den Euro-Tower, Messe- und AfE-Turm für Frankfurt als Stadt des Handels, der Banken und Gesellschaftstheorie. Heute kann man in das das Bahnhofsviertel überragende Bankenviertel die Dominanz des Finanzkapitals gegenüber dem klassischen Bürgertum hineinlesen. Bezeichnend ist auch, dass die neue EZB den ganzen alten Handelsplatz okkupiert hat.

INNENSTADT/ZEIL: ORTE

Frankfurter Hof: Eine Adresse, das erste Haus am Platz. Vor dem Hotel sprudelt ein Brunnen, der aussieht wie ein Cocktailglas, aus dem ewig der Champagner fließt. Gebürtige Frankfurter*innen erkennt man daran, dass sie in eine Stimmung andächtiger Ehrfurcht geraten, wenn vom Frankfurter Hof die Rede ist.

Goethe-Platz: Vor noch nicht langer Zeit umgestaltet. Merkwürig an dem Platz wie charakteristisch für Frankfurt überhaupt, dass es keine Bänke gibt und wenn mal Sitzgelegenheiten da sind, dann sind sie gnadenlos unbequem und immer so aufgestellt, dass sich ja keine größeren Gesprächsgruppen bilden können.

Eschenheimer Tor: Könnte so schön sein. Ein Platz, dessen Lage und Größe für Stadtplaner*innen andernorts wohl nahegelegt hätte, dort eine lebendige Öffentlichkeit zu ermöglichen, Cafés anzusiedeln, usw. Nicht so in Frankfurt. Hier durchziehen monströse Auto-Straßen den Platz, schneiden jede Möglichkeit zur Kommunikation ab und dementieren jede Einladung zum Aufenthalt.

Zeil-Galerie: Architektonisch raffiniertes Einkaufszentrum. Man kann ohne eine einzige Treppe zu nehmen hoch und runter kommen. Beinhaltet absurde Läden, wie zum Beispiel eine Minigolfbahn, früher auch mal ein 3D-Kino. Wird leider bald abgerissen.

GALLUS VS. EUROPAVIERTEL

Neubau-Gentrifizierung im Kontext stadtpolitischer Aufwertungsstrategien

SEBASTIAN SCHIPPER & FELIX WIEGAND

2015

STADTGESTALTUNGEN

Der Begriff Gentrifizierung beschreibt stadtteilbezogene Aufwertungsprozesse, bei denen »immobilienwirtschaftliche Strategien der Inwertsetzung und/oder politische Strategien der Aufwertung den Austausch der Bevölkerung für ihren Erfolg voraussetzen« (Holm 2014: 102).[1] Verdrängung, ausgelöst durch steigende Mieten und/oder den Abriss bislang vergleichsweise günstigen Wohnraums, stellt also keinen ungewollten Nebeneffekt dar, sondern ist der Kern der Gentrifizierung. Im Anschluss an die globale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 lässt sich gegenwärtig in vielen Städten in Deutschland und anderswo eine neue Phase von derartigen Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen beobachten. Um den jeweils konkreten Verlauf solcher Prozesse verstehen zu können, sind neben globalen Tendenzen jedoch ebenso die nationale Regulierung von Finanz- und Wohnungsmärkten, lokale politische Machtverhältnisse sowie stadtteilbezogene Spezifika und Pfadabhängigkeiten zentral. Am Beispiel des traditionellen Arbeiter*innenviertels Gallus in Frankfurt/Main kann man bezüglich letzterem anschaulich zeigen, dass Gentrifizierungsprozesse von stadtpolitischen Akteuren und öffentlichen Unternehmen (wie der Deutschen Bahn AG) gewollt und jahrelang aktiv vorangetrieben worden sind. Der Stadtteil ist aufgrund seiner innerstädtischen Lage und umfangreicher Neubauprojekte auf ehemaligen Industriebrachen, wie etwa dem Europaviertel, im Zuge des durch die globale Finanzkrise induzierten Immobilienbooms seit 2010 zu einem neuen Hotspot von Aufwertung und Verdrängung avanciert und dabei jüngst in den Fokus öffentlicher Debatten gerückt.

DAS NEUE GALLUS: WOHNEN IM EUROPAVIERTEL

Mit rund 145 Hektar Fläche und einer Investitionssumme von mehreren Milliarden Euro ist das in nördlicher Nachbarschaft zum Gallus gelegene (und administrativ diesem zugehörige) Europaviertel eines der zurzeit umfassendsten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Nach seiner Fertigstellung Anfang der 2020er Jahre soll es, so die offiziellen Angaben, neben 30.000 Arbeitsplätzen und Erweiterungsflächen für die Messe auch bis zu 6.000 Wohnungen bieten (Um die

MyZeil: Umgangssprachlich Frankfurter Rosette, Frankfurter Arsch oder auch einfach nur das Loch genannt. Von woher auch immer diese Bezeichnungen geprägt werden. Angeblich soll es die längste Rolltreppe Europas beinhalten. Angesichts der Rolltreppen, mit denen man in einigen osteuropäischen Ländern in die U-Bahnschächte fährt, ist das aber kaum zu glauben.

Galeria-Kaufhof: Kaufhaus alten Stils. Hat eine Dachterasse, von der aus sich ein spektakulärer Blick auf Frankfurt eröffnet.

INNENSTADT/ZEIL: GESPRÄCH

Eine Eigentümlichkeit von Frankfurt ist im Vergleich zu den anderen beiden deutschen Großstädten Hamburg und Berlin, dass Frankfurt eine Großstadt im Abstrakten ist. Blickt man von irgendeinem Aussichtspunkt auf die Stadt, hat man, anders als in Berlin, wo man eigentlich nur Wald sieht, den Eindruck an einem wirklich bedeutenden Ort zu sein. Nicht nur die Skyline und wenn man ankommt das Bahnhofsviertel erzeugen den Eindruck von Großartigkeit – überhaupt scheint es Frank-

Dimensionen zu verdeutlichen: Im Gallus gibt es bislang ca. 16.000 Wohneinheiten). Seinen Ausgang nahm das Projekt Mitte der 1990er Jahre, als die Deutsche Bahn AG die Aufgabe des Hauptgüterbahnhofs bekannt gab. Neben dem Rückgang des Transportvolumens im Güterverkehr lässt sich diese Entscheidung insbesondere auf das gesteigerte Interesse der Bahn an einer möglichst profitablen Verwertung ihrer größtenteils innenstadtnahen Liegenschaften zurückführen (Langhagen-Rohrbach 2003: 147 f.).[2]

Als Startschuss für das Europaviertel diente eine bereits vor der 1998 erfolgten Betriebsaufgabe des Güterbahnhofes veröffentlichte Absichtserklärung, in der eine der beiden neuen Grundstückseigentümerinnen, die Stadt Frankfurt sowie die Firma *Stella AG* den Bau eines mehr als eine Milliarde DM teuren *Urban Entertainment Centers* am östlichen Geländeeingang ankündigten. Dieses Vorgehen ist charakteristisch für den gesamten Planungsprozess, in dem die Eckpunkte des Projektes durch Absprachen einflussreicher Akteure vorab festgelegt wurden und die Stadt eine profitorientierte Entwicklung durch das Aufstellen eines großzügigen Hochhausentwicklungsplanes sowie den weitgehenden Verzicht auf sozialpolitische Vorgaben aktiv beförderte. Zudem wurde – zumindest zu Beginn – über zentrale Planungsschritte, wie z. B. die Erstellung des Rahmenplanes, »hinter verschlossenen Türen« (ebd.: 149), d. h. ohne Beteiligung einer kritischen Öffentlichkeit entschieden. Auch deshalb blieben frühzeitige Warnungen einer Bürgerinitiative und von kritischen Stadtforscher*innen, dass vom Europaviertel »eine Sogwirkung auf das benachbarte Gallus ausgehen« werde, weitgehend ungehört: »Die dortigen Mietpreise werden steigen, Wohnungen werden luxussaniert werden, Leute mit wenig oder ohne Einkommen strukturell verdrängt«, so die Wohnraumbeschaffungsinitiative Gutleut (WobiG 1998).

Betrachtet man die konkreten Projekte, die im Europaviertel entlang der in Ost-West-Richtung verlaufenden Europa-Allee realisiert worden sind, wird ersichtlich, warum diese Befürchtungen mehr als berechtigt sind. So entstanden seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre im östlich der Emser Brücke gelegenen Areal neben der bereits 2001 abgeschlossenen Erweiterung der Frankfurter Messe mehrere Hotels, Geschäfts- und Büroflächen sowie Gebäudekomplexe mit hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungen in geschlossener Blockrandbebauung. Zudem wurden hier anstelle des zunächst geplanten Urban Entertainment Centers das Einkaufszentrum *Skyline Plaza* sowie ein Kongresszentrum gebaut und 2013 bzw. 2014 eröffnet. Weitere Büro- und Wohnhochhäuser werden aktuell geplant und sind bereits im Hochhausrahmenplan der Stadt Frankfurt vorgesehen.

Im Unterschied zu dieser sehr verdichteten Bebauung und dem hohen Anteil gewerblicher Nutzung war der westliche, auf den ehemaligen Gleisanlagen des Güterbahnhofes gelegene Teil des Europaviertels von Beginn an mehrheitlich als weitläufiges Wohnquartier vorgesehen. Obwohl der Planungsprozess unter stärkerer Beteiligung von Ortsbeirat und Bürgerinitiativen verlief als im östlichen Teil, konnten Grundstückseigentümerin und Investoren auch hier in wichtigen Fragen (z. B. die Größe des zentral gelegenen Parks, der Verlauf der U-Bahn-Verlängerung und die Aufteilung der hierfür anfallenden Kosten oder die Preisstruktur der angebotenen Wohnungen) ihre Interessen durchsetzen (Langhagen-Rohrbach 2003: 161 ff.). Da die Bahn das Areal noch bis Mitte der 2000er Jahre als Rangierfläche nutzte, aber auch, weil ein zu diesem Zeitpunkt kriselnder Immobilienmarkt zu geringe Renditeaussichten eröffnete (Kirst 2006: 58 f., 80 f.), wurde in diesem Teil des Europaviertels erst Ende des Jahrzehntes, d. h. mit Einsetzen des jüngsten Immobilienbooms, tatsächlich mit dem Bau begonnen.

Seither entstehen dort rund um einen 6 Hektar großen Park, den Europagarten, verschiedene Wohnquartiere sowie zwei gemischt genutzte Abschnitte, in denen Büros, Nahversorger, Kitas usw. untergebracht werden. Dominiert wird das Bild dabei von Projekten wie der gehobenen Wohnanlage *Central & Park* oder dem selbsternannten ›Edelquartier‹ *Parkend*, in denen Mieter_innen und Käufer_innen das Gefühl vermittelt werden soll, »weit weg vom Mittelmaß« zu sein. Ein Gefühl, das unter gänzlich anderen Vorzeichen wohl auch die rumänischen Bauarbeiter im Europaviertel hatten, die im Oktober 2012 aus Protest gegen ihren Stundenlohn von 1,09 Euro ihre Arbeit niederlegten (vgl. FR vom 26.10.2012).

Nicht weit entfernt von *Parkend* entstehen die beiden Wohntürme *Westside Tower* und *Axis*, wo für bis zu 20 Euro/m² Miete bzw. knapp 10.000 Euro/m²

furt im Sinn zu haben, sich als Metropole zu inszenieren. Wichtiges Kriterium der Stadtplanung ist immer der Superlativ, kaum irgendwo sonst gibt's wohl eine derartige Häufung an absurden Rekorden: Höchster Holzturm der Welt, längste Rolltreppe Europas und so weiter. Und dann hat man ja auch noch Goethe, großartigster und wichtigster Schriftsteller überhaupt, der nicht umsonst in Frankfurt geboren ist, auch wenn er später von der Stadt nicht mehr allzuviel wissen wollte. Die Stadt umgekehrt von ihm dafür desto mehr, kaum ein Ort in Frankfurt, an dem Goethe jemals gewesen ist, der nicht triumphal damit prahlt. Die Großartigkeit ist dann aber ziemlich unbewohnbar. Der Innenstadtbereich ist durchfurcht von Hauptverkehrsstraßen, es gibt kaum Plätze und nur eine extrem durchkommerzialisierte Öffentlichkeit. Konkret wird dadurch Urbanität im Sinne möglichst weiter, offener und vielschichtiger Kommunikationsräume eher verhindert.

Kaufpreis mit einem Concierge-Service oder einem eigenen Hundewaschplatz geworben wird. Kaum geringer fallen die Preise für die Wohnungen aus, die die landeseigene, öffentliche Wohnungsbaugesellschaft *Nassauische Heimstätte (NH)* über ihr Tochterunternehmen *NH ProjektStadt GmbH* realisiert. Etwas günstiger, für untere Einkommensschichten jedoch ebenfalls unerschwinglich, sind die 12 bis 15 Euro/m², welche die städtische Wohnungsbaugesellschaft *ABG* Holding für ihre Mietwohnungen verlangt.

Als Sozialwohnungen dienen lediglich die 400 Wohneinheiten der *Helenenhöfe*, die am nordwestlichen Ausgang des Europaviertels von dem privaten Wohnungsbauunternehmen *Sahle Wohnen* errichtet und später für 5 bis 5,50 Euro/m² an anspruchsberechtigte Haushalte vermietet werden. Vor dem Hintergrund, dass es sich dabei lediglich um knapp 7 Prozent des gesamten Wohnangebots handelt, mutet es zynisch an, wenn der städtische Planungsdezernent Olaf Cunitz (Die Grünen) die *Helenenhöfe* als deutlichen Beleg dafür wertet, »dass im Europaviertel nicht nur hochpreisige Wohnungen entstehen« (FNP vom 08.03.2014).

Zu berücksichtigen ist zudem, dass Sozialwohnungen in Hessen nur für 5 bis maximal 20 Jahre der Belegungs- und Preisbindung unterliegen. Nach Ablauf der Bindungsfrist dürfen aber auch diese Wohnungen zu Marktpreisen vermietet oder verkauft werden.

Als Fazit kann man festhalten, dass im Europaviertel nördlich des alten Gallus überwiegend gehobener und luxuriöser Wohnraum entsteht, weil politische Entscheidungsträger*innen bewusst darauf verzichtet haben, den potenziell tiefgreifenden Einfluss der öffentlichen Hand zu nutzen, um Wohnraum für unterschiedliche Einkommensgruppen zu ermöglichen. Stattdessen entsteht auf dem Areal des Europaviertels zu über 90 Prozent gehobenes Wohnen (ab 12 Euro/m² Miete), weil

1.) die öffentlichen Flächen der DB profitorientiert verwertet und privatisiert worden sind

2.) eine investorenfreundliche Stadtplanung weitgehend marktorientiert und »flexibel bis zum Anschlag« (Heeg 2012) agiert hat, und

3.) die städtischen (*ABG*) und landeseigenen (*NH*) Wohnungsbauunternehmen selbst profitorientiert handeln und lediglich hochpreisige Segmente bedienen.

WOHNUNGSBAU AUF WEITEREN KONVERSIONSFLÄCHEN IM ALTEN GALLUS

Die dargestellten Entwicklungstendenzen beschränken sich indes nicht nur auf die Neubauten im Europaviertel, sondern treffen in leicht abgeschwächter Form ebenso auf die zahlreichen hochpreisigen Wohnungsbauprojekte zu, die infolge des kriseninduzierten Immobilienbooms seit etwa 2010 im Bereich des alten Gallus verwirklicht werden. So entstehen etwa auf den wenigen noch vorhandenen Baulücken und Konversionsflächen im östlichen Bereich des Gallus ca. 300 Miet- und Eigentumswohnungen, die mit einer Preisspanne von 3500 - 5500 Euro/m² zwar nicht ganz das Topniveau des benachbarten Europaviertels erreichen, sich aber ebenfalls eindeutig an ein zahlungskräftiges Milieu richten.

Noch umfangreicher wird im westlichen Teil des Gallus gebaut, wo auf den Flächen ehemaliger Autohäuser, Handwerksbetriebe und Getränkemärkte sowie auf einem Areal der früheren Adlerwerke, das seit der Immobilienblase Anfang der 1990er Jahre brach lag, neue Miet- und Eigentumswohnungen entstehen. Wie umfassend der Aufwertungsprozess inzwischen ist, verdeutlicht die Preisstruktur der Neubauten: Während im Fall des bereits fertiggestellten ›Mehrgenerationenquartiers‹ Frank an der Frankenallee zumindest ein geringer Teil der Wohnungen öffentlich gefördert ist und sich die Mieten (12 Euro/m²) als auch Eigentumspreise (3.000 Euro/m²) auch im frei finanzierten Bereich eher am unteren Durchschnitt des Europaviertels orientieren, fallen sie in den z. T. frühzeitig an institutionelle Investoren verkauften Projekten wie den *Lahn'schen Höfen* oder den diversen Town- und Roofhouses der *Adler Quartiere* deutlich höher aus. Gleiches gilt beispielsweise für das von einem privaten Investor zum hochpreisigen ›Studentenwohnhaus‹ umgebaute ehemalige Ordnungsamt, in dem die 390 maximal 24m² großen Zimmer um 550 Euro warm kosten sollen. Die generelle Stoßrichtung all dieser – und mehrerer weiterer – Projekte offenbart der Vorstandsvorsitzende des Immobilienunternehmens *Opera One AG*, Ralph Jerey, der angesichts des von seiner Firma geplanten »hoch attraktiven« Wohnquartiers *Gallus Gärten* »von einem ›neuen Gallusviertel‹ [träumt] und von einer ›Insel‹ spricht, auf der er mittleren und gehobenen Wohnungsbau realisieren will.« (FAZ Rhein-Main, 29.7.2012)

›NIEMAND HAT DIE ABSICHT, DAS GALLUS ZU GENTRIFIZIEREN ...‹

Die Aussicht, im Gallus höhere Mieten und Wohnungspreise erzielen zu können, hat in den letzten Jahren eine umfassende Neubautätigkeit auf industriellen Brachflächen, insbesondere im Europaviertel, nach sich gezogen. Damit einhergehen Befürchtungen innerhalb der ortsansässigen Bevölkerung, dass das massive Investitionsvolumen im Neubau zu Ausstrahlungseffekten auf die noch relativ günstigen Bestandswohnungen in der unmittelbaren Nachbarschaft führen könnte und somit zukünftig eine Welle der Neubau-Gentrifizierung zu erwarten sei. Ein derartiger Zusammenhang wird jedoch bemerkenswerterweise von stadtpolitischen Entscheidungsträger*innen in der Regel vehement bestritten. So betont etwa der grüne Stadtplanungsdezernent Olaf Cunitz in einem Zeitungsinterview, dass der Wohnungsneubau im gehobenen Preissegment »eine sozialverträgliche Durchmischung und Aufwertung« verspräche, wobei Sorgen von Anwohner*innen, das Wohnen im Gallus werde durch solche Projekte auf lange Sicht teurer, »unbegründet« seien (FR vom 10.07.2013). Vielmehr entstünde auf ehemaligen Gewerbebrachen »viel neuer Wohnraum ohne Verdrängung alteingesessener Mieter« (FR vom 20.11.2013).

Im Unterschied zum obersten Stadtplaner kommt der Gutachterausschuss für Immobilienwerte der Stadt Frankfurt hingegen zu einem etwas differenzierteren Fazit. In seinem Bericht von 2014 heißt es, dass »der

ARISE

Wohnungsneubaumarkt und die Umwandlungswelle mittlerweile das Gallus erreicht [haben]. Neben der nachgefragten Innenstadtlage kommt die Nähe zum Europaviertel diesem Quartier zu Gute [Anm. d. Verf.: Natürlich kommt diese Entwicklung nicht ›dem Quartier‹, sondern den dortigen Immobilienbesitzer*innen zu Gute]. Ob dies im Endeffekt zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur führt, wird sich in den nächsten Jahren zeigen« (Gutachterausschuss 2014: 11).

Im Gegensatz zu den Beschwichtigungen des Frankfurter Stadtplanungsdezernenten deuten die erheblichen nahräumlichen Preisdifferenzen darauf hin, dass Befürchtungen vor einem Prozess der Neubau Gentrifizierung sehr wohl berechtigt sind. Denn aus Sicht privater Investoren gibt es keinen Grund, warum nach Aufwertung, Modernisierung oder Abriss die Mieten im jetzigen Bestand dauerhaft niedriger sein sollen als diejenigen, die sich auf den Neubauflächen nebenan realisieren lassen.

Insofern Investoren also angesichts der zu erwartenden Ausstrahlungseffekte darauf spekulieren, zukünftig im Gallus ein höheres Mietniveau durchsetzen zu können, lassen sich erstens die daraus resultierenden immobilienwirtschaftlichen Strategien der Inwertsetzung als zentrale Dynamik einer Neubau-Gentrifizierung identifizieren. Diese wird zweitens durch die Funktionsweise des Mietspiegels befördert. Da die hohen Mietabschlüsse im Europaviertel und in den Neubauten im alten Gallus zukünftig in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete einfließen,[3] werden erhebliche Mieterhöhungen im Bestand ermöglicht. Und schließlich ist drittens zu erwarten und z. T. bereits zu beobachten, dass es infolge städtebaulicher Maßnahmen (z. B. im Rahmen des Programms *Soziale Stadt*) und des vermehrten Zuzugs einkommensstarker Haushalte zu einer symbolischen Aufwertung des städtischen Raums, zu neuen Nachfragemustern sowie zu einer veränderten Gewerbestruktur kommt, wodurch Verdrängungsprozesse verstärkt werden.

Stadtpolitisch ermöglicht und befördert worden ist diese Entwicklung, weil öffentliche Flächen im Besitz der *Deutschen Bahn AG* profitmaximierend privatisiert worden sind, auch landeseigene und städtische Wohnungsbauunternehmen ausschließlich im gehobenen bis luxuriösen Wohnungsmarktsegment agieren sowie zudem stadtplanerische Instrumente des Baurechts bewusst nicht eingesetzt worden sind.

Letztere hätten in Gestalt von Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen genutzt werden können, um Sozialwohnungen im relevanten Umfang zu schaffen oder Bauflächen für gemeinnützige Akteure vorzuhalten (wie etwa Genossenschaften oder dem Mietshäusersyndikat), die aufgrund ihrer nicht-profitorientierten Ausrichtung erfahrungsgemäß weitaus günstigeren Wohnraum schaffen können. Nahezu idealtypisch kann man daher am Gallus zeigen, dass (Neubau-)Gentrifizierung kein natürliches Resultat rein ökonomischer Marktkräfte ist, sondern wesentlich von lokalen politischen Kräfteverhältnissen geprägt wird.

Bislang waren selbige in Frankfurt durch eine jahrzehntelange hegemoniale Zustimmung zur unternehmerischen Stadt gekennzeichnet, insofern städtische Eliten nahezu konsensual die Aufwertung innerstädtischer Viertel als Instrument im Wettbewerb um gehobene Mittelschichten und globale Wissensnomaden begrüßt und vorangetrieben haben (Schipper 2013). Angesichts der eskalierenden Widersprüche und zunehmenden Proteste lassen sich gegenwärtig jedoch zumindest im Bereich der Wohnungspolitik gewisse Risse identifizieren.

So fordert beispielsweise der Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), die Mieten in ABG Wohnungen für drei Jahre praktisch einzufrieren (wovon 30% aller Haushalte im Gallus und 20% aller Mieter*innen in Frankfurt direkt profitieren würden), um Verdrängungsprozesse zu bremsen – womit er sich jedoch bislang nicht gegen die schwarz-grünen Mehrheiten in Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Aufsichtsrat durchsetzen konnte.

Nichtsdestotrotz bieten derartige Brüche innerhalb der politischen Eliten durchaus Potenzial, um über außerparlamentarischen Druck lokale Kräfteverhältnisse zu verschieben und eine progressivere Wohnungspolitik durchzusetzen

Gegenwärtig unternehmen vor allem verschiedene Mieterinitiativen gemeinsam mit stadtpolitischen Aktivist*innen Schritte in diese Richtung, indem sie sich unter dem Motto »Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?« in die Stadtpolitik einmischen.[4] In einer gesellschaftlichen Situation, in der ein temporärer Mietenstopp zumindest wieder ernsthaft diskutiert werden kann, lassen sich dabei sogar weitergehende Forderungen nach einer Dekommodifizierung des Wohnens und einer grundlegenden Demokratisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft stark machen.[5]

*.LIT

GUTACHTERAUSSCHUSS FÜR IMMOBILIENWERTE (2014): *Immobilienmarktbericht für den Bereich Frankfurt am Main*. Frankfurt.

HEEG, SUSANNE (2012): *Flexibel bis zum Anschlag: Bauen und Planen für die Global City Frankfurt*. In: AK Kritische Geographie Frankfurt (Hg.): Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012. Frankfurt am Main, 75–85.

HOLM, ANDREJ (2014): *Gentrifizierung – mittlerweile ein Mainstreamphänomen?* In: Informationen zur Raumentwicklung 4, 277–290.

KIRST, VOLKER (2006): *Die Entwicklung des Gallusviertels seit 1970 unter besonderer Berücksichtigung des Strukturwandels an drei Beispielen*. Unveröffentl. Diplomarbeit am Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung, Goethe-Universität.

LANGHAGEN-ROHRBACH, CHRISTIAN (2003): *Räumliche Planung in Deutschland und der Schweiz im Vergleich. Rahmenbedingungen, Akteure und praktische Umsetzung, dargestellt an den Beispielen Europaviertel (Frankfurt am Main) und Zürich West*. Frankfurt: Rhein-Mainische Forschung.

SCHARDT, JÜRGEN (2012): *Das bundesdeutsche Vergleichsmietensystem und der Frankfurter Mietspiegel 2010*. Frankfurt.

SCHIPPER, SEBASTIAN (2013): *Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960–2010*. Münster.

WOBIG (1998): *»Spaß muß sein«. Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Güterbahnhof*. In: diskus. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, 1/98.

*.NOTES

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen stark gekürzten Auszug aus dem Artikel »Neubau-Gentrifizierung und globale Finanzkrise. Der Stadtteil Gallus in Frankfurt a.M. zwischen immobilienwirtschaftlichen Verwertungszyklen, stadtpolitischen Aufwertungsstrategien und sozialer Verdrängung« der im November 2015 in sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung erscheint. Siehe: http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban.

2 Dieses Interesse ist selbst eine direkte Konsequenz der 1994 erfolgten Gründung der Deutschen Bahn AG als privatrechtliche, profitorientierte Aktiengesellschaft. Es fand seinen Ausdruck u. a. in dem Konzept Projekte 21, wonach in rund zwanzig deutschen (Groß-)Städten der Bahnbetrieb räumlich neu geordnet und die auf diesem Weg frei werdenden Betriebsflächen für groß angelegte Stadtentwicklungsprojekte genutzt werden sollten. In Gestalt von Frankfurt 21 war dieses Vorhaben auch in der Mainmetropole geplant. Während die Verlagerung des Hauptbahnhofes unter die Erde im Jahr 2001 aus Kostengründen (vorläufig) gescheitert ist, wurden die Pläne, das Areal des Hauptgüterbahnhofes als Stadtentwicklungsgebiet zu nutzen, ab 1997 als eigenständiges Projekt weiterverfolgt und schließlich in Gestalt des Europaviertels realisiert.

3 Zur Funktionsweise von Mietspiegeln siehe Schardt (2012).

4 Siehe http://www.stadt-fuer-alle.net/.

5 http://www.autistici.org/abgkampagne/wp-content/uploads/2015/04/Forderungen.pdf.

BLICK AUF FRANKFURT II

DISKUS UNTERWEGS, 2015

VOR DEM SKYLINE PLAZA

Es sieht aus wie eine Wüste und man kann sich nicht vorstellen, dass hier irgendjemand lebt.
Alle Leute wirken wie Aliens. Einfach weil es nicht so wirkt als wäre es für Menschen gebaut.
Hier ist das Gebiet des ehemaligen Güterbahnhofs – der war dort hinten links. In der Mitte der 80er gab es tausend verschiedene Pläne, was man hier mal hinmachen könnte. Erst gab es ganz viele Investoren, die hochklassiges Wohnen bauen wollten – die sind dann alle pleite gegangen. Dann ist jahrelang nichts passiert. Dann sollte dieses – wo wir auch den Artikel zu haben – dieses *Urban Entertainment Center* gebaut werden – das hat dann auch nicht geklappt. Und irgendwann haben sie leider irgendwie doch Geld zusammen gekriegt, dieses extrem komische Gebäude hier gebaut und dahinter dieses tote Viertel – was an dieses tote Hamburger Stadtviertel, das die neu gebaut haben, erinnert.
Die Hafen City.
Genau. Auch von der Vitalität, die es ausstrahlt.

»SPASS MUSS SEIN«

Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Güterbahnhof

WOBIG

1998 / HEFT 1-2

STADTGESTALTUNGEN

Dieser Artikel erschien im Jahr 1998, in einem Wiedererweckungsversuch des damals brachliegendem Formats *diskus*, der bis heute mehroder weniger erfolgreich ist. Aus einem sehr langen Editorial wurde folgender Abschnitt zur Einleitung von uns ausgesucht:

»Die eindeutigen Standpunkte, von denen aus man einst in klarem Ton klare Botschaften verkünden zu können glaubte, sind mehr als fragwürdig geworden. Radikale Kritik hat gegen eine Vielzahl von Herrschaftsverhältnissen anzugehen. Und selbst das ist eine Phrase. Auf eine – apodiktisch verkündete – Linie wollen und können wir uns nicht festlegen. Wenig ist so langweilig und daneben, wie ein Organ vonwemauchimmer zu sein. Insofern: Es gibt Schwierigkeiten und begründete Unlust, eine Programmatik zu formulieren. Nur soviel: Wir verstehen die Zeitung als Diskussionszusammenhang der politischen ›Neo-Linken‹ (gut gelabelt), orientiert an radikaler Hochschul- und Gesellschaftskritik – so, Duftmarken sind gesetzt.«

(diskus-Redaktion 1998)

»Das Urban Entertainment Center (UEC) wird auf einer Fläche am Hauptgüterbahnhof entstehen. In Absprache und Abstimmung mit der Stadt Frankfurt hat die Stella AG ein Konzept zur Bebauung eines 40.000 Quadratmeter großen Areals erarbeitet. Als Standort vorgesehen ist das Areal im östlichen Bereich des Hauptgüterbahnhofs, das durch die Eisenbahn-Immobilien-Management GmbH (EIM) – einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG – vermarktet wird.«

(aus der Presseerklärung der Stadt Frankfurt vom 26.11.97)

Großartiges erwartet uns im Frankfurt des 21. Jahrhunderts. Vergnügen, Spektakel, Schnickschnack – im geplanten *Urban Entertainment Center (UEC)* wird das komplette Programm geboten. *Walt Disney* raus aus den Kinderzimmern, hinein ins zukünftig pralle Leben der Innercity.

Der innerstädtische Güterbahnhof hat seine Funktion als Verlade- und Transportstation im Zuge stadt-ökonomischer Umstrukturierung und Deindustrialisierung eingebüßt. Der ehemalige Bezugsrahmen hat seine Geltung verloren, ein neuer noch keine festen Umrisse gewonnen. Die Funktion des derzeit brachliegenden Geländes soll nun neu definiert werden.

Daß es sich bei diesem Projekt nicht nur um eine Ergänzung des Frankfurter Kulturangebots handelt, sondern UECs für die Durchsetzung neuer städtischer Modelle stehen, damit beschäftigt sich der folgende Beitrag. Anhand der Konzeption des UECs am Frankfurter Güterbahnhof läßt sich verdeutlichen, wie Engagement und Zielvorstellungen unterschiedlicher Akteurinnen – hier *Bahn AG*, Stadtpolitik, *Stella AG* – konstitutiv ineinandergreifen.

Dabei wird sich zeigen, daß sich die Umgestaltung des Güterbahnhofsgeländes in einen Unterhaltungskomplex nicht nur anhand klassischer ökonomischer Aspekte verstehen lässt, sondern auch als Terrain ›symbolischer Ökonomie‹ anzusehen ist: Raum und Symbolproduktion werden eingesetzt, die durch die Konstruktion von Identifikationen und Identitäten den Erfolg des Unternehmens sichern. Kultur, Fun, Event sind Symbole, mit denen UECs arbeiten.

Früher war hier im Gallus und im Gutleut auch viel Industrie, es haben viele Menschen auch im Stadtteil gearbeitet. Das war ein bisschen der innerstädtische, industriell geprägte Bereich Frankfurts und das hier war der zugehörige Verladeplatz. Dadurch dass das größtenteils zugemacht und sich die Stadtteilstruktur verschoben hat, wurde der Güterbahnhof ein bisschen überflüssig. Daher wurde entschieden, den zu schließen und dadurch auch Fläche freizumachen, weil es ja nun mal Platzknappheit in Frankfurt gibt. Dann hat man es aber trotzdem lange nicht geschafft, was damit zu machen.

Und ich hab immer wieder gehört – das kommt auch ein bisschen in dem Artikel von Wiegand und Schipper vor – die Wohnungen sind wohl fast alle verkauft, aber viele der Wohnungen fungieren hauptsächlich als Anlagemöglichkeiten. Die Mietwohnungen sind im Gegensatz dazu aber kaum gefragt. Zudem sind die meistens so geschnitten, dass nur Singles darin wohnen können – ansonsten sind sie gar nicht soo teuer.

DIE STADT

»Mit einem innerstädtischen Erlebniszentrum mit Musicaltheater positioniert sich Frankfurt in einem strategisch wichtigen Entwicklungsbereich«

Petra Roth

Frankfurt wurde in den letzten Jahrzehnten zur internationalen Dienstleistungsmetropole ausgebaut. Mit der verstärkten Ausrichtung an einer Headquarter-Economy, von Banken, Versicherungen und multinationalen Konzernen, wuchsen sozialräumliche Widersprüche zwischen der traditionellen fordistischen Mittelschicht einerseits und der neuen Klasse städtischer Professioneller andererseits. In der Ära Walter Wallmanns schien es zu gelingen, stadtpolitisch einen Kompromiß zwischen diesen verschiedenen städtischen Fraktionen herzustellen. In der baulichen Umwelt sichtbar ist dieser Kompromiss besonders in den Großprojekten dieser Zeit: der Römerberg-Bebauung, dem Wiederaufbau der Alten Oper und der Errichtung der Museumslandschaft. Diese Projekte bedienten sowohl das kleinbürgerlich-provinzielle Milieu als auch die neue städtische Dienstleistungsklasse. Diese Rolle der gemeinwohlorientierten Stadt, während der Wallmann-Zeit noch teilweise konservativ gewendet aus dem Fordismus übernommen, ist inzwischen dem Modell ›Unternehmen Stadt‹ gewichen. So versucht sich die *Frankfurt GmbH* im Standort-Wettbewerb der europäischen Metropolen um Investitionen und Niederlassungen und als Wohnort städtischer Professioneller zu ›positionieren‹. Hierfür nutzt die Stadt vielfältige Möglichkeiten, in die bauliche Umwelt einzugreifen. Sie tritt jedoch nicht mehr, wie unter Wallmann, als Bauherrin oder Auftraggeberin auf, sondern zieht sich auf Ermöglichung und Lenkung der Investitionen zurück. Dies jedoch mit klarem Ziel: die Stellung zu sichern, die die Finanz- und Dienstleistungsmetropole Frankfurt in der internationalen Ökonomie einnimmt.

So widmet die Stadt Industrieflächen in solche für Büroraum um. Mittels Planungsrecht schuf sie die Möglichkeit, die Produktionsstätten der *Adlerwerke* im Gallus in einen postmodernen Bürokomplex umzuwandeln, in dem sich Marketingagenturen und weitere Dienstleisterinnen der Headquarter-Economy niedergelassen haben. Die Stadt setzt ihre eigenen Bebauungspläne außer Kraft, damit im Bahnhofsviertel die Hochhäuser der *Dresdner Bank* und der *Phillip-Holzmann-AG* entstehen können. Sie bringt Grundstücke in Public-Private-Partnerships – wie etwa bei der ›Entwicklung‹ des Westhafen-Areals — ein, um dort Wohnungen für gehobene Ansprüche mit Yachthafen vor der Haustür zu bauen. Auf dem Güterbahnhofsgelände hat die Stadt per Planungsrecht den der Messe zugewandten Teil als Messe-Erweiterungsgebiet ausgewiesen, eine Quasi-Subventionierung zum »Erhalt und der weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Messe Frankfurt GmbH«.[1]

Neben der räumlichen Ausdehnung der Headquarter-Economy und dem Ausbau von Wohnraum für die dort Beschäftigten versucht die Stadt zunehmend, die symbolische Ökonomie zu managen, wie sich bei der Umgestaltung des Güterbahnhof-Areals zeigt. Es wird verstärkt auf Freizeit- und Unterhaltungsindustrie als profitträchtige Branchen gesetzt: Im der City zugewandten Teil soll das *Urban Entertainment Center* der Pflock sein, der den neuen Claim der *City 2* absteckt.

DIE BAHN AG

»Gerade in Deutschland bildet die Eisenbahn den Motor der Stadtentwicklung«

Heinz Dürr

Das Güterbahnhof-Areal galt schon in den Achtzigern, nachdem die (damalige) Bundesbahn die Auslagerung des Güterbahnhofs ›auf die grüne Wiese‹ nach Raunheim bekannt gegeben hatte, als Nukleus einer zukünftigen *City 2*. Ein enormes innenstadt-, messe-, bahnhofs- und autobahnnahes Gelände wartete auf Erschließung. Auf der Architekturbiennale in Venedig 1996 präsentierte das von der *Bahn AG* beauftragte Architektenbüro Gerken, Marg und Partner (GMP) neben den Projekten *Bahnhof 21* Pläne für die Bebauung des Güterbahnhof-Areals mit Büro- und Wohnraum für den ›gehobenen Bedarf‹, deren Aktualisierung sich derzeit mit dem neuen Projekt des UECs vollzieht.

In dieser Ausstellung unter dem Titel *Renaissance der Bahnhöfe* stellte sich die *Bahn AG* auch als größte Besitzerin von innenstadtnahen Liegenschaften vor. Insgesamt 2.700 Grundstücke im Wert von 13,4 Mrd. DM sollen von der Bahntochter *EIM* bundesweit ›entwickelt‹

Die Zielpersonen sind aber nicht WG's oder Familien, sondern arbeitende alleinstehende Personen.
Ich finde wenn man in das Europa-Viertel reinkommt, wirkt es so, als wäre man in einer anderen Stadt. Vor allem, wenn man vorher im Gallus war und dann hier so reinläuft, das finde ich total verrückt.
Ja, das ist krass. Dieser Kontrast zwischen Gallus und Europaviertel.
Ja und es ist auch total abgeschottet. Es gibt ja auch nur sehr wenige Verbindungsstraßen zwischen Gallus und Europaviertel. Es soll sich nicht vermischen.
Ja, wie eine Burg.
Ja, wie kommt man da eigentlich weg? Man braucht schon ein Auto, oder?
Es wird zumindest gerade eine neue U-Bahn gebaut.
Ich finde auch die Parallele zu dieser Hafen-City ganz passend. Da hast du auch denselben Effekt, dass da so ein Retorten-Stadtteil entstanden ist, der total abgeschottet ist. Es gibt kaum Verkehrsanbindung. Und da gab's dann so absurde Effekte wie: Die Supermärkte, die da angesiedelt sind, haben wieder geschlossen, weil die Mieten zu hoch waren für so `nen Aldi und

und vermarktet werden. Damit ist die Bahn AG als Anbieterin zentrale Akteurin bei der überlokalen Regulierung des Grundstücksmarkts der Großstädte. Auf der Nachfrageseite stehen Banken, Versicherungen und multinationale Konzerne, für die Anlagen in Grund und Boden neben Aktien, Unternehmensbeteiligungen etc. Teil ihrer Gesamtanlagen geworden sind. Durch diesen Charakter als Kapitalanlagen sind innenstadtnahe Grundstücke und Immobilien »unmittelbar der Herrschaft des Tauschwertes unterworfen« (Lefèbvre 1977: 52). Dies bedeutet, daß auf diesen Grundstücken entstehende (Wohn-, Geschäfts-, Büro-) Bauten in erster Linie als »gebaute Renditeerwartungen« (Krätke 1995) anzusehen sind und keinen Bezug zur lokalen Bedarfslage aufweisen. Auf dem Güterbahnhofsgelände ist neben dem *UEC* und der Messeerweiterung der Bau weiterer Bürohochhäuser (trotz eines Leerstandes von ca. 800.000 Quadratmeter Bürofläche) und Luxuswohnungen absehbar. Damit wird von der *City 2* eine Sogwirkung auf das benachbarte Gallus ausgehen: die dortigen Mietpreise werden steigen, Wohnungen werden luxussaniert werden, Leute mit wenig oder ohne Einkommen strukturell verdrängt.

SEI DEIN STAR – UECS UND ›SYMBOLISCHE ÖKONOMIE‹

»We develop dreams. We build realities.«

Marbensa Group

Für die Entwicklung des *UEC* wurde die *Stella AG*, international operierender Gigant in den Bereichen Freizeit, Unterhaltung und Erlebnis, beauftragt. Kernelemente des geplanten *UEC* sind ein Musical-Theater mit ca. 2.000 Plätzen und ein moderner Kino-Komplex, daneben soll die Angebotspalette Gastronomie, Hotellerie, Shopping, Wellness usw. enthalten.

Die konkrete Zusammenstellung einzelner Marktelemente unter dem gemeinsamen Dach eines UEC steht für die generelle Stoßrichtung der Vermarktungsstrategie: »Die Grundphilosophie von Urban Entertainment Center besteht in der Übertragung des Shopping-Center-Gedankens auf den unterhaltungsorientierten Freizeitbereich«.[2]

Freizeit-, Handels- und Dienstleistungsnutzungen werden kombiniert und sollen in Form eines kulturellen Erlebnis- und Einkaufszentrums eine einheitliche Gesamtkonzeption darstellen. Sie genießen im Gegensatz zu in der Stadt verstreuten Geschäften und Dienstleistungsunternehmen Wettbewerbsvorteile, da sie eine vielfältige und durchmischte Angebotsstruktur aufweisen: Das kleine Schwarze kann noch eben passend zum Musicalbesuch erworben werden, und wem das zu teuer ist, der kann ein paar Runden in der Spielothek flippern und sich anschließend nebenan einen Hamburger einfahren. UECs basieren auf Angeboten mit Erlebnis-Funktion. Als sogenannte ›Ankermieter‹ gelten insbesondere Multiplex-Kinos, Musicaltheater, Großdiskotheken, überdachte Vergnügungsparks (Indoor-Funparks) oder Familiy-Entertainment Center, wodurch Anreize für solche Investorinnen geschaffen werden, die für eine ergänzende Angebotsstruktur sorgen sollen. Die Macherinnen von UECs setzen zudem auf die weitere Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten – der Rubel soll möglichst rund um die Uhr rollen. Grundsätzlich sollen UECs ein Profil aufweisen, das standardisiert und damit austauschbar ist, zugleich aber Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit – etwa durch ein ›Oberthema‹ – suggeriert.

Bezüglich ihrer Zielgruppenpolitik fährt das UEC-Konzept eine ›Catch-them-all‹-Strategie – das ›all‹ umfaßt zumindest all diejenigen mit gefülltem Portemonnaie. Ein breites Spektrum von Kundinnengruppen soll abgedeckt werden: Neben Exklusivläden und Feinschmeckerinnenrestaurants finden sich Buchläden, Spielotheken und Currywurst-Stände. Die Angebotspalette wird preislich gestaffelt, wie im Musical-Theater selbst, wo sowohl Logen- und Parkettplätze als auch Sperrsitze vermietet werden. Manche zahlen mehr, manche weniger. Wichtig ist, daß sie überhaupt zahlen.

Der Einsatz identitätsstiftender Inszenierungen ist ein wesentliches Moment bei der Herstellung von Akzeptabilitätsbedingungen für das Konzept UEC. Vergnügungsversprechungen aller Art sollen eine positive Bezugnahme einzelner und damit die Mobilisierung breiter Zustimmung gewährleisten. Für die einen wird es Bestandteil unternehmerischen Lebensstils, der die Geschäftsbeziehungen unterhaltend unterstützt, die anderen erleben es als Kitzel des Neuen und der Aufregung, der den Alltag eben Alltag sein läßt. Die meisten

die dann gesagt haben: Nee, geht halt nicht. Und jetzt ziehen die Leute auch da wieder weg.
Und dann gab es Gegenmaßnahmen, um dieses Viertel zu beleben.
Ein Freund von mir, der ist Schauspieler in Frankfurt, der wurde gemietet als Komparse bei einem Stadtteilfest – da haben die sich HUNDERT Leute angemietet, die den Tag über da verbracht und so Hacky Sack gespielt haben – die Veranstalter hatten sich sogar Surfer gekauft, die vor der Elbphilharmonie immer so lang surften. Also das war wirklich ganz absurd! Und da gab es auch ein Entertainment-Programm, unter anderem einen Clown und der meinte: »Ihr seid wirklich das beste Publikum, dass ich je hatte.« Und die anderen meinten nur so: »Jo, wir sind halt gekauft. Sorry!« Schrecklich! Aber genau, solche Absurditäten gibt's dann.
Vielleicht ist jetzt der richtige Moment, um ins *Skyline Plaza* reinzugehen!

haben auf jeden Fall ihren Spaß; und wir Frankfurterinnen endlich auch unser Musical.[3]

Neben dem Eventcharakter zielen UECs auf die Inszenierung eines ›geschützten‹, homogenen Raums. Eine heile Welt ohne schlechtes Wetter, Armut und ohne jede Mißliebigkeiten wird inszeniert. Rosarot, glatt und sauber – in UECs gleitet man von Fun zu Fun. In einem derart perfekt durchgestylten Arrangement läßt es sich sorgenfrei genießen; von wegen die guten alten Tage; es ist die Zukunft, in der alles in Ordnung sein wird.

Qualitativ neu ist am Modell UEC aber nicht unbedingt die komplexe Vernetzung von Freizeit-, Handels- und Dienstleistungsangeboten unter Berücksichtigung unterschiedlicher Kundinneninteressen. Neu sind vielmehr die eingesetzten Mittel der Unternehmenspolitik und deren Effekte. In der inszenierten ›clean&funnyworld‹ sind nämlich nicht ›alle‹ erwünscht; und alle Erwünschten wiederum sollen nicht alles machen dürfen. In UECs wird sozial-räumlich eine Drei-Klassen-Ordnung etabliert; hierarchisch gegliederte und jeweils in sich homogene Cluster werden ausgebildet. Die gezielte Platzierung von Luxusgeschäften, Boutiquen, Schönheitssalons etc. setzt einen spezifischen Habitus und Lebensstil voraus, um diese Läden überhaupt zu betreten, d. h. Eintrittsschwellen werden errichtet. Die sogenannte ›symbolische Ökonomie‹ wird hier in ihrer Wirkmächtigkeit sichtbar: Sie ist in Anlehnung an Zukin (1995) zu verstehen als eine kulturelle Herrschaftstechnik, die über die diskursive Besetzung sozialer Räume operiert. Das ›Sie müssen leider draußen bleiben‹ wird dabei nicht unmittelbar ausgesprochen, sondern über bestimmte Bilder, Zeichen und architektonischer Finessen ausgedrückt. Bei erfolgreichem Einsatz wirkt die symbolische Codierung gesellschaftlicher Räume als Regulationsmodus, der sich in den Alltagspraktiken sozialer Akteurinnen als akzeptierte Handlungsanweisung niederschlägt. Der geforderte Verhaltenskodex in UECs soll von den Kundinnen wie selbstverständlich umgesetzt werden.
Die räumliche Hierarchisierung erfolgt dabei nicht unmittelbar und geschlossen. Vielmehr wird eine Atmosphäre des Nebeneinanders gesellschaftlich unterschiedlich positionierter Kundinnengruppen produziert, die Subalternen das Aufstiegsversprechen als einlösbar erscheinen läßt. Gezielt eingesetzte Architektur und Ästhetik und die Konstruktion bestimmter Lebensstile machen das direkte Aussprechen von Verboten überflüssig. Ein Blick in die Schaufenster von Delikatessenläden und exklusiven Boutiquen läßt eben alle teilhaben am Wohlstand der Eliten. Man ist nahe dran, an den Kaviarschnittchen und den gefüllten Weinbergschnecken; und dabei ist doch immer schon klar, daß Abstände Abstände bleiben. Vom elaborierten Sprachcode der Kellnerin im Feinschmeckerinnenlokal abgeschreckt, bevorzugt die Mittelschicht dann doch die bürgerliche Stube und trinkt Henninger Pils: Eigentlich wollte man eh ›nur mal gucken‹, man weiß schließlich um die eigene Rolle der Nur-Beobachterin. Wer angemessenes Verhalten vermissen läßt, wird ›sicherheitshalber‹ an die Regeln erinnert. Private Sicherheitsdienste sind konstitutiver Bestandteil von UECs, da sie die vorgeschriebene Raumorganisation – allein durch ihre Anwesenheit – garantieren und bei den Kundinnen in Erinnerung halten sollen.

Alle, die so gar nicht in die schöne neue Welt ausgelassenen Konsums passen und das Bild ungetrübten Wohlstands beeinträchtigen könnten, sollen überhaupt keinen Platz in UECs finden. Als Obdachlose oder Junkies Stigmatisierte oder diejenigen, die die strikten Regeln des Hausrechts in Frage stellen und ›unkontrollierte‹ Situationen schaffen könnten, wird der Zutritt verwehrt. Sie werden teilweise einer rigiden Vertreibungs- und Kriminalisierungspolitik[4] ausgesetzt, wie sie sowohl auf dem DB-Areal als auch in der Frankfurter Innenstadt bereits gängige Praxis ist. Punktuelle gewaltsame Vertreibungsaktionen sichern einerseits die perfekte Inszenierung und rufen andererseits die herrschenden Normalitätsstandards in Erinnerung.

FESTIVALISIERUNG DER STADT

> »Das Spektakel ist nicht ein Ganzes von Bildern, sondern ein durch Bilder vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen«
>
> *Guy Debord*

UECs zeichnen sich demnach durch eine spezifische symbolische Ökonomie aus: Sie verwenden Identitätskonstruktionen, die mit dem Label Erlebnis und Spektakel gekoppelt sind. Unterhaltung wird zum unternehmerischen Zauberwort, da es positiv in die unterschiedlichen Bedingungen von Lebenspraktiken

AUF DEM SKYLINE PLAZA

Das Europaviertel ist ja nebenbei eine ziemlich großflächige Privatisierung von öffentlichem Raum. Der Güterbahnhof hat auch mal der Bahn als Bundesunternehmen gehört. Zur Beruhigung der Volksseele – nicht, dass die sich aufregt – gibt es hier oben dieses Dach, was so tut, als sei es ein Park. Es ist ja bei den meisten Frankfurter Großprojekten auch ein Bonmot für den/die geneigte/n Bürger*in dabei. Wie bei dem EZB-Neubau, da gibt es den Park und die Sportplätze; bei dem DFB-Zentrum soll ja auch ein kleiner Bürgerpark entstehen; hier gibt es dieses Dach-Ding. Damit der Bürger denkt, »Wir haben zwar in der Stadt Frankfurt ein ganzes Viertel, wo niemand hingehen will und es total seltsam ist, und auch niemand wohnt, aber auf dem Dach des Einkaufszentrums gibt es Wiese.«
Der Park auf einer komischen Meta-Ebene obendrüber. Und, wie heißt es in einem unserer Artikel, man kann sich dem Phallussymbol des Kapitals nahe fühlen. Man ist in den Wolken dabei.
Aber man wird sie nie erreichen.

integrierbar ist. Das Konzept UEC orientiert sich zwar am Yuppie-Modell und setzt dieses damit als ›Standard‹. Gleichzeitig ist es allerdings offen für gesellschaftlich anders positionierte Kundinnengruppen.

Durch sozialräumliche Bauweise hindurch wirkt symbolische Ökonomie als Platzanweiserin gesellschaftlicher Positionen; Stadt- und Raumplanung sind niemals neutral, sondern regulieren durch Form und Gestalt gesellschaftliche Verhältnisse. Die räumliche Ausgestaltung der UECs geht einher mit der Repräsentation bestimmter Lebensstile und stellt symbolisch die entsprechenden Identitätsvorlagen bereit. Ungleiche soziale Verhältnisse werden dadurch bestätigt und reproduziert.

Neu innerhalb des UEC Konzepts ist die Produktion räumlicher Segmente, die in sich durch die Herstellung von Schwellen mit Ausschlusseffekten homogenisiert sind. Sie werden hierarchisch geordnet und klassifiziert, Wege und Bewegungen ›gesteuert‹, Normalitäten sowie Abweichendes bestimmt. Die Schuster werden als solche definiert, definieren sich selbst und bleiben dann jeweils bei ihren Leisten. Die Macht des Zeichens strukturiert wesentlich gesellschaftliche Verhältnisse. In UECs werden (zumindest) drei Gruppierungen distinktiv bestimmt: Besonders gewünschte Kundinnen (Eliten, gehobene Dienstleistungsschicht), gewünschte Kundinnen (Mittelstand, Fußvolk) und Nicht-Kundinnen (gesellschaftlich Ausgegrenzte). Das Verhältnis Kundin und Nicht-Kundin wird zudem gleichgesetzt mit Normalität und Devianz. Wer in den Städten der neunziger Jahre kein Geld hat, ist potentiell kriminell.

FINALE

Die Planungen am Güterbahnhof sind kein Einzelphänomen. Snowboarden und Beachvolleyball auf der Konstablerwache, fünf neue Kinocenter bis zum Jahre 2000, ein mittelalterlicher Trödelmarkt auf der Zeil, jedes Sommerwochenende ein anderer Yuppie-Event vor der Alten Oper – Frankfurt goes Stella. Die Festivalisierung städtischer Räume soll angesichts zunehmender sozialer Widersprüche als neues Integrationsmodell für weite Teile der Mehrheitsgesellschaft fungieren. Dabei werden Räume sozial so konzipiert, daß gesellschaftlich Deklassierte von vornherein ausgegrenzt sein werden.

Spezifisch am UEC-Projekt ist, daß am Reißbrett ein innerstädtisches Quartier unter direkter Einflußnahme privatwirtschaftlicher Interessen entworfen wird, in dem ausschließlich Unterhaltungsindustrie und gehobene Dienstleistungsfunktionen vorgesehen sind. Zur Sicherung des Warenabsatzes sollen homogenisierte, hierarchisch geordnete Kleinstadt-Idyllen ohne Schmutz und Elend inszeniert werden, die durch hohe Konformitätsnorm gekennzeichnet sind. Inwieweit ein derartiges Szenario durchsetzungsfähig und verallgemeinerbar ist, bleibt abzuwarten. Elemente davon, wie Techniken der Raumorganisation und sozialer Grenzziehungen, ebenso wie darin vermittelte Bilder eines (städtischen) Lebensstils, könnten allerdings Vorbildcharakter für die ganze postfordistische Stadt haben.

*.LIT

STEFAN KRÄTKE (1995): *Stadt, Raum, Ökonomie.* Basel/Boston/Berlin.

HENRI LEFÈBVRE (1977): *Die Produktion des städtischen Raums.* In: Arch+34.

PETER LIESER / ROGER KEIL (1988): *Zitadelle und Ghetto: Modell Weltstadt.* Aus dem Buch: Das Neue Frankfurt. Frankfurt.

SHARON ZUKIN (1995): *The Cultures of the City.* Cambridge/Oxford.

*.NOTES

1 Aus der Absichtserklärung der Stadt Frankfurt am Main, der Stella AG und der Eisenbahnimmobilien Management GmbH vom 26.11.97.

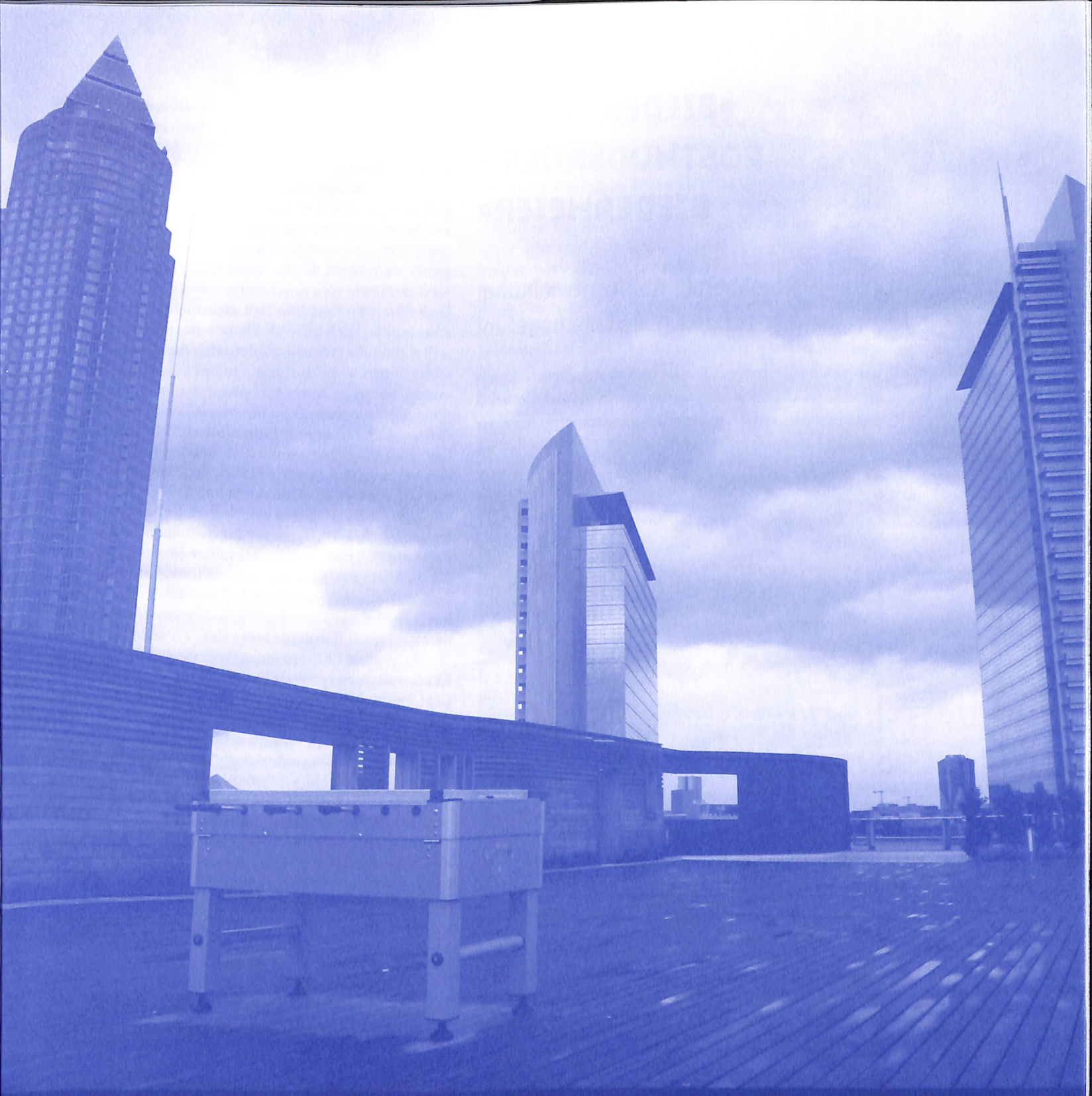
2 Dieses und alle weiteren Zitaten in diesem Abschnitt sind entnommen aus: Immobilien Manager 6/97.

3 Der Erlebnisrausch wird selbst Teil des Personalmanagmentkonzepts. Im CentrO Oberhausen wurden Verkäuferinnen in Entertainerinnen-Kurse geschickt. Die Angestellten werden somit in die Inszenierungen integriert (am Tablett oder auf der Bühne – jeder ist ein Entertainer). Gleichzeitig sollen derartige ›Qualifikationen‹ die Identifikation der Angestellten mit dem Unternehmen erhöhen, sei das Arbeitsverhältnis auch noch so prekär. Die ›Entertainment-Taktik‹ läßt sich auch als Versuch deuten, Hierarchisierungen innerhalb der Unternehmensstruktur zu dethematisieren.

4 Daß insbesondere Migrantinnen kriminalisiert werden, verdeutlicht, daß nicht nur die Achse Lohn – Kapital, sondern auch rassistische Elemente bei Exklusionsmechanismen von Bedeutung sind.

So nah und doch so fern!
Wenn das jetzt hier einfach nur ein Park auf dem Parkplatz wäre, wäre es gar nicht mehr so krass. Dadurch, dass es so ein Ort an einem Nicht-Ort ist – es ist ja irgendwie null eingebunden, hat gar keinen Bezug auf irgendwas.
Es ist außerhalb der Stadt.
Aber ich find es auch sehr beeindruckend.
Es hat aber schon irgendwas Seltsames!

Aber dadurch sticht auch diese Unbewohnbarkeit der Umgebung so hervor. Man muss halt irgendwie eine Enklave schaffen.
Alles was man sieht sind auch wirklich Orte, wo man sich nicht aufhalten will: Dieses Mövenpick-Hotel sieht seltsam aus.
Überhaupt, was ist denn das jetzt hier?
Solarfelder?
Nee, das ist einfach ein buntes Dach!
Nee, man sieht auf den Parkplatz hier. Und dahinter den Feldberg sieht man auch. Da ist die Messe-Halle.



Hier sind Leute mit ihren Hunden. Die wohnen bestimmt im Europa-Viertel und das ist der einzige Ort, wo sie mit ihren Hunden hingehen können. Oh, da sind noch mehr Leute mit ihren Hunden!
Krass, hier sind Kicker, da kann man umsonst spielen. Leute! Ich fordere Euch heraus! Halt! Ich muss hinten spielen.
Ok, aber ich bin richtig schlecht in Kicker.
Ich bin richtig gut. Ich hab eine solide Grundausbildung erhalten.

NACH DEM KICKERN

Ich finde wir sollten uns hier wirklich mal zum Trinken treffen!
Oh, das krasse Bahngebäude.
Was als Urbanität beschrieben wird, beinhaltet ja auch, dass es Raum zum Treffen gibt, dass es Kommunikation, Raum zum Austausch gibt. Und das was man hier sieht, ist erstens alles irgendwie gleichförmig – man hat nicht das Gefühl, dass es hier irgendwie Raum für Differenz gibt – und dann hat man schon mal gar nicht

»BIEDERMEIER – POSTMODERNER – BIEDERMEIER«

Neoliberale Stadtentwicklung, Urbanität als Lebensgefühl

M. BEHRENT

1983 / HEFT 4-5

STADTGESTALTUNGEN

Dieser Artikel stammt aus dem Jahr 1983, das Heftthema ist Denkmäler. Das Editorial fragt angesichts dieses Themas: »Aber ist das nun eigentlich ein Thema? Wer setzt denn heute schon wem ein Denkmal und wer möchte schon gerne zum Denkmal erstarren? [...] Oder sollte die neue Frankfurter Innenstadtgestaltung begriffen werden als ein Denkmal für die kaum vergangene Zeit unbeschwerten ‚Konsumrauschs'? Ein Gespräch mit dem Bildhauer Richard Hess über das ‚Neue Frankfurt' soll dies erhellen.« (diskus-Redaktion 1983: S. 3)

Dieses Gespräch bezieht sich primär auf die Umgestaltung und den Wiederaufbau der Frankfurter Innenstadt unter dem damaligen Oberbürgermeister Wallmann, der es sich zum Ziel gemacht hatte, »dem Verlangen nach historischer Identitätsfindung Frankfurts« städtebaulich Ausdruck zu verleihen und die Zeil in eine Fußgängerzone umzugestalten.

Stadt ist Bewegung, Gewühl, strömende Massen, die sich am Beton brechen – gesichtslos. Das Versprechen der Stadt ist gleichzeitig Zentrum zu sein, welches das Chaos ordnet, kulturelle, politische und gesellschaftliche Bezugspunkte setzt. Stadt als Metropole soll der Standort sein, von dem aus Geschichte gemacht wird. Diese Bedeutung von Stadt ergibt sich ›von selbst‹, ungesteuert, aus dem gesellschaftlichen Leben, quasi anarchisch, hinter dem Rücken der Bewohner. Und dennoch spürt man sofort, wenn die Stadt diese Bedeutung verliert. Sie läßt sich nicht willentlich erzeugen. Zugleich ist Stadt Heimat für Individuen. Man will sich in ihr zuhause fühlen, sich ihren Bewegungen anvertrauen. Die Stadt braucht ein vertrautes Gesicht, einen Charakter. Auch der entstand anarchisch, ›naturwüchsig‹ aus dem Zusammenspiel gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Entwicklungen. Nur selten in der Geschichte wurden Städte umfassend und bewußt umgebaut und gestaltet. Solchen Umbau kann nur vornehmen, wer die Macht hat. Er legt den Charakter und die Formen des städtischen Lebens damit auf lange Zeit fest. Dies gilt für Haussmanns Umbau von Paris im 19. Jahrhundert, der ganze Stadtviertel abreißen ließ, um Platz für Boulevards und Plätze zu schaffen. Und dies gilt auch für die Phase nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland, wo die völlig zerstörten Städte neu aufgebaut wurden.

Bis in die 80er Jahre hinein reichte der Aufbau- und Modernisierungsprozess in Frankfurt. Bei der neuesten Gestaltung der Zeil, der Oper, der Plätze geht es im Wesentlichen um die Fassade. Sie soll aus dem funktional und ökonomisch bestimmten Chaos von Straßen und Betonklötzen ein harmonisches Ganzes erzeugen, eine Stadt, in der man leben will. Nach dem Frankfurt seit Jahren in Bewegung ist, im Umbau begriffen, gibt es ein unabweisbares Bedürfnis nach Ruhe und Bürgerstolz auf das Erreichte, sollen Ergebnisse vorzeigbar sein. Diesem Bedürfnis Befriedigung anzubieten, ist das Erfolgsgeheimnis Wallmannscher Politik.[1]

»Das Grundkonzept der architektonischen Formulierung des Boulevardzuges beruht auf der Intention, der überdimensionalen Konsumfunktion der Zeil einen extrem konträren Erlebnisraum mit hohem Identifikationswert entgegenzusetzen.«

(Ausschreibungstext Kunst auf der Zeil)

das Gefühl, dass es Momente des Aufeinanderprallens gibt, sondern es wirkt alles wie isolierte Einzelheiten, die keine Momente der Kommunikation, Brechungen oder sonstige Irritationen erlauben.
Das erinnert mich an einen Text, da ging es um Gay Cruising und Stadtentwicklung in den Staaten, wo immer mehr öffentliche Orten polizeilich überwacht wurden und es dann kaum noch Möglichkeiten gab, sich zu treffen. Die Klappen sind in Frankfurt irgendwie auch verschwunden und in diesem Text, von Tim Diehm, der auch nicht super cool ist, wird das als demokratische Möglichkeiten der Couple-Bildung oder des Austauschs beschrieben, weil sich halt nicht nur die weiße Mittelschicht in ihren Szene-Bars trifft, und das auch nichts kostet und er das als wahre Begegnung gelabelt hat, die potentiell sicher ist, weil man in so einer anonymen Stadt trotzdem ein bisschen geschützt ist.
Man hat hier aber schon das Gefühl, dass hier durch die Architektur ein Verweilen nicht angelegt ist. Und es gibt nichts, was an soziale Probleme erinnert. Was einem im Bahnhofsviertel quasi ins Gesicht schlägt, ist hier unsichtbar.

Die Zeil soll nicht nur Verkehrsader und Umschlagplatz für Waren sein, sondern öffentlicher Raum, in dem sich gesellschaftliches Leben frei entfalten kann. Nachdem sie sich einige Monate in diesem Sinne bewähren durfte, zeigte sich, daß so neutral dem Gesellschaftlichen gegenüber die Intentionen der Gestaltung denn doch nicht waren. Der zum ›Flaneur‹ erhobene Käufer, der sich an den vor ihm ausgebreiteten Herrlichkeiten in den Schaufenstern von *Kaufhof* bis *Hertie* ergötzt, in den Pavillon-Cafés sich das raffinierte Vergnügen lauer Sommerabende in der absurden Kulisse eines Einkaufsparadieses nach Geschäftsschluß gönnt, er fühlt sich gestört und bedroht vom Gesindel, von den Pennern und Säufern, die ihn mitunter ansprechen auf der Straße und seiner splendid isolation entreißen. Diesen Subjekten muß der Zugang zum und der Aufenthalt im öffentlichen Raum polizeiobrigkeitlich verwehrt werden. Der soll denn doch weiterhin dem Käufer vorbehalten sein. Als solchen will man ihn auf keinen Fall verärgern oder gar vertreiben. Auch sollte ihm möglichst nicht aufgrund politischer Manifestationen und Demonstrationen der ungehinderte und reibungslose Zugang zu den Warenhäusern verwehrt sein. Die Zeilgestaltung hat weniger den Sinn, einen öffentlichen Raum zu schaffen, als einen Ruheraum für erschöpfte Käufer. Die achso umsorgten Bäumchen verhindern den Blick der einkaufenden Masse auf sich selbst, somit ihre vorzeitige Frustration.

Daß Frankfurt eine Stadt der Angestellten, mithin der wohlhabenden Kleinbürger ist, ist nicht neu; die Baustellen verdrängten sie in den letzten Jahren nur vorübergehend aus dem Straßenbild. Die Bauzäune machten in dieser Zeit aus Frankfurt die ›ehrliche Stadt‹, in der die Widersprüche offen lagen. Es wurde gar nicht erst versucht, den Eindruck zu erwecken, zwischen Hochhäusern und Schnellstraßen könnte Gemütlichkeit aufkommen. Solange alles in Bewegung war, schien alles möglich. Jetzt stehen die Ergebnisse vor uns, und wir sind etwas schockiert, daß Frankfurt so mittelmäßig und so provinziell ist. Nachdem die Linke die Straße aufgeben mußte, inszeniert die Rechte dort Öffentlichkeit im Stile von Familienfeiern.

Immer sind wir unter uns, wie zu Haus. Die Gestaltung der Innenstadt hat einen Rahmen hervorgebracht, in dem alles seinen Platz hat und harmlos wird. Oder von der Polizei verfolgt. Sofern das ästhetische Bemühen der Planer nicht an der Masse von Material und Verkehr scheiterte, brachte es in weiten Teilen ein kleinbürgerliches Schlaraffia hervor. Gestaltung allein kann Gesellschaftlichkeit, Lebensstil und Kultur nicht erzeugen. Der blasierte Angestellte hat einen pedantischen Begriff des Schönen oder auch nur Geschmackvollen. Es soll sauber und wertvoll, d. h. teuer sein, und möglichst beweisen, daß er zur großen Welt gehört. Die Limousinen glänzen wie das Pflaster der Fußgängerzonen, wie die Scheiben der Deutschen Bank , in ›reizvollem‹, aber nichtssagendem Kontrast zur Katharinenkirche oder zur Alten Oper. Frankfurts Schmuckkästchen. Dazu passend die Fachwerkhäuser am Römerberg. In den Cafés auf der Fressgass wirds dann vollends gemütlich. Und wo ein freies Plätzchen

Und auch was du meintest mit Aneignung, der erste Impuls ist ja auch: Das Dach aka der Park ist so ein schöner Ort, lass und den mal aneignen. Aber in gewisser Weise kann man den nicht aneignen. Der ist schon durchkonstruiert, der ist fertig erschaffen. Tatsächlich kann man ihn nur noch zerstören, denn das Konzept ist klar vorgegeben; jede Pflanze, jeder Weg hat seinen Platz. Und zur Not machen sie halt den scheiß Nachteingang zu und dann ist der Ort auch einfach weg. Er ist auch voll kontrollierbar.

Aber diese großräumige Planung ist auch allgemein das, was dieses Viertel von anderen unterscheidet; dass hier jeder Straßenzug durchgeplant ist. Und jede Individualität und Geschichte fehlt.
Ich mein, dass soziale Durchmischung und Orte des Treffens nicht angelegt sind, das merkt man auch, wenn man sich hier durchbewegt. Man kann sowas ja auch anders bauen und planen, zum Beispiel Begegnungsorte miteinplanen, wie bei den großen sozialdemokratisch geprägten Wohnprojekten der 70er.

den Blick aufs Ganze, d. h. ins Leere fallen lassen könnte, wird die Stadtlandschaft ›möbliert‹, wie es ein Beamter des Hochbauamtes formulierte. […]

Hier in Frankfurt, so scheints, hat jeder seinen Platz, besteht eine prästabilisierte Harmonie: in den Spiegelfassaden der neuen Hochhäuser schaut wohlwollend das satte Bild seiner Eintracht mit der Umwelt auf den Betrachter herab. Allerdings muß man die Pedanterie nicht respektieren. Dies beweisen die fußballspielenden Italiener auf der Hauptwache. Selbst in der Alten Oper ereignet sich bisweilen Kunst, die sich von dem Rahmen nicht bändigen läßt. Die Menschen müssen ihr Verhältnis zu dieser neuen Stadt erst neu bestimmen, eine neue und eigene Umgangsweise mit diesen Räumen finden. Diese Prozesse sind das eigentlich Spannende in Frankfurt, nicht aber die inszenierten Festivitäten.

An der Hauptwache steht eine Plastik, *David und Goliath*, die nach Verlautbarung Walter Wallmanns den Sieg der Kultur über den Kommerz nicht nur darstellt, sondern mit dem Akt ihrer Aufstellung auch beweist. Um mehr zu erfahren über die Spannungen und Widersprüche von Stadtgestaltung und Kunstansprüchen, besuchte ich Richard Hess, der *David und Goliath* schuf. Im Folgenden habe ich versucht anhand von Notizen den Verlauf des Gesprächs wiederzugeben. […]

diskus: Was halten Sie von der Innenstadtgestaltung in Frankfurt? Ist die Hauptwache ein angemessener Rahmen für eine Skulptur?

Hess: Ich habe *David und Goliath* im Hinblick auf diesen Platz entworfen. David repräsentiert das Geistige, Goliath die brutale, sinnlose Gewalt. Die Plastik stellt den erhofften Sieg des Geistes über die Gewalt dar. Ein Kampf, der immer noch und immer neu, in jedem selbst, wie auch im Allgemeinen ausgefochten werden muß. Geist und Kultur sind ständig bedroht von Barbarei. Als barbarisch empfinde ich allerdings den brutalen Kapitalismus und die rücksichtslose Geschäftemacherei, wie sie sich besonders auf der Frankfurter Zeil zeigen, deren Äußeres von Betonfassaden beherrscht wird. Die Zeil war aber vor ihrer Gestaltung unbestreitbar trister als sie es jetzt ist. Die Kaufhäuser sehen dagegen von außen immer noch so aus, wie es innen auch zugeht – auf möglichst geringem Raum soll in kürzester Zeit eine Höchstmenge an Waren umgeschlagen werden. Kaufen wird dort zur Arbeit. Das war um die Jahrhundertwende anders. Die Kaufhäuser sind in ihrer Bedeutung für unsere Zeit doch eigentlich die Kathedrale des 20. Jahrhunderts. Früher haben sie auch entsprechend ausgesehen, waren repräsentative Architektur, der Verkaufsraum war großzügig gestaltet, lud zum Verweilen und Flanieren ein. Das ist ja nach dem Krieg völlig anders geworden. Da wurde schnell und hoch gebaut. Da sollte Geld verdient werden. Und diese brutale Reduzierung der Innenstadt auf einen Umschlagplatz für Waren wurde jetzt wieder rückgängig gemacht. Die Straßen und Plätze haben einen Eigenwert gewonnen, sie sind auch nach Geschäftsschluß noch belebt. In diesem Rahmen hat meine Plastik ihre Berechtigung.

diskus: In einem Text, der David und Goliath vorstellt, werden Sie sinngemäß folgendermaßen zitiert: »David und Goliath soll den Kontrast zwischen Katharinenkirche, der Hauptwache und den Betonfassaden brennpunktartig zusammenziehen und analytisch beleuchten.« Was soll dabei herauskommen?

Hess: Es gibt einen ästhetischen Widerspruch zwischen dem *Kaufhof* und der Kirche, in dem die Kirche und die barocke Architektur auch der Hauptwache kaum noch zur Geltung kommen. Innerhalb dieses Widerspruches schlage ich mich auf die Seite der Kirche. Ich empfinde diese Architektur als lebendiger, als beseelter. Das heißt nicht, daß ich nachträglich die Funktion der Hauptwache als Gefängnis gutheiße. Diesen Widerspruch wollte ich gestalten, indem ich ihn benenne und mit meiner Plastik auch bewerte. Ich halte es für einen Fortschritt, wenn die Gestaltung der Innenstadt in Richtung einer Belebung und Beseelung weitergeht. Die Stadt gewinnt eine andere Qualität, wenn man auf Plätzen Brunnen und Skulpturen aufstellt. Vorher war Frankfurt doch eine völlig kaputte Stadt. Durch die Gestaltung gewinnt sie wieder eine Einheit, und das ist gut so.

diskus: Ich frage mich, von welchem Geist Frankfurt denn jetzt wohl beseelt ist. Bei meinen Recherchen sprach ich mit jemandem vom Stadtbauamt, der im Zusammenhang mit der Gestaltung der

Vielleicht ist es aber auch einfach ein ehrliches Viertel. Und Orte, die so gefeiert werden als Begegnung, wie zum Beispiels das Bahnhofsviertel, sind auch segregiert. Und die Leute, die sich begegnen, haben nur eine bestimmte Art von Interaktion und gehen dann auch wieder nach Hause. Oder wohnen in der Münchener Straße in der fancy, schicken Altbauwohnung und so richtig mit den Leuten was zu tun, hat man dann auch nicht.
Aber trotzdem, so als Lebensraum, es ist derselbe Effekt im Europaviertel wie in dieser Hafencity, again, es ist alles zwar schön, man kann es irgendwie abfeiern architektonisch, aber trotzdem sind es fertige Lebensräume und wenn dann so ein Effekt entsteht wie: Da lehnt ein Fahrrad an der Hauswand, da liegt eine Mülltüte und Kinder spielen – das hat immer einen Effekt wie: Das stört! Das macht das fertige Konzept eigentlich schon wieder kaputt.
Und damit ist es auch wirklich so eine Art Nicht-Ort. Kennt ihr dieses Buch von diesem Auge-Menschen? Es ist irgendwie auch eine platte Analyse, aber auch spannend.

Plätze von einer ›Möblierung‹ sprach. [...] In solcher Umgebung wird Kunst zum Accessoire, was Ihren Intentionen doch wohl widerspricht.

Hess: Ich denke, Lebenskultur in diesem Sinne, sich mit schönen Dingen umgeben, sich bewußt kleiden, gut essen hat auch etwas zu tun mit dem Verhältnis zu Kunstwerken, beeinflußt dieses Verhältnis positiv. Den Deutschen fehlt in diesem Sinne Kultur, vergleicht man sie mit den Italienern. Die Italiener haben ein viel ausgeprägteres Formbewußtsein. Selbst wenn jemand ein Kunstwerk nicht bewußt als solches wahrnimmt und versteht, formt dessen Existenz doch sein ästhetisches Empfinden, differenziert es.

Diskus: Ich empfinde die Innenstadtgestaltung in Frankfurt als eine oberflächliche Harmonisierung, weniger als eine Anhebung von kulturellen Qualitäten.

Hess: Frankfurt war eine kaputte Stadt. Daraus ergab sich die Aufgabe, etwas Ganzes herzustellen. Das war notwendig, auch wenn man mit dem Ergebnis nicht immer zufrieden ist. Wien dagegen hat ein erdrückend geschlossenes Stadtbild, da muß man eher revoltieren. Die Wiener Künstler sind ja auch sehr nihilistisch. [...]

diskus: Stört es Sie, wenn Kinder auf ihrer Skulptur herumklettern?

Hess: Das finde ich allerdings nicht besonders gut. Aber da kann man nichts machen. Noch mehr ärgere ich mich, wenn irgendwelche Leute meinen, sie müßten Plastiken mit Farbe beschmieren. Das kann ich nicht verstehen, daß sie gerade die paar schönen Dinge verschandeln, die Betonfassaden aber eher unversehrt lassen.

*.NOTES

1 Walter Wallman war als CDU-Politiker von 1976 bis 1988 Oberbürgermeister Frankfurts. Seine Amtszeit war von einer sehr großzügigen Baupolitik gekennzeichnet; zu nennen sind der Nachbau der zerstörten Fachwerkhäuser am Frankfurter Römer, die Wiederherstellung der Alten Oper, die Sanierung des Frankfurter Bahnhofsviertels. Zudem gilt er als Initiator des Frankfurter Museumsufers.

Da ist ein Mensch, da am Fenster!
Wenn man nochmal überlegt, was der Unterschied von einem sozialdemokratischen Projekt und einem so durchgeplanten Projekt wie hier ist – der offensichtlichste Unterschied, das sind doch zuerst die Adressaten, die Leute für die so etwas gemacht wird – Mittelstand bis reich – und daher ist das doch im Gegensatz zu sozialdemokratischen Projekten hier viel mehr ins Private verlagert. Die Wohnungen sind wahrscheinlich relativ großräumig, die Freizeit kann sich vielmehr in Privaträumen abspielen und alle Freizeitbedürfnisse, die nicht in der eigenen Wohnung befriedigt werden können, können an kommerziell orientierten Orten befriedigt werden – zum Beispiel hier im *Skyline Plaza* in der Therme – es gibt dadurch nicht so einen klaren Ort der Öffentlichkeit, der bei der Planung noch so einen provisorischen Charakter hat und auch von den Leuten provisorisch gestaltet wird; auch aus einer gewissen Not heraus provisorisch, weil sich die Leute, die da wohnen einfach keine großräumigen Wohnungen leisten können und tagsüber die Kinder einfach aus der Wohnung rausschicken und die auch nicht irgendwo

bezahlt abgeben können – die Freizeit-Orte, die es hier im Europaviertel jenseits dieses Privaten gibt, die sind ja wahrscheinlich alle viel stärker kommerzialisiert.
Dieses Private ist auch total spannend, weil es hier auch sehr viele Eigentumswohnungen gibt. Hier treffen sich hauptsächlich Wohnungseigentümer*innen im Viertel, wenn sich jemand trifft.
Was ich noch spannend finde: Wenn man dahin guckt, dann tut sich so die Industrielandschaft wie eine Art Kulisse auf. Man kann irgendwie in alle Richtungen gucken und sieht das städtische Leben, aber tatsächlich als eine Art Kulisse. Es ist hier ein abgeschottetes Gebiet, von dem man dann so guckt wie: »Oh guck mal da ein Kraftwerk. Das gehört wohl auch zur städtischen Welt. « Das unterstützt für mich diesen Eindruck, hier ist eine künstliche Blase, von der man dann so in die Stadt schaut.
Krass ist auch dieses Bahngebäude.
Das Verrückteste an dem Gebäude ist, dass es einfach Anfang der 90er gebaut wurde und es wirkt wie aus einer anderen Zeit.
Es wirkt wie im zweiten Weltkrieg als U-Boot-Träger.

Ich glaube auch bis heute noch, dass es irgendwann einfach abhebt und wegfliegt.
Es wirkt wie eine Zukunftsutopie aus der Vergangenheit.
Die Bahn ist doch jetzt auch umgezogen. In ein neues, schickes Hochhaus.

SPIEGELUNGEN

Bühne und Untergrund im Postmodernen Frankfurt

DIETER BARTETZKO

1986 / HEFT 3-4

STADTGESTALTUNGEN

Dieser Artikel entstammt einem Heft, das im Dezember 1986 veröffentlicht wurde und über »die Auseinandersetzung zwischen Moderne und Postmoderne [und] ein strukturalistisches Verfahren gegen Methoden der Ideologiekritik« nachdenkt. Auch der hier abgedruckte Artikel soll, so die Hoffnung der damaligen Redaktion, »eine Diskussion [anregen], die sich um einen vom Poststrukturalismus beeinflußten Geschichtsbegriff drehen kann« (diskus-Redaktion 1986: S.3).

Die innerstädtische Neu-Gestaltung Frankfurts in den 1970er und 1980er Jahren, geformt als Ausdruck autogerechter Stadtplanung und unkontrolliertem Bauboom, eröffnet die Spielwiese dieses Artikels.

»Sagen Sie ihm, daß er für die Träume seiner Jugend soll Achtung tragen, wenn er Mann sein wird, nicht öffnen soll dem tötenden Insekte gerühmter besserer Vernunft das Herz der zarten Götterblume.«

I. »DIE SCHÖNEN TAGE IN ARANJUEZ SIND NUN ZU ENDE.«

Die eingangs zitierten Worte Posas könnten als Losung für den jugendlichen Elan gelten, mit dem vor ca. einem Jahrzehnt hier (wie überall) Theoretiker und Praktiker postmodernen Bauens gegen die vergreiste Moderne anrannten, gegen den Despotismus des Bauwirtschaftsfunktionalismus protestierten, das Recht auf Erinnerung und Träume forderten. Wie im Frankfurter *Don Karlos* und dessen Bühnenbild versagte die Praxis vor den hochfliegenden Anforderungen der Theorie: Ungers Pfeilerwälder auf dem Messegelände, die dräuende Rotunde der sog. Kulturschirn oder die massigen Bögen des sog. Torhauses (eines neuen Büro- und Geschäftshauses am Westendrand) gleichen aufs Haar dem Prado der Frankfurter Städtischen Bühnen. Der Erinnerungsreichtum ihrer historischen Motive zeigt keine Spur der einstigen Jugendträume, sondern wirkt pathetisch und starrsinnig auf Vergangenes fixiert wie Philipps II. vor allem Neuen zurückschreckende Grübeleien. Prägt einmal jugendlicher Überschwang (Frankfurter) Postmoderne, dann meist in Gestalt der phantasievoll-flott designten Mc-Donalds-Gaststätten oder der unzähligen Yuppi-Boutiquen, deren standardisierte Träumereien mit Schillers Götterblume-Phantasie so viel zu tun haben wie die Leidenschaft der Eboli mit dem Vamp-Outfit einer Schaufensterpuppe.

Postmoderne also wieder einmal als eine jener Strategien des Vergessens oder Indiz des Sich-zu-Tode-Amüsierens, worüber Burghart Schmidt oder Neil Postman schreiben? Ja und Nein – oder besser: Seit die Generalkritik an postmodernen Erscheinungen ebenso sehr Mode geworden ist wie zuvor die Begeisterung für alles, was irgend postmodern sich gab, bedroht das törende Insekt fader besserwisserischer Kulturpessimismus den Phantasiereichtum, dem die Postmoderne Auftrieb gegeben hat. Gelungenes oder Mißlungenes im sog. neuen Frankfurt belegen, daß die Jugendträume der Postmoderne in der Architektur zumindest ums Überleben kämpfen:

II. IM SPIEGELKABINETT

Unter den neuen Frankfurter U-Bahnstationen ist die an der Bockenheimer Warte (Nieper/Peninski/Noack) die flächenmäßig größte, mit dem direkten Zugang zum offenen Magazin der Universitätsbibliothek multifunktional und – gemessen am Erinnerungsbemühen postmodernen Bauens – die mit lückenhaftestem Gedächtnis: Fast ist es schon eine Plattitüde, daran zu erinnern, daß Frankfurts Universität ein Brennpunkt der Studentenbewegung war, daß im angrenzenden Westend jahrelang Auseinandersetzungen

zwischen Hausbesetzern und Stadtverwaltung geführt wurden. Mit der pompösen Überbauung des seit Zwangsräumung und Abriß brachliegenden Grundstückes Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße war ein Anfang des Vergessens gemacht, die neue U-Bahn-Station treibt die Gedächtnislosigkeit zur Vollendung. Ihre Retrospektiven gelten der einstigen Dorf-Idylle Bockenheims und dem Elan der vor ca. einem Jahrzehnt erfolgreichen Katastrophenfilmes, und dies obendrein meist ungeschickt.

Keine Spur vom eingangs zitierten Feuereifer der Jugend, sondern abgeschmackte Effektkunst aus Hollywoods Trickkiste prägt den Haupteingang, ein grellbuntes Environment, das offenkundig die Tristesse der zur Stadtautobahn gewordenen Senckenberg-Anlage überspielen soll. Das Ganze besteht aus der Nachbildung eines Straßenbahnwaggons der Zwanziger Jahre, die, feuerrot und signalgelb gestrichen, dramatisch im Erdreich versinkt. Berstende Gesteinsbrocken an der Einbruchstelle erhöhen den sensationellen Effekt. Nach dem Streit um die schienenfreie Innenstadt, in dem die Einwohner ihrem Magistrat unterlagen,[1] ist das Ganze unfreiwillig zum Triumphmal städteplanerischer Ignoranz geworden. Von diesem unwillentlichen Zuwachs an Bedeutung abgesehen, verliert das Gebilde ebenso schnell an Attraktivität, wie es zunächst die Aufmerksamkeit an sich zieht: Katastrophe pur – das stimuliert und amüsiert auf den ersten Blick, auf den zweiten oder spätestens den dritten langweilt sich der Betrachter.

Ein architektonisches Würdemotiv par excellence – der Zentralraum – ist Vorbild der unterirdischen Verteilerhalle. Rundpfeiler, Begrenzungsstege, Pflasterstreifen und Leuchtbänder münden auf eine untersetzte Mittelsäule. Sie war als Meisterstück postmodernen Ironisierens gedacht. Ein monströser, metallverkleideter Zylinder; anstelle eines Kapitels erscheint ein bronzenes, unter der Last der Decke breitgequetschtes Sofakissen, Troddeln an allen vier Zipfeln inclusive.[2] Der Witz ist so plump wie die Proportionen des Gebildes, das Amüsement so schnell verflogen wie bei Peninskis Waggon.

Ringsum bestimmen Weiß, Gold, Hellgrau und Hellblau den Gesamteindruck, der ohnehin weite Raum wirkt dadurch noch lichter und großzügiger. Die Gestalt erinnert an Kaufhausetagen und Kinofoyers der 50er Jahre, vermittelt über die Dekoration klassizistischer Festsäle. Goldfarbene Kaneluren und Simse, glänzender Plattenbelag, Säulengruppen. Auf die Lokalität bezogen erinnert dies alles an eine repräsentative Alma-Mater-Architektur; frisch vergoldete Talar-Feierlichkeit, aufpolierend, was der eingestaubten Jugendstil-Aula im Altbau der Frankfurter Universität abhanden kam.

In unwillentlicher Folgerichtigkeit ist denn auch den aufmüpfigen Studenten eine Art symbolischen Exils bereitet: In den untersten Regionen der U-Bahn-Station, an den Bahnsteigwänden, sind Großfotos aus Hörsälen, Seminarräumen und Laboratorien befestigt: »daß er für die Träume seiner Jugend soll Achtung tragen«. Gedankenlosigkeit, um nicht zu sagen Mißachtung der Jugend(revolten), spricht aus den panzersperren- oder sarkophagähnlichen Granit-Trögen, die, gelöscht und mit Blumen gefüllt, Verkehrsstraße und Gehsteige über der Station trennen; hüben Mensa und Institute, drüben die Bibliothek, das Wechseln von einer Seite zur anderen ist ein Abenteuer. Die maßregelnde Oberwelt samt dem unterirdischen Exil dürften glücklicherweise nur von kurzer Dauer sein. Die Graffiti, Sprüh-Parolen, Aufrufe und Plakate des universitären Alltags werden solch einseitigem Erinnern und solch halsstarriger Platzgestaltung bald weniger goldene Träume beifügen.

Soweit das Für und Wider, wie es sich bezüglich des unmittelbaren Gebrauchszusammenhangs der U-Bahn-Station darstellt. Ihre Aussagekraft ist damit noch nicht erschöpft: Zitate sind der Inbegriff der Postmoderne, ihr Symbol ist der Spiegel: Die Wände der Station bestehen zu etwa einem Drittel aus Spiegeln. Edelstahl – auf echte hat man aus Furcht vor Großstadt-Vandalismus verzichtet. Die Station wandelt sich damit unmerklich zum verwirrenden Panoptikum ihrer selbst, zur Architektur einer unendlichen Geschichte. Und sei es wider Willen der Auftraggeber und der Ausführenden: Mit diesem unterirdischen Spiegelkabinen, dieser zersplitterten Welt, in der Geschichte und Gegenwart, Tempel und Fabrik, Maschine und Säule, Vergnügen und Verwirrung drunter und drüber geraten sind, ist ein Inbegriff postmoderner (Bau)Welt geschaffen.

Setzt man einmal, was bei dieser Architektur ohnehin naheliegt, den Untergrund mit dem Unterbewußtsein der Stadt gleich, so geistert darin die kollektive Sehnsucht nach Geborgenheit und Geschichte. So hemmungslos naiv und so raffiniert subtil wie die Bilder des Unterbewußten trägt die Dekoration dieser Station solchem Bedürfnis Rechnung. Als unendliche Collage aus Gegenwärtigem und Zitiertem gleicht sie für Momente (sofern man Alice im Wunderland nicht vergessen hat) real gewordenen Phantasien Italo Calvinos über die Unsichtbaren Städte. Hier wie da schieben sich erinnerte und bestehende, imaginierte und reale (Bau) Welt übereinander.

Freilich, so schwebend und poetisch wie Calvinos Städte ist die Bauwelt der U-Bahn-Station nur für wenige Augenblicke. Der Absturz in die Banalität erfolgt prompt. An den Ein- und Ausgängen nämlich hängen Reproduktionen historischer Fotografien. Alt-Bockenheim, der Wart-Turm, bräunlich verblaßt. Entgegen ihrer Authentizität strahlen sie süßlich-nostalgische Wirkung aus, unfreiwillige Pendants der Plastik-Plüsch-Surrogate, die mit Pseudo-Biedermeier oder -Rokoko beispielsweise aus Restaurant-Ketten original Wiener Caféhäuser machen wollen. Sentimentalität statt Phantasie; Frankfurt ist wahrlich kein Maurillia, wo man »an Hand dessen, was (die Stadt) geworden ist ... an das denken kann, was sie gewesen ist.«

Wer ist nicht irgendwann in den Spiegelgalerien von Schaufenstern und Boutiquen auf Scheinwelten herein gefallen? Den Höhepunkt solcher verwirrenden Zwischenfälle stellt die unvermutete Begegnung mit dem eigenen Abbild dar. Eine Sekunden dauernde Irritation, wenn das eigene Äußere einem gegenüber steht, unerkannt, fremd und zugleich merkwürdig vertraut. Man hat sich selbst mit den Augen der anderen gesehen, das der Grund des Erschrecktseins, sobald

man sich dann erkennt. In der U-Bahn-Station sind solche Zwischenfälle unvermeidlich. Wäre nichts an ihrer Architektur gelungen, so doch dies: müdem Spiegel Raum geschaffen zu haben für solche Irritation. Daß darüber hinaus postmodernes Bauen sich bis zum Überdruß gleichsam selbst anstarrt, läßt für eine weniger aufgeputzte künftige Architektur hoffen. Nicht viel, aber immerhin. Don Karlos, die letzten Worte:

»Ich habe das Meinige getan, tun Sie das Ihre.«

*.NOTES

1 Anm. d. Red.: Die ›Schienenfreie Innenstadt‹ war ein Prestigeprojekt der Frankfurter Stadtplanung in den 1980er Jahren. Die Idee war, alle Straßenbahnstrecken in den Innenstadtbezirken durch ein neu gebautes Schnellbahnnetz (also der Ausbau der U-Bahnlinien und der Neubau der S-Bahnen) zu ersetzen. Die freiwerdenden Flächen sollten als ›Erlebnisräume‹ den öffentlichen Raum aufwerten. Der CDU-Oberbürgermeister Wallmann nahm diese Pläne seines SPD-Vorgängers Rudi Arndt auf. An diesem Plan entzündete sich ein großer verkehrspolitischer Streit, das Bündnis ›Rettet die Straßenbahn‹ vereinte Straßenbahnfans, Gewerkschaftler, Senioren, kirchliche Institutionen sowie Mitglieder von SPD und Grünen. In diesem Rahmen unterschrieben ca. 60.000 Menschen ein Bürgerbegehren gegen die geplante Umgestaltung, das Konzept wurde als ›bürgerfeindlich‹ angegriffen. Der Wallmann nachfolgende CDU-Oberbürgermeister Wolfram Brück verbot zwei Tage vor dem Start der neugebauten U-Bahnlinien U6 und U7 die offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten, da das SPD-geführte hessische Regierungspräsidium die geplante Stilllegung der Straßenbahnlinien abgelehnt hatte. Schlussendlich wurde die Straßenbahnlinie 11 auf einer modifizierten Altstadtstrecke erhalten, alle anderen Straßenbahnstrecken wurden wie geplant stillgelegt oder stark verkürzt.

2 Anm. d. Red.: Das hier beschriebene Kunstwerk findet sich in der B-Ebene der Bockenheimer Warte und stammt von demselben Künstler, der auch die im Artikel *Biedermeier – Postmoderner* besprochene Skulptur ›David und Goliath‹ gestaltet hat.

ROTE HILFE E.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

ROTE HILFE E.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
Konto-Nr.: 56036239
BLZ: 260 500 01

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 2/2014:
Repression gegen Frauen – Frauen in der Roten Hilfe

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

DIE ROTE HILFE-Redaktion
Postfach 3255, 37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Querstellen statt querlesen
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

WAS WAR STADT?

Dokumentation der Podiumsdiskussion mit stadtpolitischen Initiativen

2015

HÄUSER KAMPF UM WOHNRAUM

URBANITÄT ALS VERSPRECHEN

STADTGESTALTUNGEN

Daniel und **Petra** sind in der *ABG-Kampagne* aktiv. Diese kritisiert die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft ABG-Holding und ihre profitorientierte Bereitstellung von Wohnraum. Ausgehend von der ABG soll auf eine soziale Wende am gesamten Wohnungsmarkt, aber auch für die Stadtentwicklung gezielt werden.

Lars ist in der Gruppe *Kritik & Praxis, radikale Linke [f]rankfurt* organisiert. Dies ist eine linkskommunistische Gruppe, organisiert im überregionalen ...ums Ganze! Bündnis und Teil des europaweiten Netzwerks Beyond Europe.

Mello ist politisch in Frankfurt aktiv und hat sich lange im *IuI* organisiert.

Moritz engagiert sich im *Hausprojekt Offenbach*. Nach dem Scheitern des Plans, im *Philosophicum* auf dem Uni-Campus Bockenheim ein selbstverwaltetes Hausprojekt mit 150 Leuten zu schaffen, soll die Idee nun mit 50 Menschen in der alten IHK in Offenbach umgesetzt werden. Infos: www.hausprojekt-offenbach.org.

Tobias und **Haytham** sind bei der Gruppe *Project.Shelter* organisiert. *Project.Shelter* ist ein Zusammenschluss von Personen mit und ohne Migrationserfahrung. Sie unterstützen ankommende Migrant*innen in ihrem Alltag und setzen sich für die Eröffnung eines selbstverwalteten migrantischen Zentrums in Frankfurt ein.

diskus: Wir haben zu dieser Diskussionsveranstaltung unter dem Titel Was war Stadt? großzügig Leute angefragt, um über den Stand linker Kämpfe im städtischen Raum zu sprechen. Wir stießen in unserer Archivarbeit immer wieder auf Stadt und die damit verbundenen politischen Kämpfe als zentrales Thema. Es zeigt sich, dass bestimmte Fragestellungen der 1960er, 70er und 80er Jahre teils heute noch diskutiert werden. Die folgenden zwei Zitate deuten das Sprechen über Stadt als Bezugspunkt, mit besonderem Blick auf Frankfurt, an:

> »Stadt ist Bewegung, Gewühl, strömende Massen, die sich an Beton brechen – gesichtslos. Das Versprechen der Stadt ist, gleichzeitig Zentrum zu sein, welches das Chaos ordnet, kulturelle, politische und gesellschaftliche Bezugspunkte setzt. Stadt als Metropole soll der Standort sein, von dem aus das Ganze begreifbar, von dem aus Geschichte gemacht wird. Diese Bedeutung von Stadt ergibt sich von selbst, ungesteuert aus dem gesellschaftlichen Leben, quasi anarchisch, hinter dem Rücken der Bewohner.« (*Postmoderner Biedermeier*, diskus 1983; H. 4-5)

> »Frankfurt, eine der ältesten freien Reichsstädte, Messestadt, Kaiserkrönungsstadt. [...] Die Stadt der höchsten Häuser, Mittelpunkt der Geldzirkulation, Schnittpunkt der Verkehrsführung, die zerstörteste Stadt und die verrufenste mit erschreckend hoher Kriminalitätsrate, die Stadt der gewalttätigsten Auseinandersetzungen, eine Stadt die 68 politisch bestimmend war, in den siebziger Jahren ihre Sponti-bewegung, offensichtlich ein Zentrum Links-intellektueller Auseinandersetzung mit dem ausgeprägtesten linkskulturellen Angebot, Stadt der Frankfurter Schule, als Solche in aller Welt bekannt (für andere als Deutschlands Flughafen), die allgemein als Bewegungsgrund des Protestes gesehen wird – eben: die umstrittenste Stadt. Es muß was dran sein an dieser Stadt.« (*In der Stadt*, diskus 1979, H. 1)

Eines der Grundthemen, das sich durch die verschiedenen Ausgaben und Artikel zieht, ist die Reflexion über die Vorstellung oder ein Bild der Stadt, vielleicht auch eine Art Versprechen, das sich daraus ergibt. Im Kontrast dazu wurde immer auch die real lebensweltliche Erfahrung angebracht, die geprägt war von Repression, Prekarisierung und einem gewissen Scheitern der Kämpfe.
Wie bestimmt dieser scheinbare Widerspruch zwischen einem Versprechen, einen Bild oder einer Vorstellung der Stadt und dieser realen Lebenserfahrung unseren und euren spezifischen Zugriff auf das Objekt Stadt?

lars: Wenn es um so etwas wie Urbanität als Lebensgefühl geht, würden wir zunächst sagen: Kapitalismus ist die Konkurrenz aller gegen alle zum Vorteil und unter kultureller Hegemonie des weißen männlichen Bürgertums. Das mag allen Teilnehmenden als banal

erscheinen, denn die einzige Klasse, die es sich leisten kann, das immer wieder zu vergessen, ist das Bürgertum oder die staatlich finanzierte Zwischenform der Mittelschichten mit ihrem gesellschaftlichen Führungsanspruch. Banal ist es deshalb aber gerade nicht, wenn wir beachten, dass wir hier in einer der reichsten Metropolregionen Europas wohnen. Dazu kommt, dass wir eine der wichtigsten politischen Einrichtung der Europäischen Binnenpolitik, die EZB, hier zuhause haben.

Gleichzeitig war diese Stadt schon immer von einem sehr reichen Bürgertum geprägt. Und die sogenannte Finanzialisierung hat dazu beigetragen, dass noch mehr der Kommandozentren des Kapitals, wie Banken, nach Frankfurt gekommen sind. Wichtig ist das deshalb, weil wir sagen würden, Wohnfragen sind Klassenfragen. Das hat auch eine Auswirkung auf die städtische Zusammensetzung. Wohnen ist hier teuer – das wissen wir vermutlich alle und das auch nicht erst seit gestern.

Entscheidend ist das, weil diese Urbanität oder dieses Gefühl eines Versprechens der Stadt eigentlich ein Gefühl der Mittelschichten ist. Es gibt kein allgemeines Versprechen. Hier ist einfach eine Stadt mit unglaublich viel Kohle und das zieht auch Leute mit unglaublich viel Kohle an. Wenn wir hier mal rausgucken, diese ganze Herrschaftsarchitektur, die Skyline, diese ganzen Häuser – da arbeiten vor allem Leute im Hochlohnbereich. Diese Urbanität ist damit ein brüchiges Konstrukt, ein Versprechen auf kosmopolitischen Umgang mit verschiedenen Kulturen, Museen, Kunst, die man angucken kann. Begleitet wird dieses Versprechen aber auch von einer Angst des Verlustes – diese Ängste sind auch aktuell sehr im Aufwind.

Dieses Versprechen gilt nicht für all diejenigen Personen aus dem Niedriglohnbereich oder der Arbeitslosenklasse, die grundsätzlich um ihren Zugang zur Stadt fürchten müssen.

daniel: Um auf die Frage des Widerspruchs zurückzukommen. Ich habe überhaupt nicht verstanden, wo diese Dichotomie herkommt. Also wie man einerseits Politisierung mit einem utopischen Moment gleichsetzt und auf der anderen Seite die reale Stadt, wie sie existiert, positioniert. Wenn man sich in die städtischen Kämpfe zurückversetzt, dann waren das immer Debatten, die ihren Ausgangspunkt in der konkreten Realität der Stadt gehabt haben. Es waren Kritiken an der Stadt, die Entfremdung, Unterdrückung oder Segregationsprozesse aufgegriffen haben und versuchten, daraus ein utopisches Moment zu entwickeln. Dieser Slogan *Recht auf die Stadt* war daher immer eine utopische Antwort auf diese entfremdeten Wirklichkeiten. Und daher würde ich sagen, dass es schon immer eine sehr verschränkte Debatte zwischen Kritik und Utopie war.

Wenn die Städte so hergestellt sind, wie sie es sind, und dabei ganz zentrale Ankerpunkte kapitalistischer Vergesellschaftung sind, dann werden Städte zu den Orten, die die revolutionären Subjekte hervorbringen. Und es ist durchaus wichtig, die Stadt auch weiterhin als utopisches Moment zu setzen und sie eben nicht als Ort der Mittelschichten abzuschreiben, wo sie ihrer eigenen Politik frönen können. Da kommt unsere Kampagne [Anm. d. Red.: eine Kampagne gegen die *Wohnungsbaugesellschaft ABG*, die als Unternehmen der Stadt Frankfurt agiert.] bis zu einem gewissen Punkt ins Spiel, weil Städte als kapitalistisch produzierte Orte auch spezifische Formen von Widersprüchen herstellen, in die interveniert werden kann. Dieses Kampffeld, das einem angeboten wird, müssen wir auch nutzen und es nicht einfach abschreiben.

mello: Daran würde ich gerne anknüpfen: Wenn ich Städte wie neue Fabriken, Räume der Verdichtung begreife, dann ist das Versprechen der Stadt Zentralität. Und diese Zentralität ist ambivalent, weil es sowohl die Stadt als die Zentrale von Reichtum, Macht, Wissen gibt, aber es immer auch einen Überschuss an Wissen, kultureller Produktion, Kreativität etc. gibt. Das birgt ein utopisches Moment in sich. An dem Punkt, in dieser Verdichtung, passiert auf engem Raum ganz viel und in einer sehr großen Heterogenität. Daher war die Stadt auch nicht immer nur Mittelstandsstadt, gerade Frankfurt zeigt das ganz gut. Es gab nicht nur ein Versprechen der Stadt für die Mittelschicht, sondern für alle, die Stadt eigentlich bevölkern, für eine Form von Teilhabe, die einfach darin besteht, dass es auf engem Raum so viel gibt.

Man kann es natürlich auch nicht nur abstrakt theoretisch sagen, sondern müsste noch eine subjektive Ebene reinbringen, die vielleicht für mich persönlich wichtig ist, weil ich auf dem Land aufgewachsen bin. Die Stadt hat natürlich noch das Versprechen, obwohl sie ein kapitalistisch organisierter Raum ist, unerwartete Situationen zu ermöglichen und, im Verhältnis zum Land, beinhaltet das Leben in der Stadt viel weniger soziale Kontrolle. Das wäre noch ein Punkt, an dem man aus einer politischen Perspektive ansetzen könnte, um diese Momente zu verstärken.

tobias: Ja, wir würden da auch gerne einsteigen, um diesen subjektiven Moment auch noch einmal hervorzuheben – in diesen doch recht abstrakten und theoretischen Debatten, die in relativ exklusiven linken Zirkeln geführt werden. Wir haben uns das so überlegt, dass Haytham konkret aus seiner Lebensrealität beschreibt, was ihn eigentlich dazu gebracht hat, nach Frankfurt zu migrieren.

haytham: Hello. I came here to have a better life. I come from Ghana, and travelled from Ghana to Italy and then I stayed in Italy for a long time. Because of the difficult conditions in Italy, I took the opportunity to come to Frankfurt. But also in Frankfurt I was sleeping under the bridge.

I don't have a life. Shelter is a need of human being. Without a place to sleep like shelter – without the basic shelter you are not a human being. You can't even think straight. For example: After I came here, I ran out of money. So I applied for the visa, so I can work here. Negative, why? Because I have to rent an apartment. And the law here is, if you don't have the papers you cannot be hired.

So, in two weeks I shall leave this country. And, in Italy I was homeless. So I don't know – where shall I live there? If I stay here, where shall I live? So we should come together and find a solution.

moritz: Das Versprechen der Stadt gibt es tatsächlich in allen Schichten und auch fast unabhängig davon, wo Menschen herkommen. Manche kommen wegen des Studiums her, manche kommen – und da ist das Versprechen von Frankfurt vielleicht ziemlich gut im Vergleich zu anderen Städten – um einen Job zu finden, um arbeiten zu können und manche kommen auf der Suche nach Schutz, auf der Flucht nach Frankfurt.

Dann werden diese Versprechen bei vielen enttäuscht, ich glaube in unterschiedlichen Dimensionen und Ebenen – aber gerade diese Brüche und Enttäuschungen, die sich ergeben, sind für eine Linke in Frankfurt spannend, weil sie Brüche aufmachen, wo aus der Enttäuschung heraus Forderungen formuliert werden.

diskus: Speziell wenn man nach Frankfurt guckt, ist der Kampf um städtischen Raum schnell mit der Wohnungsfrage verbunden. Auch dafür haben wir uns mit einem kleinen Zitatenschatz bewaffnet, und zwar aus dem diskus aus dem Jahr 1985, da findet sich eine rückblickende Reflexion auf den Häuserkampf hier in Frankfurt:

> »Die Momente der Hoffnung, diese Verhältnisse (sofern real existierend) könnten sich auswachsen zu einer Gesellschaft in der Gesellschaft, waren spärlich gesät. Man war sich eigentlich sehr wohl über die Unmöglichkeit eines ›Freistaates Bockenheim‹ im Klaren. Trotzdem taugte die Utopie für das politische und gesellschaftliche Überleben eine ganze Weile lang. Der Freistaat ist beiseitegelegt, man entdeckt wieder die ›freie‹ Stadt. Frei von ideologischen Zwängen wird die Stadt zur noch reichlich dürftigen Utopie. Was früher der Schrottkopp für den Straßenkämpfer war, ist heute die Stadt als Ganzes für den Metropolenschlenderer.« (*Kein schöner Land in dieser Stadt*, diskus 1985, H. 6-1)

Und daran anschließend noch ein zweites Zitat von 1974 – das ist auch noch von Joschka Fischer.

> »Nun frage ich mich, was ist bei einer Hausbesetzung Gewalt. Man geht rein, man hat erst mal keine Wohnung, viele Leute hier in Frankfurt haben keine Wohnung. [...] Wo liegt da die Gewalt? Die Gewalt liegt doch im Wesentlichen darin, daß Eigentum, Privateigentum [...], direkt angegriffen wurde. Daß man hinnahm, was da existierte, daß man petitionierte, wie das der alte SDS tat, daß man versuchte, in Diskussionen zu überzeugen, mit exemplarischen Aktionen, mit Go-ins und sonst etwas, das alles hat keine Wohnung hergeschafft. Es war einfach die Tatsache, man hat sich die Wohnung genommen. [...] ›Gewalt‹ war der allgemeine Aufschrei [...].« (*Revolutionärer Kampf*, diskus: 1974, H. 2-3)

In den alten Heften scheint sehr stark auf, dass es zwei Zugriffe auf Stadt bzw. auf das Feld Wohnen gibt. Einmal – und das zeigt sich z. B. an Artikeln die sich mit dem Häuserkampf oder den Mieter*innenstreik beschäftigen – war es eine ganz konkrete Notlage oder Notwendigkeit Wohnraum zu brauchen und schlicht und ergreifend keinen zu haben. Die andere Dimension von Wohnen als Feld von Politik kommt eher aus einer studentischen Richtung, die aus dem Mief der Mansardenwohnung oder ihrem Dorf raus und neue Formen des Zusammenlebens und Identitäten ausprobieren wollte. Und damit war Wohnen auch ein Feld, das über eine Notlage hinausweist.
Wie seht ihr das oder wie greift man heute auf Wohnraum und städtischen Raum zu? Welche politischen Strategien liegen eigentlich euren Projekten zugrunde bzw. welche Strategie ist in Frankfurt heute noch machbar?

mello: Im *IvI* [Anm. d. Red.: Das *Institut für vergleichende Irrelevanz* war ein besetztes Haus in Frankfurt, das inzwischen geräumt wurde.] hat das Thema Wohnraum natürlich eine Rolle gespielt, aber sowohl im *IvI* als auch bei anderen Besetzungen, die danach gefolgt sind, stand es nicht im Zentrum. Es ging eher darum, eine andere Form des städtischen Raums zu erobern, sich Gebäude anzueignen, die leer standen und die für das zu nutzen, was einem gerade in der Stadt fehlt. Das war dann nicht nur Wohnraum, sondern auch Raum, um sich auszuprobieren, um einfach mal gemütlich mit wenig Geld ein Bier trinken oder auf subkulturelle Konzerte gehen zu können, einen Lesekreis zu machen oder wonach einem der Sinn stand.

Wobei das *IvI* auch Wohnraum war. Das hat aber sehr unterschiedliche Formen von politischer Auseinandersetzung nach sich gezogen. Am Anfang wollte man Centro Sociale sein, in dem gleichzeitig ganz viel öffentlich stattfinden kann und trotzdem gewohnt wird. Die ersten Jahre war es dann auch so, dass Obdachlose im *IvI* wohnen konnten. Der Centro Sociale Anspruch hat sich allerdings im Laufe der Jahre ein bisschen erledigt, weil es sehr, sehr anstrengend ist, wenn man in sozialarbeiterische und psychotherapeutische Rollen reinfällt, für die man nicht richtig ausgebildet ist. Und es kann sehr anstrengend sein, sich damit auseinanderzusetzen, dass man sich die ganze Zeit Leute ins Haus holt – in einem Projekt, das einen sehr großen gemeinsamen Grundkonsens erarbeitet hat – an den sich ein Teil der Bewohner*innen überhaupt nicht hält, weil sie einfach nur ein Dach über dem Kopf haben wollen. Und diese Problematik hat dann irgendwann dazu geführt, dass man den Großteil der Obdachlosen wieder rausgeschmissen hat. Es gab sehr schwierige Momente in dieser Auseinandersetzung.

Dann gab es das Wohnen immer noch und das sollte Teil des Projekts sein, aber diese Schwierigkeit zwischen dem öffentlichen Projekt und dem Wohnen, wo die Bewohner*innen auch zu Recht einen Anspruch auf Privatheit haben in bestimmten Räumen, war immer ein

sehr schwieriges Feld. Was wohl auch dazu geführt hat, dass man bei den darauffolgenden Besetzungen das Wohnraumthema eher ausgespart hat. Weil, das muss man auch sagen, wir in einer privilegierten Situation gewesen sind: Die meisten, die aktiv waren, hatten eine Mietwohnung in Frankfurt, sodass andere Dinge in den Vordergrund rücken konnten, die uns gefehlt haben.

Allen Leuten, die im *IvI* aktiv waren, war es auch immer wichtig, dass man eine Politik der ersten Person macht und nicht stellvertretend für marginalisierte Gruppen in der Stadt Politik machen kann. Also man besetzt nicht ein Haus, damit Obdachlose, Junkies oder Refugees ein Zuhause haben – aber wir machen natürlich trotzdem Politik für Raum für das Selbst-Organisieren und Selbst-Unterstützen Anderer.

petra: Das ist ein ziemlicher Bruch, wenn man jetzt direkt im Anschluss von der *ABG-Kampagne* redet, als Versuch einer strategischen Intervention in die Stadt, aber ich mache es jetzt trotzdem. Die Bezüge muss man nachher herstellen.

Warum *ABG-Kampagne*? Also einmal gehört die Holding der Stadt Frankfurt, diese ist eine der wenigen Städte, die überhaupt ein städtisches Wohnungsunternehmen hat. Es ist die größte Wohnungsgesellschaft in Frankfurt, mit einem Fünftel der Mietwohnungen insgesamt in der Stadt selber. Sie machen einen hohen Gewinn und gleichzeitig eine unsoziale Politik in dem Sinn, dass sie selber hochpreisigen Wohnraum bauen. Viele Punkte, wo die *ABG* dran beteiligt ist, sind umkämpft oder es wird zumindest dagegen protestiert.

daniel: Der Hintergrund der Kampagne knüpft dabei ganz gut an die erste Frage, konkreter: die Motive Stadt und Utopie, an. Wir würden nicht eine *ABG-Kampagne* machen, wenn wir uns nicht erhoffen würden, bis zu einem gewissen Punkt die Politik der *ABG* auch ganz konkret verschieben zu können. Gleichzeitig versuchen wir über das Adressieren der *ABG* auf abstraktere Prozesse in der Stadt hinzuweisen: Welche Rolle Stadtpolitik spielt, welche Rolle Investitionsprozesse im Wohnraum spielen, welche Rolle Verblendungspolitik spielt. Was somit heißt, dass in der konkreten Praxis ganz klar klassische Kampagnenarbeit gemacht wird.

tobias: Ich glaube, in unserem Fall [Anm. d. Red.: *Project.Shelter*] ist es so, dass wir jetzt aus einem Kreis von Unterstützer*innen es als eine Aufgabe der praktischen Solidarität sehen, mit Leuten zu arbeiten, die sich gerade organisieren, um ihren Kampf zu unterstützen. Wir müssen uns erstmal bewusst machen, dass es ganz konkret Menschen gibt, deren grundlegendste Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Wir sprechen nicht über die vielen anderen Bedürfnisse, die andere privilegierte Menschen haben, die auch nicht befriedigt sind. Wenn die Grundbedürfnisse nicht befriedigt sind in der bestehenden Ordnung, dann öffnet das in der Auseinandersetzung über dieses Gebiet einen Horizont, der die Leute vielleicht über das hinaus führt, was sie gerade als ihre eigene Subjektivierung verstehen.

Diese Allianz von Leuten bei *Project.Shelter*, die sich einerseits ihrer eigenen Privilegierungen bewusst sind, aber trotzdem versuchen, in der Gruppe einen gemeinsamen Kampf zu formulieren, ist ein zentraler Moment, der einem Energie gibt und der uns auch ganz klar sagt: Wir können nicht groß strategisch diskutieren, wenn die Leute uns jetzt schon sagen, wir brauchen ein Haus, wir brauchen es jetzt und wir werden es uns auch holen.

lars: Wir als *Stadt-AG* der Gruppe *Kritik und Praxis [f]* sind ja auch Teil der *ABG-Kampagne* gewesen und unser Schwerpunkt ist dabei eher der Campus Bockenheim. Der Campus ist schon deshalb interessant, weil wir sagen würden, das er ein sehr prägender Ort in Bockenheim, aber auch darüber hinaus für die ganze Stadt ist – und zudem auch für die Geschichte der antiautoritären Linken nach 1968 in der BRD.

Und wenn es wirklich real darum geht, Gegenmacht aufzubauen, dann hat man auch das Gefühl, immer hinterherzuhängen – in der *ABG-Kampagne* und auch in anderen Feldern wie Stadtentwicklung – und plötzlich sind die Mieten teuer und man regt sich auf, aber die Entscheidung, die das forciert hat, wurde fünf Jahre früher getroffen. Erst wenn die Folgen fühlbar werden, regt sich aber Widerstand.

Diese Ein-Punkt-Event-Mobilisierung ist ein sehr schwieriger Ausgangspunkt, um wirklich Gegenmacht aufzubauen. Auch weil die Akteure, die zusammenkommen, so unterschiedlich sind. Und wir würden sagen, was wirklich in der Zukunft ansteht, ist die Frage: Wie verbindet man Klassenhintergründe und auch Diskriminierungserfahrungen?

Da ist auch eine Auseinandersetzung über Privilegierung und rassistisches Verhalten notwendig. Und es gibt ja auch unterschiedliche Erfahrungshintergründe, die ganz real zu Barrieren werden in einem gemeinsamen Kampf. Also, bei einem können wir uns leider sicher sein, es wird die nächsten Jahre eher ungemütlicher als gemütlich!

moritz: Die Idee unseres Projektes ist es, auf verschiedene Probleme von Hausbesetzungen zu reagieren, zum Beispiel indem wir ein Hausprojekt in einem Haus realisieren wollen, das uns gehört. Wir versuchen dies im Rahmen des Mietshäusersyndikats – also die Abhängigkeit von diesen Entscheidungen, die externe Leute treffen, ob jetzt geräumt wird oder nicht zum Beispiel, zu umgehen. Wir versuchen, ein bisschen mitzuspielen, indem wir ein Haus kaufen. Und dann den nächsten Schritt zu machen indem wir es als Gemeineigentum verwalten und da drin etwas Anderes machen.

Kurz zur Utopie-Frage: Stadt verspricht Autonomie, Stadt verspricht auch in einer gewissen Form Anonymität, die in anderen Ecken nicht so gegeben ist – und sie löst dieses Versprechen ein: durch Isolation. Beispielsweise sind Wohnungen hier in der Regel so geschnitten, dass die Leute sehr vereinzelt wohnen. Sogar WGs haben das Problem, dass sie immer schwieriger Wohnungen finden, die bezahlbar sind. Dieses Versprechen von Stadt, einen Raum herzustellen, einen kulturellen Überschuss, kann man auch in einem

Hausprojekt identifizieren: das ist der Versuch, aus der Isolation herauszukommen, Leute zusammen zu bringen, Überschuss, kreativen Überschuss herzustellen, Synergien herzustellen und auch Solidarität in einem unmittelbaren Wohnumfeld zu ermöglichen. Das ist jetzt unabhängig davon, ob man das Haus kauft oder besetzt. Sondern das ist, was immer dahinter steht: Kollektivität herzustellen – ein Kampf um andere Formen des Zusammenlebens.

mello: Tatsächlich ist hier auch die Frage, an wen richtet sich das was man macht? Natürlich hat man das Ziel, eine Art Kollektivierung und auch Politisierung des Alltags zu ermöglichen. Und wenn es dann um Fragen von Politisierung geht, dann ist es eben nicht so wie bei klassischer Kampagnenarbeit, wo man eher Aufklärungsarbeit macht, sondern es läuft ganz stark auf das Ermöglichen eines neuen Erfahrungshorizontes hinaus. Nämlich, dass es überhaupt Leuten durch das Mitmachen, durch das Rumhängen in dem Raum ermöglicht wird, Raum und auch Zeit anders zu erfahren und Räume anders zu nutzen, als die Art und Weise, für die sie eigentlich vorgesehen sind.

Und so eine Unterbrechung des Alltags von bestimmten Zwängen, das ist etwas total Zentrales. Es geht mir dabei nicht nur darum, etwas zu besetzen, es geht auch um einen kleineren aktivistischen Blickwinkel, einfach eine bestimmte Form von städtischer Ordnung zu durchbrechen. Und eine bestimmte Parzellierung, wo Raum nach verschiedenen Funktionen aufgeteilt wird, aufzubrechen und da etwas Anderes, eine andere Erfahrung zu ermöglichen und dadurch eine Politisierung voranzutreiben.

diskus: So wenig Einigkeit über die Strategiefrage besteht, es scheint doch auf, dass sich irgendwie eine Veränderung der Strategien vollzogen hat. Vielleicht kann man das daran festmachen, dass sich der Adressat der politischen Aktion verändert hat: dass man eben nicht mehr einfach in eine Wohnung geht und die sich nimmt – sondern als Strategie konkrete Forderungen an ein städtisches Unternehmen stellt; dass man für spezifische Freiräume eintritt; dass man das Spiel ein Stück weit mitgeht – Hauskauf – und so bestimmte Ziele verwirklicht. Diese Verschiebung in den Strategien – so haben wir das mal interpretiert – deutet auf eine Veränderung der Ausgangssituation hin. Eine Veränderung, die vielleicht mit so diffusen Begriffen wie Neoliberalisierung der Stadt beschrieben wird. Und uns würde interessieren, welche konkreten Veränderungen in Frankfurt zu dieser Strategieverschiebung geführt haben und was das für linke, politische Kämpfe in Frankfurt bedeutet.

lars: Ich weiß nicht, ob Rückzugsgefechte die richtige Beschreibung für die Position der Linken in dieser Verschiebung wäre. Ich würde stattdessen erstmal einfach konstatieren: Die Ausgangslagen verändern sich. Und es fühlt sich zumindest so an, als gäbe es weniger Kämpfe als noch vor 30 Jahren. Und im konkreten Fall der Stadt Frankfurt – Frankfurt versteht sich einfach als *Global City* und agiert auch so und versucht dann beispielsweise Hochlohn-Leute anzuziehen oder sich mit anderen Global Cities zu messen. Und das hat natürlich Auswirkungen auf die Stadt: Verdrängungsprozesse, Zuwanderung – und auch welche Leute in dieser Stadt wohnen. Man muss nur an dieses gigantisch reiche Umland denken.

Gleichzeitig stoßen diese aktuellen Entwicklungen in der Stadt auf etwas, dass man altes Bewusstsein nennen könnte. Also jetzt wissen zum Beispiel Leute, dass es mal sowas wie sozialen Wohnungsbau gab und dass das verloren geht. Dann könnte man auch sagen: OK, vielleicht befinden wir uns gerade in einem ›günstigen‹ Zeitfenster, das relevant ist, denn wer weiß, ob das Leuten in, sagen wir 10 Jahren, noch so bewusst ist.

daniel: Die Frage ist auch, auf was reagiert die Linke. Ich finde auch die Frage etwas problematisch, weil sie in gewisser Weise setzt, dass man nur ein passives Subjekt ist, das den Prozessen immer hinterher hängt. Und natürlich könnte man jetzt aufzählen, was sich alles ändert – von Neoliberalisierung des Städtischen, die *Global City Frankfurt* etc. – und dann könnte man in ein unglaublich negatives, tristes Bild eintauchen, dass alles schlimmer wird und man keine Antworten darauf hat.

Und dieses Bild würde ich gerne umdrehen und sagen, dass ich das Gefühl habe – soweit ich das in Frankfurt beobachten kann – dass eigentlich extrem viel Positives gelaufen ist in den letzten Jahren. Und man kann sich zu *Blockupy* positiv oder negativ verhalten, aber ich glaube, dass gerade die *ABG-Kampagne* nicht existieren würde, wenn es diese Verknüpfungsarbeit nicht gegeben hätte, die in den letzten fünf Jahren in diesem Rahmen stattgefunden hat. Ich bin durchaus der Meinung, dass die Linke bis zu einem gewissen Punkt auch wieder eine aktive Akteurin geworden ist. Und dass zumindest langsam aber sicher wieder eine Idee aufkommt, dass man gewisse Handlungspotentiale hat, wo man agieren und sich nicht nur auf dieses Feld von »man könne ja eh nix tun« zurückziehen kann.

Mittelfristig werden die Konflikte durchaus zunehmen, es wird intensiver werden. Und wenn man eine Aufgabe hat als Linke, dann ist es die, sich nicht wieder so kalt erwischen zu lassen wie im Jahr 2008, als die Krise das letzte Mal ausgebrochen ist. Als man davor stand und plötzlich merkte, »puh, da ist plötzlich ein Fenster und man weiß nicht, wie man darauf reagieren soll«.

Ich glaube, dass Frankfurt gerade unglaublich viele Fenster bietet, auch wenn die klein und manchmal anstrengend sind. Ich würde sehr dafür plädieren, Fenster zu suchen und nicht das Reaktionspotential.

moritz: Da sind wir uns wohl auch alle einig. Niemand sagt, man könne nichts tun. Alle, wie wir hier sitzen, haben eine Perspektive für Ansatzpunkte im Alltag und konkrete Initiativen und Projekte, wo sie was tun.

Gleichzeitig ist es immer noch ein großer Schritt zu dem sich nicht kalt erwischen lassen. Als Beispiel:

Das Europaviertel existiert als Plan seit 20 Jahren oder so. In der Linken hat sich niemand damit beschäftigt, bei den Ämtern und Planern lag es in der Schublade – jetzt wurde es einfach gebaut und wir hatten überhaupt nichts dazu zu sagen. Und jetzt, mit dem Campus Bockenheim, gibt es erste Ansätze, sich damit auseinanderzusetzen, solange der Campus noch da ist. Gleichzeitig ist der Prozess, was hier passieren soll, von städtischer Seite im Prinzip auch gelaufen. Das *Philosophicum* ist eine Baustelle, wo schon genau das umgesetzt wird, was die Stadt überall haben möchte. Es ist noch Raum, es ist noch Potential, es ist noch ein Fenster und das muss auch genutzt werden, aber wir sind trotzdem spät dran, um grundsätzlich eine Alternative zu so einem Modell überhaupt noch zu diskutieren.

mello: Also, ich will ja auch nicht einer pessimistischen Sicht das Wort geben. Aber ich finde schon, dass sich was in Frankfurt verändert hat. Wenn man jetzt Bezug zu den Zeiten der Zitate aus den diskus-Heften herstellt, dann ist natürlich ein zentraler Unterschied, dass in den 60ern und 70ern die ganzen Wohnhäuser aufgekauft wurden, um sie in Büroräume zu verwandeln. Das hat zum Teil dazu geführt, dass auch Sachen besetzt worden sind, die nur gekauft wurden, um sie verfallen zu lassen und dann da neuen, modernen Büroraum hinzubauen.

Und heute ist es eher ein bisschen umgekehrt. Jetzt gibt es langsam einen Trend zurück zum Wohnraum, weil es zu viel Büroleerstand gibt. Aber die ökonomischen Vorzeichen sind keine anderen, sondern dieser Wandel vollzieht sich auch nach hauptsächlich ökonomischen Kriterien. Jetzt wird einfach Wohnraum zur Kapitalanlage. Und es gibt viel Wohnraum, der entsteht. Es gibt ganze Viertel, die neu gebaut worden sind. Das Europaviertel, das Westhafenviertel, im Ostend das Osthafenviertel. Und das passiert oft in Vierteln, die vorher primär proletarisch und migrantisch geprägt waren und sich dadurch stark verändern.

Dazu gibt es noch eine Verschiebung hin zu immer mehr Eigentumswohnungen, selbst von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die bauen mittlerweile unglaublich viele Eigentumswohnungen. Trotzdem stimmt es, dass man nicht immer nur rumjammern und auch seine eigenen Handlungsoptionen wahrnehmen sollte. Ich würde gar nicht sagen, man renne der Entwicklung immer hinterher, sondern wir sind zu marginal. Wir sind nicht zu langsam, aber irgendwie klappt es mit der Mobilisierung nicht so gut. Und das Problem, das auch Moritz angesprochen hat, ist, dass die Linke überhaupt in ihren Kämpfen relativ viele Probleme mit Kontinuitäten hat.

Es gab in den 1990ern schon mal viele Innenstadtaktionen. Die haben sich aber mehr um das Thema Repression, innere Sicherheit gedreht und sich mit dem Umbau von Städten vor dem Hintergrund dieser *Broken Windows* und *Zero Tolerance* Geschichten auseinandergesetzt. Und zwanzig Jahre später mussten alle wieder bei Null anfangen.

Und eine Sache – die für mich eher eine offene Frage ist – ist, dass ich schon glaube, dass man auf Dauer als radikale Linke sein Verhältnis zu sozialarbeiterischen Tätigkeiten überdenken muss. Einer der zentralen Punkte, warum es z. B. in Spanien auch so ein Erstarken der Linken gibt, ist, dass die Linke sich nicht zu schade war, bestimmte Funktionen zu übernehmen, die der Staat fallen gelassen hat. Bestimmte Formen von Mieter*innenberatung, von rechtlichen Beratungen für Migrant*innen etc.

Das ist anstrengend, super viel Arbeit und man sollte sich auch nichts vormachen, man fängt damit etwas auf, was eigentlich der Staat machen sollte. Aber er tut es nicht. Und die Frage ist, ob man da nicht eine andere Form von Organisierung braucht.

tobias: Ich fand persönlich den Text, den ihr uns geschickt habt, ganz interessant. Vielleicht kann ich kurz ein Zitat vorlesen:

> »Als Migrant_innen anfingen, selbst Häuser zu besetzten, konnten diese teilweise nicht gehalten werden, weil sie von der Hausbesetzter_innenbewegung nicht so unterstützt wurden, wie das bei den eigenen Häusern der Fall war. Zitat vom Häuserrat, ja, wenn man das mit den deutschen Hausbesetzungen vergleicht, war das schon traurig bestellt mit der Solidarität unsererseits.« (*Across Bockenheimer Landstraße*, diskus 2000, H. 2)

Ohne hier einen Vorwurf formulieren zu wollen – ich glaube, dass aus einer stark theoriegeleiteten linken Bewegung heraus, die Konflikte von oben in die Stadt hinein projiziert oder die Kämpfe gesucht werden, die wir uns wünschen oder aus gelesenen Texten heraus erwarten, die gerade en vogue sind.

Gleichzeitig besteht aber die Möglichkeit, dass diese Kämpfe im Alltag oder in sonstigen Situationen schon längst von oft stark marginalisierten Gruppen ausgetragen werden. Und diese Kämpfe bieten eine Möglichkeit die Linke aus einer gewissen Isolation oder marginalisierten Position hinauszuführen.

Wenn wir uns die Situation von den Menschen in unserer Gruppe anschauen, dann ist es so, dass es kein Wohin mehr gibt. Es gibt kein Zurück nach Italien, weil dort der Kapitalismus mit seiner Krise dafür gesorgt hat, dass die Leute keine Lebensgrundlage mehr haben und es gibt auch hier keine Möglichkeiten.Im Prinzip ist die einzige Option der Kampf, um sich wenigstens seine einfachsten Bedürfnisse zu erfüllen.

Ich glaube, dass die Auseinandersetzung mit diesen Widersprüchen, die ganz real in dem Leben von vielen marginalisierten Gruppen schon existieren, dass diese intuitiv auch von Leuten verstanden werden, die nicht aus der radikalen Linken kommen. Wo dann vielleicht dieser Helfer*innen-Instinkt, diese bürgerliche Art diese Konflikte zu bearbeiten, über sich selbst hinausgeführt werden kann. Indem praktisch Leute anfangen zu fragen, warum gibt es leere Häuser und gleichzeitig Leute, die auf der Straße sterben Und dann erstmal im

typischen Sinne anfangen, irgendwie Forderungen an die Stadt etc. zu formulieren, und dann merken, »mhh, was hat es denn auf sich mit dem Migrationssystem, was hat es auf sich mit der Situation der Menschen und wie hängt das mit der Art und Weise, wie Herrschaft hier praktiziert wird, zusammen?«

diskus: Wir danken euch allen für die Teilnahme an der Diskussion.

AUTOR*INNEN

DIETER BARTEZKO studierte in Frankfurt, Berlin und Marburg Kunstgeschichte, Germanistik und Soziologie. Später wurde er erfolgreicher Journalist, Vertretungsprofessor und schlussendlich Architekturkritiker der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

MICHAEL BEHRENT, geboren 1957, studierte Philosophie und Germanistik in Köln und Frankfurt und hatte eine Anstellung als Dramaturg am Schauspiel Frankfurt. Heutzutage beschäftigt er sich vor allem mit Kommunikation: Er arbeitet u. a. bei *Script communications*, und auch mal bei der *A&B ONE Kommunikationsagentur GmbH*, die er als Gründungsgesellschafter unter dem damaligen Namen *Ahrens & Behrent Agentur für Kommunikation* mit aufgebaut hat. Auch seine Artikel drehen sich heute um Kommunikation: 2007 hat er beispielsweise den Text *Jetzt rede ich!* veröffentlicht.

SERHAT KARAKAYALI hat sich unter anderem um die Wiederbelebung der diskus im Jahr 1997 / 1998 verdient gemacht. Heute arbeitet er am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie der Migration, Geschichte und Gegenwart illegaler Einwanderung, Praktiken und Medien in der Migrationsgesellschaft sowie Transformation von Integrationspolitik.

HARTWIN MÖHRLE studierte Diplompädagogik, Germanistik, Musik und war von 1981-1982 AStA-Vorsitzender in Frankfurt. Nach einem Ausflug in den Bereich des Journalismus, konzentrierte er sich auf die Kommunikation. Die *A&B ONE Kommunikationsagentur GmbH* gründete er u. a. gemeinsam mit Michael Behrent, einem weiteren Autor in dieser Ausgabe. Laut eigenen Angaben wäre er gerne Designer geworden und empfindet den I.G.-Farben Campus als nahe an seinem Idealbild des Campus der Zukunft.

SEBASTIAN SCHIPPER ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt tätig. Er promovierte 2012 am Institut für Humangeographie in Frankfurt zum Thema *Genealogie und Gegenwart der ›unternehmerischen Stadt‹. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960-2010*. Gegenwärtig arbeitet er an dem DFG-Forschungsprojekt *Städtische soziale Proteste als Wegbereiter einer post-neoliberalen Dekommodifizierung der Wohnraumversorgung?*

HERMANN TERTILT hat Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie in Frankfurt studiert. Seine Promotion wurde 2009 unter dem Titel *Turkish Power Boys* veröffentlicht und beschreibt den Alltag von migrantischen Jugendbanden in Frankfurt. 1999 gründete er die *deploytec GmbH*, die sich auf Anwendungen im Bereich eCommerce, eBusiness sowie Desktop Management spezialisiert hat.

FELIX WIEGAND arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und promoviert am Institut für Humangeographie an der Goethe Universität. Seine Arbeitsschwerpunkte sind kritische Raum- und Stadtforschung, das Werk von David Harvey sowie materialistische Staats- und Hegemonietheorie.

IMPRESSUM

diskus Frankfurter Student*innenzeitschrift
Heft Nr. 1.15, Dezember 2015, 54. Jahrgang

***.address**: Mertonstraße 26-28, 60325 Frankfurt

***.tel**: 069 / 79 82 89 12, Mittwochs 20 – 22 Uhr

***.mail**: diskus@copyriot.com

***.www**: diskus.copyriot.com

Herausgeber*innen: Janne Krumbügel, Dominik Lux, Marina Mateo Martinez, Julian Stenmanns (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Hannah Hecker, Carina Klugbauer, Freya Kurek, Felix Lang, Oliver Linnenbach, Johannes Lütkepohl, Helge Petersen, Christian Sperneac-Wolfer, Alex Struwe, Lea Welsch, Ernst Zunehmen

Heftredaktion: Hannah Hecker, Carina Klugbauer, Freya Kurek, Johannes Lütkepohl, Alex Struwe

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autor*innen

Bildnachweise: Çakdas Cetikli, Carina Klugbauer

Gestaltung & Satz: Institut für Gebrauchsgrafik, Frankfurt am Main

Belichtung & Druck: Kartenhaus Kollektiv, Regensburg

Auflage: sechstausend
Erscheinungsweise: Halbjährlich

Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro, Rabatte auf Anfrage

abo? backissues?
Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei:

diskus
Mertonstraße 26-28
60325 Frankfurt
diskus@copyriot.com

diskus
...wenn man
trotzdem lacht.

diskus
Studieren
nach Auschwitz.

diskus
Take your Time

diskus
Jenseits des Hauptwiderspruchs
...die Nebenwidersprüche antworten
ans Ganze!

diskus
fun factory

diskus
... singing
in
the
rain

diskus

diskus
SÜPER

diskus

diskus
bzw 2
beziehungsweisen

diskus
bzw

diskus
KLASSEN
mASSEN
sitzen
LASSEN

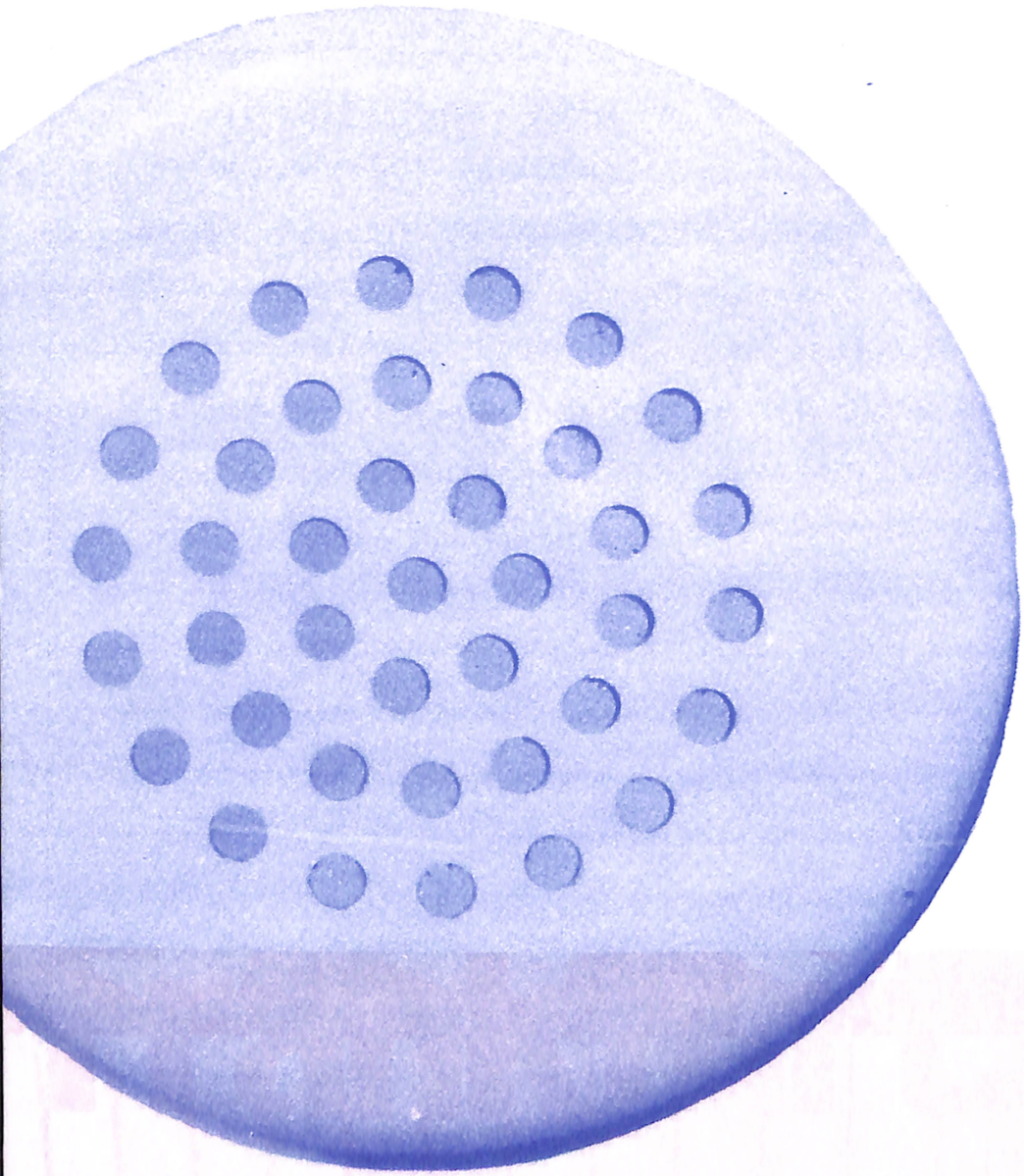
diskus
gut aufgehoben?

diskus

diskus
Gegen
hegemonie

diskus
frankfurt_m
map your town

diskus
simulate

diskus

diskus
immer wieder
noch nicht
nie wieder